

Bundesvereinigung der Deutschen



JAHRESBERICHT

2024
2025

INHALT

Vorwort 03

1 Verbraucher und
Öffentlichkeit 04

2 Die Ernährungsindustrie 30

3 Märkte und
Wettbewerb 48

4 Umwelt, Klima und
Nachhaltigkeit 68

5 Rohstoffe 80

6 Die BVE 86

Die Mitglieder 88

Geschäftsführung und
Arbeitsbereiche 94

Im Text wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit häufig nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind alle Personen gemeint.



Augenmaß und Planungssicherheit



Dr. Christian von Boetticher



Christoph Minhoff

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in einer Ära des politischen Wandels, der unsere Gesellschaft und Wirtschaft tiefgreifend prägt. In diesen Zeiten der Veränderung ist es unser Anliegen, Ihnen mit dem Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) nicht nur Einblick in unsere Arbeit zu geben, sondern auch die Verlässlichkeit hervorzuheben, die unsere Branche inmitten all dieser Herausforderungen auszeichnet.

Das vergangene Jahr war von zahlreichen politischen Umbrüchen gezeichnet, die direkten Einfluss auf die Märkte und die Regulierung unserer Industrie hatten. In solch einem Umfeld ist die Widerstandsfähigkeit unserer Branche entscheidender denn je. Unsere Landwirte, Lebensmittelhersteller und -händler sowie Akteure im Handwerk und der Gastronomie haben einmal mehr bewiesen, dass sie trotz Unsicherheiten in der Lage sind, die Lebensmittelversorgung zu sichern und Qualität zu gewährleisten.

Es ist unerlässlich, dass wir als Branche in Zeiten politischer Veränderungen nicht nur reaktiv, sondern auch proaktiv handeln. Die BVE hat sich daher intensiv dafür eingesetzt, die Interessen unserer Mitglieder auf allen politischen Ebenen zu vertreten und für die notwendige Planungssicherheit zu kämpfen, die es uns erlaubt, langfristig zu denken und zu investieren.

Unsere Priorität liegt darin, die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen unsere Branche nicht nur überleben, sondern auch prosperieren kann. Dies umfasst die fortwährende Auseinandersetzung mit Regulierungen, die Förderung von Innovationen und die Sicherstellung, dass unsere Stimme in wichtigen politischen Debatten Gehör findet.

Wir danken Ihnen, unseren Mitgliedern, für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. Ihre Resilienz und Ihr Engagement sind die Grundpfeiler unserer gemeinsamen Erfolge. Gemeinsam werden wir auch weiterhin Herausforderungen begegnen und Chancen nutzen, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Ernährungsindustrie zu gestalten.

Wir blicken mit Zuversicht nach vorn und verpflichten uns, Ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten und unsere Branche durch diese Zeiten des Wandels zu führen. Möge das kommende Jahr uns allen Gesundheit, Erfolg und Frieden bringen.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Christian von Boetticher
Vorsitzender

Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer

VERBRAUCHER UND ÖFFENTLICHKEIT

1





Konsumklima weiterhin unter Druck durch wirtschaftliche Unsicherheit

Das Konsumklima bleibt auch im Jahr 2024 von der anhaltend unsicheren wirtschaftlichen Lage belastet. Bereits 2023 verharrte das GfK-Konsumklima auf einem sehr niedrigen Niveau. Eine spürbare Erholung blieb auch 2024 aus. Zwar ging die Preisinflation im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurück, doch Konsumentinnen und Konsumenten agierten weiterhin zurückhaltend und trafen ihre Kaufentscheidungen äußerst preisbewusst.

Erst im Frühjahr 2025 zeichnete sich eine leichte Aufhellung des Konsumklimas ab. Ob es sich dabei um einen nachhaltigen Trend handelt, bleibt jedoch abzuwarten.

Herstellermarken verloren laut GfK Consumer Panel weiterhin Marktanteile gegenüber Handelsmarken, wenn auch nicht mehr so deutlich wie in den Jahren zuvor.

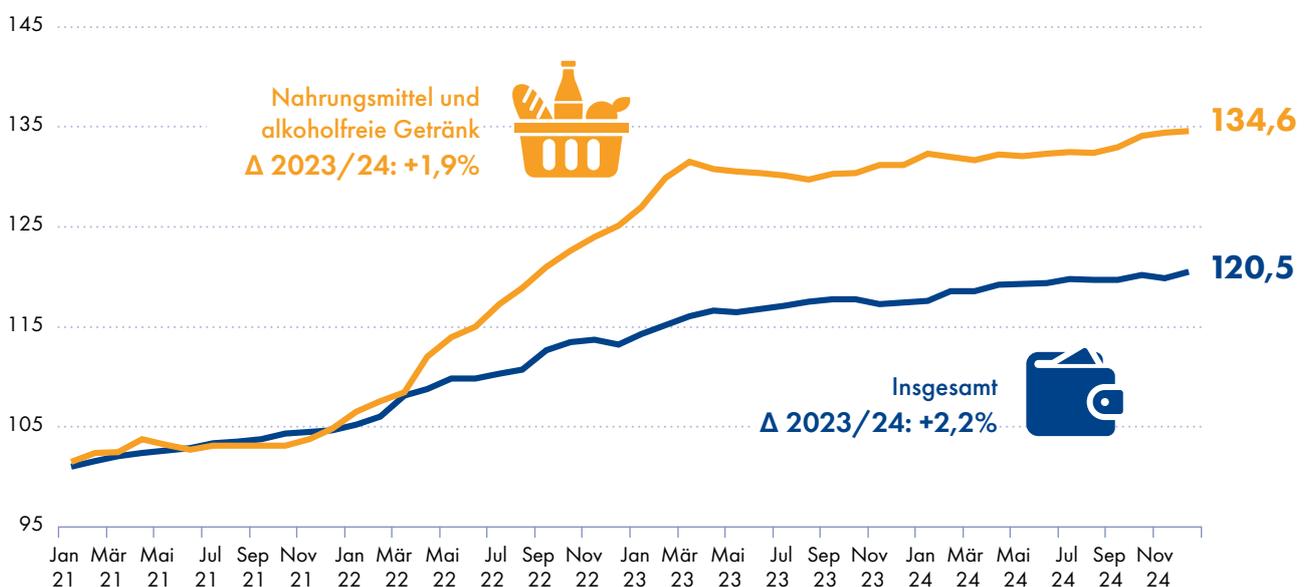


Das Konsumverhalten war 2025 von verschiedenen Entwicklungen geprägt: Dazu zählten ein verstärktes Interesse an Gesundheitsthemen (09 | 24), eine wieder zunehmende Snack-Nachfrage (10 | 24) sowie ein starker Umsatzzuwachs im E-Commerce-Segment für Fast Moving Consumer Goods (12 | 24).

Nachhaltige Lebensmittel verzeichneten laut GfK-Nachhaltigkeitsindex zum Jahresende 2024 einen Nachfragerückgang und erreichten zwischenzeitlich einen Tiefpunkt. Im Gegensatz dazu entwickelten sich Bio-Lebensmittel laut NIQ-Handelspaneldaten im Jahr 2024 positiv und erzielten ein deutliches Umsatzplus.

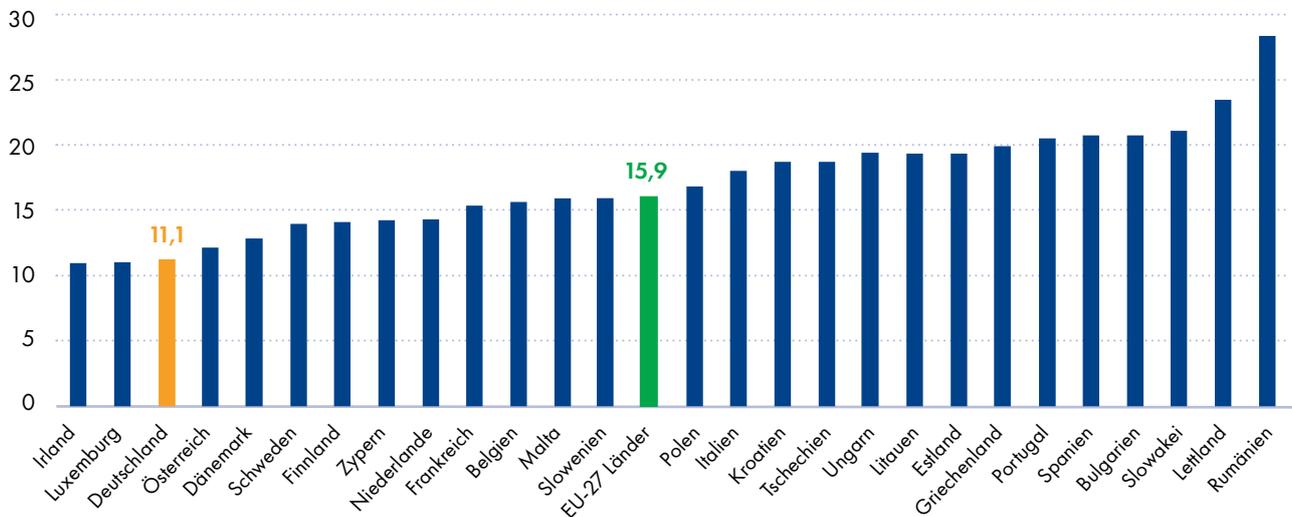
Verbraucherpreisentwicklung 2021 – 2024

Indexwert 2021 = 100



Ausgabenanteile der privaten Haushalte für Nahrungsmittel 2022

HVP-Gewichtung in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Stiftung Warentest

Qualität bleibt ein entscheidendes Kaufkriterium bei Lebensmitteln. Mit der Zunahme verfügbarer Informationen in den letzten Jahren sind einige Konsumenten bereit, mehr für qualitativ höherwertige Produkte zu bezahlen. Die Stiftung Warentest, 1964 auf Beschluss des Bundestages gegründet, hat sich als eine der wichtigsten Institutionen etabliert, der Konsumenten bei der Beurteilung und Kaufentscheidung vertrauen. Laut Satzung führt die Stiftung ihre Untersuchungen in Beratung mit Wirtschaft, Verbrauchern und Wissenschaft durch. Diese Unabhängigkeit und Objektivität verleihen der Stiftung ein besonders hohes Verbrauchervertrauen und Glaubwürdigkeit. Ihr hoher Bekanntheitsgrad und breite Akzeptanz unterstreichen ihre Marktbedeutung und Verantwortung, da sie das Marktgeschehen signifikant beeinflussen kann.

Das wichtigste Kriterium bleibt die Aufrechterhaltung der Objektivität in der Bewertung. Die Herausforderung besteht darin, dass das Verständnis von Qualität viele Dimensionen umfasst, die in den letzten Jahren zugenommen haben. Zudem erreichen Lebensmittel-sicherheit und -qualität in Deutschland oft ein Niveau, das über dem europäischen Standard liegt.

Am 1. Januar 2024 übernahm Julia Bönisch den Vorstandsposten der Stiftung Warentest.

Ziel der Stiftung ist es laut Satzung weiterhin, die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutzwerts und Gebrauchswerts sowie der Umweltverträglichkeit von Waren zu informieren. Diese Zielsetzung ist für die Ernährungsindustrie von zentraler Bedeutung, um die Akzeptanz bei den Konsumenten zu erhalten. Die Durchführung und Bewertung von Produkttests erfordern anerkannte wissenschaftliche Methoden sowie nachvollziehbare und sachgerechte Kriterien im Rahmen gesetzlicher Vorgaben.



Die Mitwirkung der Anbieterseite in Kuratorium und Sachverständigengremien garantiert die notwendige Expertise für eine sachgerechte Ausgestaltung der Prüfverfahren und ermöglicht eine kontinuierliche Verbesserung der Warentests. Die BVE fordert die Einhaltung von Objektivität, Transparenz und Wissenschaftlichkeit der Produkttests sowie der gesetzlichen Vorgaben zu Produkteigenschaften. Nur so können Qualitätsurteile sachlich nachvollziehbar bleiben.

Von Januar 2000 bis Dezember 2024 hat die Stiftung Warentest in rund 320 Lebensmitteltests mehr als 7.600 Produkte geprüft. Etwa 88 Prozent der Lebensmittel erfüllten die Qualitätskriterien.



Öko-Test

Öko-Test ist ein monatlich erscheinendes Verbrauchermagazin in deutscher Sprache mit einer Auflage von etwa 114.500 Exemplaren und einer Reichweite von 1,2 Millionen Lesern. Seit 1985 testet die Redaktion eine Vielzahl von Produkten, darunter Lebensmittel, Kosmetikartikel, Mode und Haushaltsgegenstände. Die Testergebnisse werden in deskriptiven Kategorien von „sehr gut“ bis „ungenügend“ eingeteilt, wobei Produkte mit einer Bewertung von „befriedigend“ oder besser empfohlen werden. In den Lebensmitteltests

ÖKO-TEST

wird zwischen konventionellen und Bioprodukten unterschieden. Seit Juni 2017 wertet die BVE die Lebensmitteltests aus. Bis Ende 2024 wurden knapp 3.000 Produkte getestet. Tests von Bioprodukten schnitten im Durchschnitt besser ab: 36 Prozent wurden mit „sehr gut“ bewertet, bei konventionellen Lebensmitteln waren es 26 Prozent.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Foto: © Messe Berlin

Als Dachverband vertritt die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) die Interessen der Lebensmittelhersteller und dient als zentrale Anlaufstelle für politische Entscheidungsträger, gesellschaftliche Gruppen und die breite Öffentlichkeit. Die BVE engagiert sich in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um transparent und fundiert über die Lebensmittelherstellung und Schlüsselthemen der Ernährungsindustrie zu informieren.

Die Pressestelle der BVE betreut die Webseite www.ernaehrungsindustrie.de, veröffentlicht regelmäßig Positionspapiere und Pressemeldungen und bietet ein vielfältiges Spektrum an Publikationen. Sie beantwortet wöchentlich zahlreiche Anfragen von Medienvertretern und pflegt eine aktive Präsenz in den sozialen Netzwerken wie X (vormals Twitter), LinkedIn, Facebook, YouTube und Instagram. Zudem vertritt die BVE die Branche auf Fachveranstaltungen und internationalen Messen.

In Zeiten, in denen einzelne Nichtregierungsorganisationen rückwärtsgerichtete Ansichten bevorzugen und Emotionen vor Fakten stellen, nimmt die BVE eine proaktive Rolle ein. Sie setzt sich entschieden für die Qualität und Sicherheit der Produkte der Lebensmittelindustrie ein und stellt seriösen Journalisten umfassende Informationen zur Verfügung. Dies unterstreicht ihren Ansatz, auf Basis von Fakten und Transparenz zu kommunizieren.

Zudem fungiert die BVE als dynamische Plattform für den Austausch und die Meinungsbildung unter ihren Mitgliedern, die kontinuierlich über relevante Themen der Lebensmittelindustrie informiert werden. Sie unterstützt ihre Mitglieder, insbesondere in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Social Media, und arbeitet eng mit dem Lebensmittelverband Deutschland zusammen, um Synergien zu nutzen und ihre Botschaften effektiv zu verbreiten. Dies ist vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen von Bedeutung, die möglicherweise nicht über die notwendige Erfahrung im Umgang mit der komplexen Medienlandschaft verfügen.

Pressestelle

Die BVE repräsentiert die Positionen der Ernährungsindustrie aktiv durch Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Interviews, Statements, Beiträge, Reden und Hintergrundgespräche. Im Jahr 2024 veröffentlichte die BVE insgesamt 35 Pressemitteilungen zu Themen wie dem aktuellen politischen Geschehen, Umwelt, Konjunktur, Außenhandel und Nachhaltigkeit.

Im gleichen Zeitraum erhielt die Pressestelle der BVE 96 Anfragen von Medienvertretern, die prompt und umfassend beantwortet wurden. Zu den Schwerpunktthemen gehörten steigende Kosten, das Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz (KLWG) und die Europawahl.

Zusätzlich erreichten die BVE zahlreiche Anfragen für Zitate aus Medienredaktionen sowie Fragen von Verbrauchern, Institutionen, Ministerien, Unternehmen, Verlagen, Agenturen sowie von Schülern und Studierenden, die ebenfalls zeitnah und fachgerecht beantwortet wurden.



In dieser Zeit, in der globale Herausforderungen und politische Experimente das Tagesgeschehen bestimmen, brauchen wir in unserer Branche keine ideologischen Schaukämpfe, sondern konkrete Freiräume und verlässliche Planungssicherheit. Der Staat sollte nicht versuchen, die Rolle des Unternehmers zu übernehmen, sondern Rahmenbedingungen schaffen, die echte Partnerschaften und Innovation fördern. Die BVE setzt sich für einen Dialog ein, der über ideologisches Pingpong hinausgeht und praktikable Lösungen vorantreibt, die sowohl den Unternehmen als auch den Konsumenten dienen. Als Bindeglied zwischen Politik, Wirtschaft, Verbrauchern und Medien sind wir bestrebt, konstruktive und nachhaltige Ansätze zu unterstützen.

Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer
BVE und Lebensmittelverband Deutschland



Social Media

Seit einem Jahrzehnt ist die Kommunikation über soziale Medien ein zentraler Bestandteil der Strategie der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE). Die Organisation ist aktiv auf Plattformen wie X, LinkedIn, Facebook, YouTube und Instagram, um direkt mit verschiedenen Zielgruppen zu interagieren, darunter Verbraucher, Medienvertreter, politische Entscheidungsträger, Wirtschaftsakteure und NGOs. Die Präsenz in sozialen Netzwerken ist für die BVE von entscheidender Bedeutung, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen, eigene Inhalte zu verbreiten, auf Kampagnen zu reagieren und ein dynamisches Netzwerk zu pflegen. Sie unterscheidet zwischen verbraucherorientierten Netzwerken wie Instagram und Facebook und solchen, die sich an Medien, Politik, Wirtschaft und NGOs richten, namentlich X und LinkedIn. Die Inhalte werden je nach Kanal und Zielgruppe spezifisch aufbereitet und durch aktives Community-Management ergänzt. Zusätzlich betreibt die BVE zwei eigene YouTube-Kanäle, auf denen speziell produzierter Video-Content mit unterschiedlichen Zielgruppen veröffentlicht wird.

Instagram

Die verbraucherorientierte Kommunikation der BVE auf Instagram über den Kanal „whatthefood_germany“ zeigt nachhaltigen Erfolg. Vier Jahre nach der Einführung verzeichnet das Profil fast 25.000 Abonnenten (Stand: März 2025) und erzielte im Jahr 2024 insgesamt 1,97 Millionen Impressionen durch etablierte Feed-Posts. Durch aktives Community-Management und die Ergänzung der Beiträge um 30- bis 60-sekündige Reels konnte die BVE ihre Präsenz auf der Plattform stärken.

Die Inhalte, eine Mischung aus Nachrichten, Innovationen und wissenswerten Informationen über Lebensmittel und deren Verarbeitung, erreichen insbesondere Verbraucher im Alter von 18 bis 40 Jahren. Diese finden die unterhaltsamen und informativen Inhalte ansprechend. Die BVE fördert durch diesen vielfältigen Themenmix einen sachlichen Austausch und hebt sowohl die Wertschätzung für Lebensmittel als auch die Innovationskraft der Branche hervor.

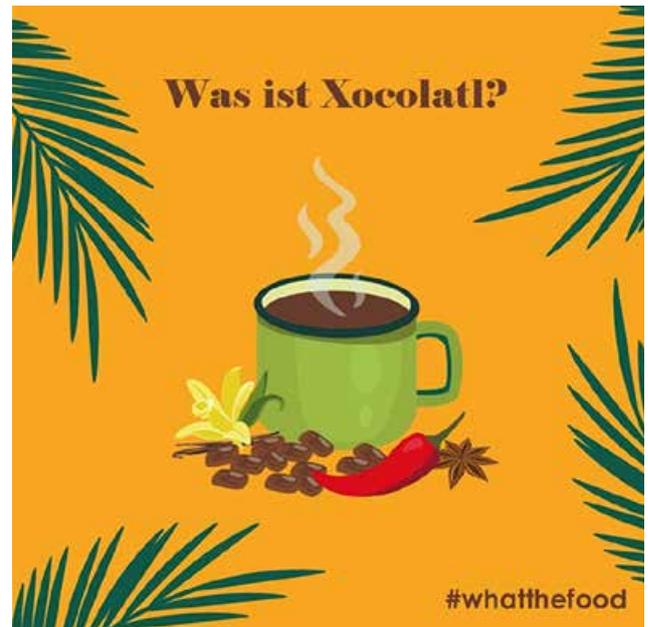
DIE ERFOLGREICHSTEN INSTAGRAM-POSTS 2024/25

Stand März 2025

@whatthefood_germany



Impressionen: 21.587 | Likes: 853 | Kommentare: 7



Impressionen: 20.472 | Likes: 349 | Kommentare: 8



Impressionen: 19.201 | Likes: 540 | Kommentare: 9



Impressionen: 29.385 | Likes: 515 | Kommentare: 5

DIE ERFOLGREICHSTEN INSTAGRAM-REELS 2024/25

Stand März 2025



Wiedergaben: 11.754 | Likes: 285 | Kommentare: 4



Wiedergaben: 12.130 | Likes: 372 | Kommentare: 9

Facebook

Die Profilsseite „What The Food Germany“ folgt, neben vereinzelt News-Posts, weiterhin dem Vorbild des Instagram-Kanals und konnte auch im Jahr 2024 erfolgreich Abonnenten erreichen und zählt 12.662 Follower (Stand: März 2025).

Plattform X

Die Präsenz der BVE auf X konnte im letzten Jahr durch das regelmäßige Posten von branchenrelevanten Themen und aktuellen Nachrichten sowie einer aktiven Beteiligung der BVE an Diskussionen erneut leicht ausgebaut werden. Auch das aktive Nutzen der Teilenfunktion zur Verbreitung wichtiger Meldungen und Informationen trug zur Festigung des Kanals bei. Auf X hat die BVE eine Followerschaft von 3.095 (Stand: März 2025) und insgesamt rund 18.713.100 Impressionen im vergangenen Jahr erreicht. Die erfolgreichsten Beiträge waren die Posts zur Europakampagne #lieberzuendenken.



DIE ERFOLGREICHSTEN POSTS AUF FACEBOOK UND X 2024/25

Stand März 2025

Ernährungsindustrie BVE @BVE_online Sponsern

Die Grüne Woche 2024 war voller Highlights: innovative Produkte, inspirierende Kochshows, spannende Talks und viele Politiker. Sehen Sie hier den "köstlichen" Rückblick auf unseren gemeinsamen Stand mit dem @Imverband unter dem Motto #zukunftschmeckt.

ZUKUNFT SCHMECKT
Grüne Woche 2024
After Movie
1:41

9:02 vorm. · 16. Feb. 2024 · 296.994 Mal angezeigt

Impressionen: 293.4 k | Interaktionen: 763

Ernährungsindustrie BVE @BVE_online Sponsern

Frühstücken wie ein Kaiser...? #LieberZuEndeDenken Mehr Infos auf: lieber-zu-ende-denken.de

Damit Dich nicht der HAFER sticht!

Zwei Drittel des in Deutschland zu Lebensmitteln verarbeiteten Hafers kommen aus anderen EU-Ländern. Ein zollfreier Binnenmarkt sichert die Produktion von Haferflocken, Müslis und Haferdrinks. Wer den abschaffen will, macht seinen Frühstückstisch ärmer.

Geh wählen!
Europawahl 9. Juni 2024

www.lieber-zu-ende-denken.de

9:21 vorm. · 18. Apr. 2024 · 3,3 Mio. Mal angezeigt

Impressionen: 3.37 Mio | Interaktionen: 7.457

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V...
5.501 Follower:innen
4 Wochen ·

Wir feiern 135 Jahre #Schraubverschluss! Erfunden von Dan Rylands, hat der geniale Deckel unser Alltagsleben vereinfacht. Doch die neue EU-Richtlinie über #Einwegkunststoffprodukte trübt das Jubiläum: Ab ... mehr

135 Jahre Schraubverschluss: Neue EU-Richtlinie bremsst Freude am Jubiläum
Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE) auf LinkedIn · Lesedaue...
Am 10. August 2024 feiert eine bedeutende Erfindung der Verpackungsindustrie ihr 135-jähr...

18 3 Kommentare · 1 direkt geteilter Beitrag

Impressionen: 3.134 | Interaktionen: 116

Ernährungsindustrie BVI @BVE_online · 20. Dez. 2024 Sponsern

Auf der Suche nach einem #Festtagsgericht? #Cookabilly präsentiert das Kultrezept "Die schöne Melusine"! youtube.com/watch?v=-bX8V...

➡ Saftiges Hackfleisch umringt goldbraun gebackenen Blumenkohl in cremiger Käsesoße – ein kultiger Gaumenschmaus, der Ihre Gäste Mehr anzeigen

1 1 2 58.915

Impressionen: 58.915 | Interaktionen: 251

LinkedIn

LinkedIn gilt als das bedeutendste soziale Netzwerk im Bereich Wirtschaft, was die Präsenz der BVE auf dieser Plattform seit sechs Jahren begründet. Der Kanal dient dazu, relevante Themen und Positionen für Unternehmensvertreter, Politiker und Journalisten hervorzuheben und tiefgreifend zu diskutieren. Die steigenden Impressionen und Interaktionsraten bestätigen, dass die BVE ihre Ziele erfolgreich verfolgt.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Followerschaft signifikant gesteigert werden; aktuell folgen über 6.000 Personen dem Kanal (Stand: März 2025).

Der Erfolg basiert auf täglichen, detaillierten Posts, der Nutzung verschiedener Content-Formate (wie Fotos, Videos, Zitate-Kacheln und Pressemeldungen) sowie eigenen, speziell für LinkedIn entwickelten Formaten.

Nutzung verschiedener Content-Formate (wie Fotos, Videos, Zitate-Kacheln und Pressemeldungen) sowie eigenen, speziell für LinkedIn entwickelten Formaten. Hierzu zählt die Serie „5 Fragen an...“, in der Start-ups ihren Alleinstellungsmerkmal (USP) und Unternehmen ihre Errungenschaften für die Ernährungsindustrie in Form von Kurzinterviews präsentieren.

DIE ERFOLGREICHSTEN LINKEDIN-POSTS 2024/25

Stand März 2025



Impressionen: 5.114



Impressionen: 354.8k



Impressionen: 7.368



Impressionen: 2.254

Eröffnung des YouTube-Kanals „What the Food“

LinkedIn gilt als das bedeutendste soziale Netzwerk im Bereich Wirtschaft, was die Präsenz der BVE auf dieser Plattform seit sechs Jahren begründet. Der Kanal dient dazu, relevante Themen und Positionen für Unternehmensvertreter, Politiker und Journalisten hervorzuheben und tiefgreifend zu diskutieren. Die steigenden Impressionen und Interaktionsraten bestätigen, dass die BVE ihre Ziele erfolgreich verfolgt. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Followerschaft signifikant gesteigert werden; aktuell folgen über 6.000 Personen dem Kanal (Stand: März 2025).

**WHAT
THE
FOOD.**



1.584 Aufrufe

Hier finden Sie die BVE in der Social-Media-Welt



www.instagram.com/whatthefood_germany



www.youtube.com/@whatthefood_germany



www.twitter.com/bve_online

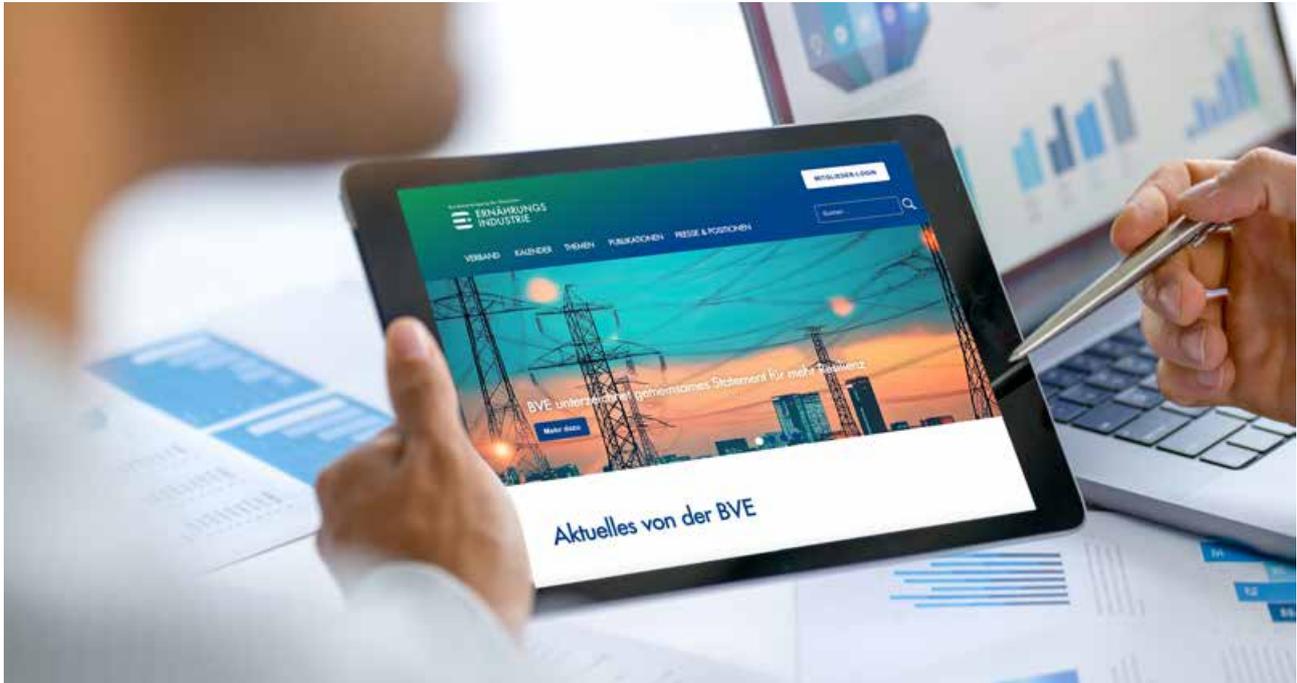


www.linkedin.com/company/bve-bundesvereinigung-der-deutschen-ernaehrungsindustrie



www.facebook.com/whatthefoodgermany

Neue Website zum 75 jährigen Jubiläum



Die BVE hat ihre Website umfassend überarbeitet und modernisiert, um ihre digitale Präsenz weiter zu stärken. Die neue Website präsentiert sich nicht nur mit einem frischen und modernen Design, sondern bietet auch verbesserte Funktionen, die darauf abzielen, jedem Besucher eine intuitive, informative und reibungslose Nutzungserfahrung zu bieten, Inhalte zu verbreiten, auf Kampagnen zu reagieren und ein dynamisches Netzwerk zu pflegen. Sie unterscheidet zwischen verbraucherorientierten Netzwerken wie Instagram und Facebook und solchen, die sich an Medien, Politik, Wirtschaft und NGOs richten, namentlich X und LinkedIn. Die Inhalte werden je nach Kanal und Zielgruppe spezifisch aufbereitet und durch aktives Community-Management ergänzt. Zusätzlich betreibt die BVE zwei eigene YouTube-Kanäle, auf denen speziell produzierter Video-Content mit unterschiedlichen Zielgruppen veröffentlicht wird.

Highlights der neuen Website

1. Benutzerfreundliches Design

Die Überarbeitung von Layout und Struktur erleichtert die Navigation und beschleunigt den Zugriff auf Informationen. Das klare und übersichtliche Design hilft Besuchern, schnell und effizient zu finden, was sie suchen.

2. Verbesserte Inhalte

Im Zentrum der Modernisierung stehen die Qualität und Aktualität der Inhalte. Texte, Bilder und Multimedia-Elemente wurden gezielt aktualisiert, um den Anforderungen der Zielgruppen gerecht zu werden und einen echten Mehrwert zu schaffen.

3. Technologische Innovationen

Durch den Einsatz modernster Technologien und Standards in Webdesign und Webentwicklung verbessert sich nicht nur die Ladezeit und allgemeine Leistung der Website, sondern es wird auch sichergestellt, dass die Seite auf allen Geräten und Browsern optimal funktioniert.

4. Sicherheit und Datenschutz

Höchste Priorität hat der Schutz der Daten und die Sicherheit der Besucher. Die Website ist mit den neuesten Sicherheitsmaßnahmen ausgestattet, um eine sichere Browsing-Umgebung zu garantieren und die Einhaltung der Datenschutzstandards sicherzustellen.



#liebermündig: Kampagne gegen Werbeverbote

Im Jahr 2023 initiierte die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) die Kampagne #liebermündig, um sich gegen die von Bundesminister Cem Özdemir vorgeschlagenen umfassenden Werbeverbote für Lebensmittel zu stellen. Diese Verbote zielten darauf ab, die Werbung für Produkte mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt einzuschränken, basierend auf den Nährwertprofilmodellen der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Vorschläge hätten eine signifikante Einschränkung der Lebensmittelwerbung bewirkt, da sie nicht nur kinderspezifische Werbung, sondern auch allgemeine Produktwerbungen für Artikel wie Gouda, Schinkenwurst und Marmelade umfasst hätten.

Die BVE kritisierte, dass solche weitreichenden Werbeverbote nicht nur über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinausgingen, sondern auch potenziell

kontraproduktiv für die Ziele der Übergewichtsprävention bei Kindern seien, da wissenschaftlich fundierte Belege für deren Effektivität fehlen. Die Kampagne #liebermündig betonte die Wichtigkeit der Medienkompetenz und des bewussten Umgangs mit Werbung und setzte sich für eine ausgewogene Regulierung ein, die den informierten Verbraucher und die elterliche Verantwortung in den Vordergrund stellt.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Dialog mit politischen Entscheidungsträgern konnte die BVE während der gesamten Legislaturperiode der Ampelregierung die Implementierung der vorgeschlagenen Werbeverbote erfolgreich verhindern. Diese Initiative unterstreicht das Engagement der BVE für eine verantwortungsvolle und ausgewogene Werbepaxis in der Lebensmittelindustrie.

Mehr Informationen gibt's auf:
www.lieber-mündig.de



#lieberzuedendenken: Kampagne zur Europawahl

Zur Europawahl 2024 starteten die BVE und der Lebensmittelverband Deutschland die Kampagne „Lieber zu Ende denken!“. Darin wurden die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert, ihre Stimme abzugeben und sich gegen nationalistische und europafeindliche Strömungen zu positionieren. Ziel war es, die Bedeutung der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung der Lebensmittel- und Getränkewirtschaft, sowie für die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel hervorzuheben.

Verschiedene Aktivitäten und Werbemaßnahmen wurden durchgeführt, darunter eine Anzeigenserie mit kreativen Slogans und Anzeigenmotiven, die auf die Bedeutung der EU für die Lebensmittelvielfalt und -sicherheit hinwies. Beispiele für Slogans waren „Hast Du Tomaten auf den Augen?“ und „Sei keine beleidigte Leberwurst!“.

Zusätzlich wurden Plakate auf Spezialfahrzeugen quer durch Deutschland gefahren, und Videospots für Social Media produziert, die darauf abzielten, die Botschaften der Kampagne auf ungewöhnliche und aufmerksamkeitsstarke Weise zu präsentieren.

Um die Belegschaften in der Lebensmittelwirtschaft direkt anzusprechen, wurden Unternehmen Materialien zur Verfügung gestellt, um über die möglichen Konsequenzen eines Erstarkens nationalistischer Kräfte zu informieren.



Mehr Informationen gibt's auf
www.lieber-zu-ende-denken.de

Hast Du TOMATEN auf den Augen?

84 % der importierten Tomaten auf unserem Teller kommen aus der EU. Der europäische Binnenmarkt bestimmt die Vielfalt Deiner Lebensmittel! Weiter Appetit auf Pizza, Ketchup und Spaghetti Bolognese? Dann geh wählen für Europa und für einen Binnenmarkt der Vielfalt!

 Eine Initiative von lebensmittelverband.de und ernaehrungsindustrie.de

Geh wählen! 
Europawahl 9. Juni 2024

www.lieber-zu-ende-denken.de

Schneid Dir nicht ins eigene FLEISCH!

Das Programm der populistischen Nationalisten bedroht unsere Wirtschaft und Deinen Arbeitsplatz. 2,2 Millionen Arbeitsplätze wären bei einem deutschen EU-Austritt, dem „Dexit“, gefährdet. Wer den will, will nichts Gutes für Dich. Sag nein zu neuen Grenzen, sag ja zur EU!

 Eine Initiative von lebensmittelverband.de und ernaehrungsindustrie.de

Geh wählen! 
Europawahl 9. Juni 2024

www.lieber-zu-ende-denken.de

Da hast Du den SALAT!

90 % des nach Deutschland importierten Gemüses kommen aus dem europäischen Ausland. Europa is(s)t Paprika, Europa is(s)t Zucchini, Europa is(s)t Auberginen und Co. Das bedeutet Vielfalt gegen nationale Einfalt! Stärke Europa – geh wählen!

 Eine Initiative von lebensmittelverband.de und ernaehrungsindustrie.de

Geh wählen! 
Europawahl 9. Juni 2024

www.lieber-zu-ende-denken.de

Europa ist auch Dein BIER!

Qualität und Vielfalt unserer Lebensmittel sind einmalig, Spezialitäten aus Deutschland ein echter Exportschlager – zum Beispiel unser Bier. In jeder Ecke Europas findet man Pils, Helles und Weizen aus unseren Brauereien. Der gemeinsame EU-Binnenmarkt macht das möglich.

 Eine Initiative von lebensmittelverband.de und ernaehrungsindustrie.de

Geh wählen! 
Europawahl 9. Juni 2024

www.lieber-zu-ende-denken.de



#lieberwählen: Kampagne zur Bundestagswahl 2025

Zur Bundestagswahl 2025 hat die deutsche Ernährungswirtschaft die Kampagne „Lieber wählen!“ ins Leben gerufen. Die Kampagne setzt sich dafür ein, die deutsche Lebensmittelindustrie stark und innovativ zu erhalten. Sie zielt darauf ab, nicht nur den aktuellen Herausforderungen zu begegnen, sondern auch langfristig Perspektiven für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Ziele

- **Wahlbeteiligung fördern:** Die Bürger werden mit dem Slogan „Lieber wählen“ dazu aufgerufen, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen.
- **Forderungen der Lebensmittelindustrie durchsetzen:** Die Kampagne baut auf klaren Forderungen der BVE, des Lebensmittelverbands Deutschland und der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V. auf, die den Erhalt und den Ausbau der deutschen Ernährungsindustrie gewährleisten.

Inhalte

- **Webseite:** Auf der eigens erstellten Webseite stehen die 10 Forderungen der Lebensmittelwirtschaft an die neue Bundesregierung sowie die einzelnen Kampagnen-Motive zur Verfügung.
- **Anzeigenserie:** Mit kreativen Slogans, die die Wahlkampagnen der Parteien in kulinarische Wortspiele umwandeln, wurden die Forderungen der Ernährungsindustrie auf unterhaltsame Weise deutlich gemacht.
- **Plakataktionen:** Plakate wurden auf Spezialfahrzeugen durch das Regierungsviertel der Hauptstadt Berlin gefahren, um die Botschaften der Kampagne sichtbar zu machen.
- **Videospots:** Produktion von Videospots für Social Media, die darauf abzielten, die Kampagnenbotschaften auf kreative Weise zu präsentieren.

Mehr Informationen gibt's auf
www.lieber-waehlen.de



Kampagnenmotive #lieberwählen



Fleisch muss sich wieder lohnen.

Fleisch ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Ernährungskultur und liefert wichtige Nährstoffe für eine ausgewogene Ernährung. Um sicherzustellen, dass Fleisch weiterhin in hoher Qualität, Vielfalt und zu erschwinglichen Preisen verfügbar bleibt, müssen die Rahmenbedingungen für Produktion und Vertrieb in Deutschland stimmen. Wir fordern: Finger weg von Essensbevormundung in öffentlichen Kantinen!

www.lieber-wählen.de

Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.



WIR DÄMPFEN FÜR DICH UND DEUTSCHLAND.

Lebensmittelverarbeitung ist Voraussetzung, um landwirtschaftliche Rohstoffe genießbar zu machen und ein vielfältiges Angebot zu jeder Zeit zu sichern. Darüber wollen wir die Verbraucher weiter informieren dürfen. Wer Werbung für Lebensmittel verbieten will, riskiert den Verlust von Vielfalt und Arbeitsplätzen. Wir fordern: Finger weg von Werbeverboten!

www.lieber-wählen.de

Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.





MIT SICHERHEIT STABILE ENTEN

Geflügelfleisch ist in Deutschland beliebt und dank Landwirtschaft und Ernährungsindustrie immer verfügbar. Darauf sollen die Bürger sich verlassen können. Immer mehr Bürokratie und staatliche Eingriffe treiben Unternehmen ins Ausland.
Wir fordern: Finger weg von immer neuen Vorschriften!

www.lieber-wählen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

**LIEBER
WÄHLEN!**
Bundestagswahl 2025

Alles lässt sich schwenken.

Verlässlichkeit ist ein hohes Gut in der Wirtschaft. Gemeinsame Vereinbarungen zwischen Politik und Unternehmen müssen eingehalten und umgesetzt werden. Ein Hin und Her schafft Verunsicherung und Verdruss.
Wir fordern: Finger weg von immer neuem Eingriff in den Markt!

www.lieber-wählen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

**LIEBER
WÄHLEN!**
Bundestagswahl 2025

LECKER: BEZAHLBAR MACHEN!

Eine Zuckersteuer würde Leckerer unnötig teurer machen. Steuern und Verbote für bestimmte Lebensmittel greifen in die Entscheidungsfreiheit des Verbrauchers ein. Aufklärung und transparente Kennzeichnung sind der bessere Weg für eine bewusste und selbstbestimmte Ernährung.
Wir fordern: Finger weg von Zuckersteuer und Werbeverboten!

www.lieber-wählen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

**LIEBER
WÄHLEN!**
Bundestagswahl 2025

Wieder al forno

Die Lebensmittelindustrie benötigt viel Energie für Kochen und Kühlen, Backen und Braten, Dämpfen und Dünsten. Bezahlbare Energie sichert heimische Produktion.
Wir fordern: Finger weg von teuren Energiesystemen!

www.lieber-wählen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

**LIEBER
WÄHLEN!**
Bundestagswahl 2025



Alle Motive finden Sie hier:
www.lieber-wählen.de/anzeigen

VERANSTALTUNGEN

Grüne Woche 2025

Innovationen für mehr Nachhaltigkeit, Gesundheit und Genuss – auf dem Messestand der BVE und des Lebensmittelverbands Deutschland e. V. drehte sich zehn Tage lang alles um die Herausforderungen einer Industrie, die sich im steten Wandel befindet. Unter dem Motto „Zukunft schmeckt“ kredenzte der Stand eine Vielzahl an interaktiven Erlebnissen, Fachdiskussionen und kulinarischen Highlights, die die Vision einer nachhaltigen und innovativen Lebensmittelbranche schmeck- und greifbar machten.

Vorstellung der Forderungen zur Bundestagswahl

BVE-Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff nutzte die Plattform, um wichtige Themen der Branche anzusprechen: Zum Auftakt der Messe stellte er die Kampagne „Lieber Wählen“ der Ernährungswirtschaft vor: Mit kreativen Slogans, die die Wahlkampagnen der Parteien in kulinarische Wortspiele umwandeln, erinnert sie die Bundesbürger daran, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zudem enthält sie klare Forderungen der Lebensmittelwirtschaft an die künftige

Bundesregierung, die den Erhalt und den Ausbau der deutschen Ernährungsindustrie gewährleisten sollen. Minhoff betonte, dass es wichtig sei, „die Lebensmittelvielfalt zu bewahren und weiterzuentwickeln, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Dafür müssen unternehmerische Freiheiten und gesetzliche Vorgaben klug ausbalanciert werden, um Innovationen zu fördern und bürokratische Hemmnisse, insbesondere in Krisenzeiten, zu vermeiden.“ Auch bei den Politikern kam die „Lieber Wählen“-Kampagne gut an – und wurde häufig mit einem Schmunzeln quittiert.



ZUKUNFT SCHMECKT



BVE-Geschäftsführer Christoph Minhoff stellt die Kampagne vor

Hochkarätiger Politikerbesuch am „Zukunft schmeckt“-Stand

Auch dieses Jahr besuchten zahlreiche politische Größen den Messestand: Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, und der Berliner Bürgermeister Kai Wegner beispielsweise stellten sich der Herausforderung des interaktiven Spiels „Tischlein deck dich“, welches Besuchern spielerisch vor Augen führte, wie viele Kilometer man radeln muss, um bestimmte Gerichte abzutrainieren. Zahlreiche weitere Politiker besuchten den Stand, um sich mit der Geschäftsführung von BVE und Lebensmittelverband über die aktuellen Herausforderungen der Ernährungsindustrie und der Standortsicherung in Deutschland auszutauschen.

Unter anderem begrüßte die BVE:

- Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender
- Friedrich Merz, CDU-Bundesvorsitzenden
- Lisa Paus (Bündnis90/Die Grünen), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
- Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion
- Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr
- Franziska Giffey, Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe und stellv. Bürgermeisterin Berlins
- Christina Stumpp, Stellvertretende Generalsekretärin der CDU
- Albert Stegemann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ZUKUNFT SCHMECKT



Albert Stegemann
und Christina Stupp



BVE-Geschäftsführer Olivier Kölsch und stellv. Hauptgeschäftsführer Peter Feller mit Franziska Giffey



Christian Lindner



Friedrich Merz



Gitta Connemann



Carsten Linnemann (l.)



Volker Wissing (r.)

Spannende Einblicke in die Zukunft der Lebensmittelproduktion

Ein weiteres Highlight waren die Präsentationen der Tagespartner: Nestlé stellte sein Income Accelerator Programm vor, das die Lebensbedingungen von Kakaobauern verbessert. Mondelēz berichtete über seine Aktivitäten am deutschen Standort und punktete vor allem bei den jungen Zuschauern mit lustigen Walking-Acts von Oreo und der Milka-Kuh. Coca Cola faszinierte mit Einblicken in ihre Produktvielfalt, die Weiterentwicklung der Rezepturen und neuen Trends. Junge Unternehmen wie Formo und Pure Raw konnten in spannenden Kochshows zeigen, was mit Käse aus Mikrofermentation oder Mikroalgen köstliches gekocht werden kann.

Das neu eingeführte Startup-Wochenende wurde mit einem geselligen Netzwerkabend eingeleitet: Der „Zukunft schmeckt“-Stand bot die ideale Gelegenheit für Innovatoren und Startups, sich auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. An den darauffolgenden Tagen konnten gleich sechs Jungunternehmer auf der Bühne beweisen, wie sie die Welt der Lebensmittel transformieren wollen.

Ebenso zog die Vorstellung der sozialen Initiativen, vertreten durch die Berliner Tafel e.V. und die Berliner Arche, viel Aufmerksamkeit auf sich: Während der Kochshows thematisierten sie die Bedeutung von warmen Mahlzeiten für bedürftige Kinder und forderten einen bewussteren Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden.



Kai Wegner (l.) und Cem Özdemir und mit BVE-Geschäftsführer Christoph Minhoff und Vorstand Christian von Bötticher auf dem BVE-Messestand bei der Grünen Woche 2025.

„Die Grüne Woche bleibt das Hochamt für Ernährung und Genuss“, ist das Fazit von Christoph Minhoff, „die Verbraucher wollen Vielfalt und die Freiheit, selbst über ihre Ernährung zu entscheiden. Das belegt das große Interesse an den Themen unseres Standes.“



Ausblick 2026

Die Grüne Woche 2025 bewies in diesem Jahr, wie groß das Interesse der Verbraucher zum Thema Ernährung und Nachhaltigkeit ist und welche wichtige Rolle eine zukunftsfähige Ernährungswirtschaft in Deutschland spielt: „Die Grüne Woche bleibt das Hochamt für Ernährung und Genuss. Die Verbraucher wollen Vielfalt und die Freiheit, selbst über ihre Ernährung zu entscheiden. Das belegt das große Interesse an den Themen unseres Standes.“, merkt BVE-Geschäftsführer Christoph Minhoff an.

Klartext zur Wahl: Der Wirtschaftstalk am Bundestag

Die Union hat die Bundestagswahl klar gewonnen und wird mit Friedrich Merz voraussichtlich den nächsten Bundeskanzler stellen. Es läuft auf Koalitionsverhandlungen für eine Koalition aus Union und SPD hinaus. Was bedeutet das für die Wirtschaft und für die Ernährungsindustrie? Am Wahlabend ordneten Christoph Minhoff und Ulrike Hinrichs die Ergebnisse mit Gästen aus Politik und Wirtschaft ein.



Christoph Minhoff mit Ulrike Hinrichs, Journalistin und Vorstandssprecherin des BVK (Bundesverband Beteiligungskapital)
Foto: © Michael Setzpfandt

Die Stimmung im Hopfingerbräu am Brandenburger Tor ist energiegeladener. Bereits nach den ersten Hochrechnungen ist klar: Die Union ist die klare Gewinnerin der vorgezogenen Bundestagswahl. Sie kommt laut vorläufigem Ergebnis auf 28,5 Prozent. „Wir freuen uns, dass wir nach der schwierigen Wahl 2021 wieder Vertrauen der Menschen zurückgewonnen haben und fast 30 Prozent erreicht haben. Das ist ein großer Erfolg von Friedrich Merz und Carsten Linnemann, dass sie die Partei neu aufgestellt haben und Vertrauen zurückgewonnen haben“, sagt Tilman Kuban, Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), in der Talkrunde.

Harte Koalitionsverhandlungen

Hinter der CDU liegt die AfD mit 20,8 Prozent. Die SPD fuhr mit 16,4 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl ein. Die Grünen kamen auf 11,6 Prozent der Stimmen. FDP und BSW scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Es läuft auf Koalitionsverhandlungen zwischen der Union und der SPD hinaus. Kuban dazu: „Wir haben sehr konkrete Forderungen. Die wollen wir umsetzen. Und da werden wir sehr hart verhandeln, weil am Ende klar ist, dass der eine Partner doppelt so groß sein wird wie der andere. Und das muss sich am Ende auch in den inhaltlichen Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen widerspiegeln.“



Tilman Kuban, MdB (CDU) ist auf dem Monitor zugeschaltet

Auf die Frage, ob für die deutsche Wirtschaft einer Zweier- oder Dreier-Konstellation besser wäre, antwortet er: „Für die Wirtschaft wäre besser, wenn es einer Regierung gelingen würde, Kontinuität zu wahren und verlässliche Rahmenbedingungen für ein etwas längeren Zeitraum zu organisieren. Ich glaube, es war ein Fehler der letzten Regierung, dass sie sehr ideologisch unbedingt Dinge durchsetzen wollten, obwohl sie dafür keinen breiten gesellschaftlichen Konsens hatte.“

„Wir brauchen jetzt klare Statements“

Christian von Boetticher, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, nennt das Wahlergebnis ein wichtiges Signal mit Blick auf die nationalen wie internationalen Herausforderungen. „Jetzt kommt es darauf an, dass wir einen guten Koalitionsvertrag bekommen, bei dem die Belange der Migration und vor allem der Wirtschaftspolitik nachhaltig Niederschlag finden. Die Wirtschaft erwartet von der neuen Regierung als erstes klare Statements in Richtung Entbürokratisierung“, so Boetticher.

Er freue sich, dass Friedrich Merz Kanzler wird, empfinde das Ergebnis mit unter 30 Prozent der Stimmen jedoch als nicht zufriedenstellend. Angesichts des „Desasters“, das die Ampel angerichtet habe, hätte die Union ein größerer Nutznießer sein müssen. Er zeigt sich zudem enttäuscht, dass die FDP nicht in den Bundestag einzieht. „Die Wirtschaft braucht auch eine wirtschaftsliberale Stimme im Parlament“, so von Boetticher.

Dem Markt wieder mehr vertrauen

Mit Blick auf den schwächelnden deutschen Wirtschaftsstandort zeigt sich Prof. Dr. Heike Marita Hölzner optimistisch angesichts eines politischen



BVE-Vorsitzender Christian von Boetticher (l.)



Prof. Dr. Heike Marita Hölzner, Professorin für Entrepreneurship und Mittelstandsmanagement an der HTW

Personalwechsels. Hölzner ist Professorin für Entrepreneurship und Mittelstandsmanagement an der HTW in Berlin. Sie weist darauf hin, dass Deutschland nicht erst seit 3 Jahren an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verliert und es nicht mit einer konjunkturellen, sondern mit einer strukturellen Wirtschaftskrise zu tun haben.

„Eine neue Regierung muss fundamentale strukturelle Reformen vornehmen. Wir müssen dem Markt wieder mehr vertrauen. Wir müssen Unternehmen das Handeln erleichtern durch die Senkung von Unternehmenssteuern und durch Bürokratieabbau.“

Allein durch Abbau von Regulierungen und Dokumentationspflichten können wir neue Wirtschaftskräfte freisetzen. Die drei Schwerpunkte sind: Kosten, Fachkräfte und Steuersenkungen“, so die studierte Ökonomin. „Auch in der Industriepolitik befindet sich Deutschland in einem Strukturwandel“, so Hölzner weiter. „Es hilft nichts, mit Subventionen dagegen anzuarbeiten.“



Daniel Gräber, Leiter des Ressorts Kapital bei Cicero – Magazin für politische Kultur

Auch da muss man den Marktkräften mehr ihren Lauf lassen, weniger regulierend eingreifen und stärker am Anfang des Funnel unterstützen.“

Es sei jetzt wichtig, eine positive Wirtschaftsdynamik auszulösen und positive Entwicklungen in der Wirtschaft sichtbar zu machen. „Wir haben uns im letzten Jahr zu sehr auf die Probleme fokussiert und viel zu wenig auf das geschaut, was auch gut läuft.“ Um die Hoffnungen zu erfüllen, sei es unerlässlich, dass „unmittelbar nach der Regierungsbildung ein paar ganz handfeste, sehr kurzfristige Maßnahmen sehen werden, also dass die Menschen, aber auch der Markt das Gefühl bekommt, Politik wird wieder wirksam“, so Hölzner.

Von der Ampel-Politik aufgeschreckt

„Ich glaube insgesamt wird in der Wirtschaft die Erleichterung darüber, dass nicht mehr Agora Energiewende am Kabinetttisch sitzt, sondern jemand, dem auch der Industriestandort etwas wert ist, eher groß sein“, resümiert Daniel Gräber, Leiter des Ressorts Kapital bei Cicero – Magazin für politische Kultur.

Mit Blick auf die hohe Wahlbeteiligung sagt er: „Ich glaube, dass viele in Deutschland verstanden haben, dass von dieser Regierung wirklich etwas abhängt. Und zwar auch, ob unser Parteiensystem, wie wir es jetzt gerade haben, noch Bestand hat. Auf linker Seite hat auch die Stärke der AfD mobilisiert. Auf der bürgerlich-konservativ-liberalen Seite hat ein Wille zur Veränderung mobilisiert. Viele wurden sicher auch von der Grün gefärbten Ampel-Politik aufgeschreckt.“

„Die Wahl markiert einen Wendepunkt“

Aus Sicht von Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, hat die hohe Wahlbeteiligung gezeigt, „dass die Deutschen eine starke und lebendige Demokratie wertschätzen“.

Mit ihrer Kampagne „Lieber wählen“ hatte die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie gemeinsam mit dem Lebensmittelverband Deutschland dafür geworben, wählen zu gehen.

In einer aktuellen Pressemeldung spricht Minhoff von einem Wendepunkt: „Es ist essenziell, dass die neue Regierung klare und verlässliche Maßnahmen ergreift, die nicht nur der gesamten Wirtschaft, sondern insbesondere auch unserer Branche zugutekommen“, betont Minhoff. „Die Ernährungsindustrie ist ein zentraler Motor der deutschen Wirtschaft. Eine starke Lebensmittelindustrie ist essenziell für die Versorgungssicherheit, die wirtschaftliche Stabilität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands“, so Minhoff weiter. Dazu sollte die neue Regierung Bürokratie verringern, Investitionen in Forschung und Entwicklung erleichtern, die regulatorischen Rahmenbedingungen optimieren und somit den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärken.

Wer den Wirtschafts-Talk zur Wahl ist eine Veranstaltung von der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. dem Lebensmittelverband Deutschland e. V. und dem Bundesverband Beteiligungskapital (BVK), präsentiert vom Cicero – Magazin für politische Kultur.

Wer den Wirtschafts-Talk zur Wahl verpasst hat, kann ihn sich [hier anschauen](#).



DIE ERNÄHRUNGS- INDUSTRIE

2





KONJUNKTURDATEN DER ERNÄHRUNGSINDUSTRIE 2024

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Klammern

	2024	2023	
	Umsatz nominal	232,7 Mrd.€ (+0,6%)	231,3 Mrd.€
	davon Inland	148,7 Mrd. € (-0,1%)	149,1 Mrd. €
	davon Ausland	84,0 Mrd. € (+1,8%)	82,2 Mrd. €
	· EU	62,2 Mrd. € (+1,1%)	61,4 Mrd. €
	· nicht EU	21,8 Mrd. € (+4,8%)	20,8 Mrd. €
	Reale Umsatzentwicklung	-0,6%	-1,6%
	Auslandsanteil am Umsatz	36,0%	35,1%
	Betriebe*	5.991	5.991
	Beschäftigte	658.150 (+2,1%)	644.454
	Auszubildende*	26.162 (+2,9%)	25.414
	Verbraucherpreise gesamt	+2,2%	+5,9%
	davon Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+2,4%	+12,2%
	Verkaufspreise Ernährungsindustrie**		
	· Inland	+0,4%	+8,8%
	· Export	+2,7%	+6,9%

Stand: 30.05.2025

* Stand der Daten: September 2024

** Nahrungsmittel, Futtermittel und Getränke

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, BVE, ANG

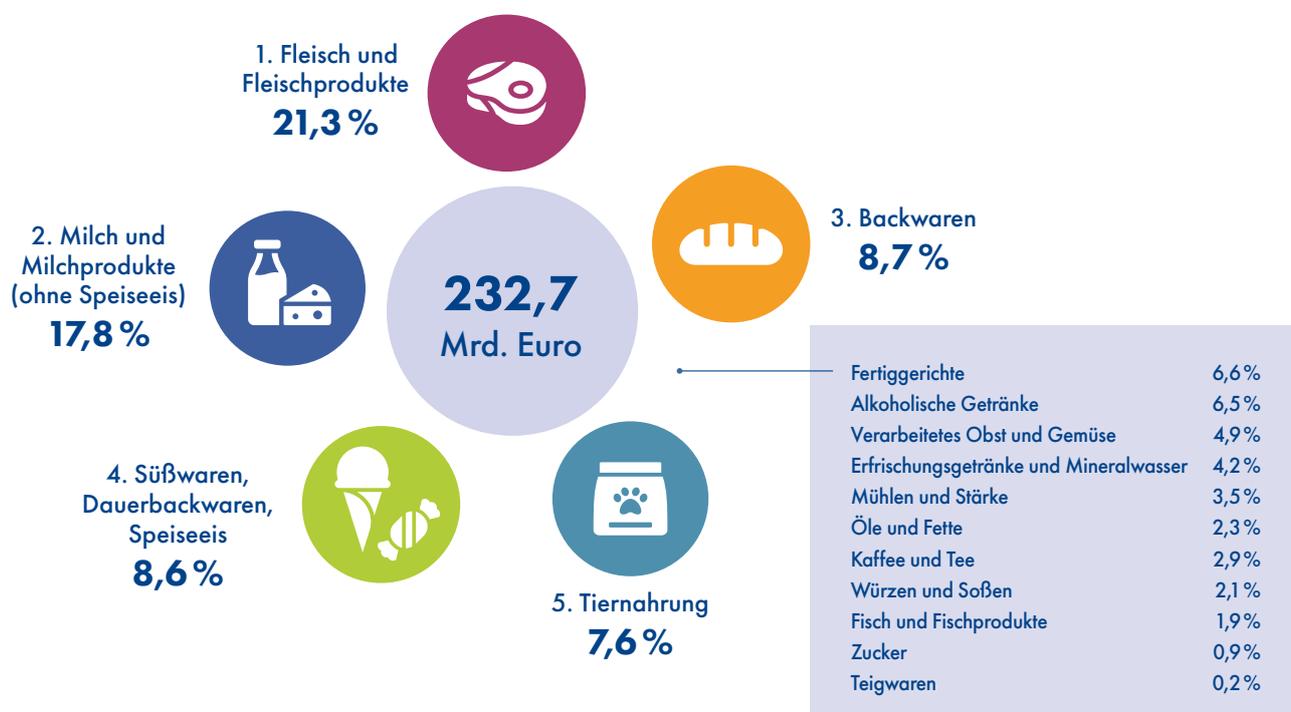


Mit mehr als 658.000 Beschäftigten in rund 6.000 Betrieben zählt die Ernährungsindustrie zu den wichtigsten Industriezweigen Deutschlands. Sie ist überwiegend klein- und mittelständisch geprägt, wobei rund 90 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern tätig sind. Durch die vorwiegend ländlichen Produktionsstandorte trägt die Branche zur Stabilität und Beschäftigung in allen Regionen Deutschlands bei und spielt somit eine

tragende Rolle in der Beschäftigungspolitik. Die Ernährungsindustrie versorgt allein in Deutschland täglich mehr als 84 Millionen Bundesbürger mit einem breiten Produktangebot von 170.000 Artikeln. Sie umfasst eine Vielzahl von verschiedenen Teilbranchen, zu den umsatzstärksten gehören die Hersteller von Fleisch und Fleischwaren, Milchprodukten, Backwaren, Süßwaren sowie alkoholischen Getränken.

Anteile der Branchen am Gesamtumsatz der Ernährungsindustrie

2024, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt





Ein Erfolgsgarant für die Branche ist die enge Anbindung der gesamten Wertschöpfungskette an den Wettbewerbsstandort Deutschland – von der Erzeugung über die Produktion und Logistik bis zum Vertrieb sowie Forschung und Entwicklung. Lebensmittel „made in Germany“ stehen für hohe Qualität, Sicherheit, Geschmack und Verbrauchernähe und überzeugen seit Jahrzehnten nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Angesichts global zunehmender Marktöffnungen ist es für die deutschen Hersteller besonders wichtig, international wettbewerbsfähig zu bleiben, um sichere Beschäftigungsmöglichkeiten an den lokalen, deutschen Produktionsstandorten zu garantieren.

Das Jahr 2024 stand unter dem Zeichen einer strukturellen Krise im verarbeitenden Gewerbe, wie namhafte Wirtschaftsinstitute mittlerweile vielfach belegen, darunter das „Institut der deutschen Wirtschaft“ und das „ifo Institut für Wirtschaftsforschung“. Obwohl die Reallöhne im Jahr 2024 laut dem Statistischen Bundesamt um 3,1 Prozent stiegen, übertrug sich die erhöhte Kaufkraft nicht wie erhofft auf die Privatwirtschaft.

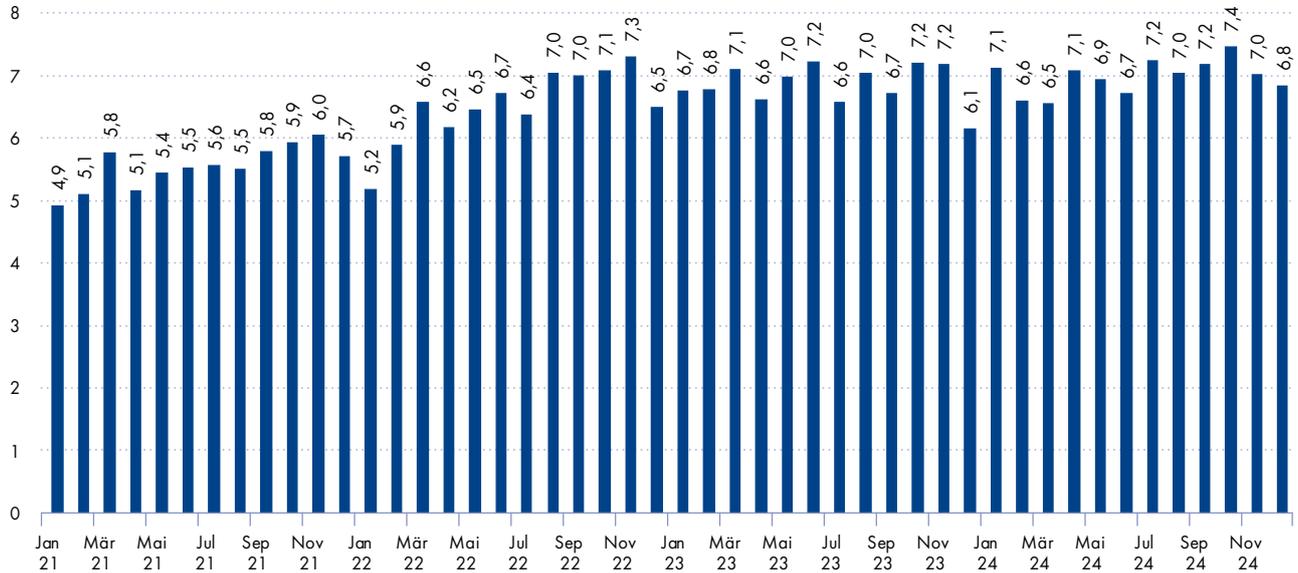
Wirtschaftspolitische Unsicherheit sowie weiter schwelende geopolitische Unsicherheiten sorgten auch 2024 für Kaufzurückhaltung sowie Zurückhaltung bei zukünftigen Investitionen der Unternehmen. Die Ernährungsindustrie erwirtschaftete im Jahr 2024 nach ersten Schätzungen einen Umsatz von 232,7 Milliarden Euro, was einem preisbereinigten Umsatzverlust von 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Nachdem der Export im letzten Jahr Verluste hinnehmen musste, sank der inflationsbereinigte Umsatz hier auch in diesem Jahr um 0,9 Prozent.

War der Export der deutschen Lebensmittelhersteller lange Zeit noch Wachstumstreiber, kündigt sich hier nun eine Trendumkehr an. Auch das Inland musste einen preisbereinigten Umsatzverlust von 0,5 Prozent hinnehmen. Insgesamt konnte die Ernährungsindustrie knapp 149 Milliarden Euro Umsatz im Inland absetzen. Bei steigenden Verkaufspreisen im Ausland von 2,7 Prozent sowie im Inland von 0,4 Prozent stieg der nominale Umsatz im Ausland um 1,8 Prozent, sank im Inland jedoch um 0,1 Prozent. Die Exportquote lag bei 36,0 Prozent.



Umsatz der Ernährungsindustrie

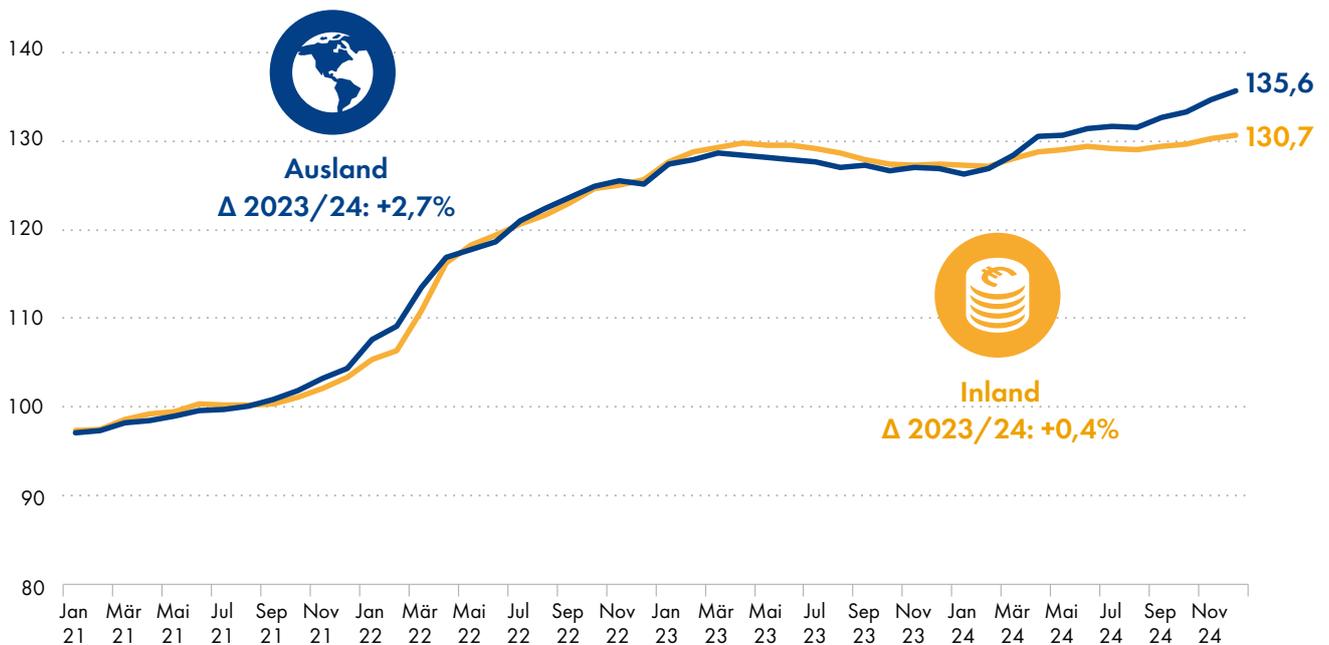
in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Entwicklung der Verkaufspreise in der Ernährungsindustrie

Vergleich: 2023 und 2024; 2021=100



Quelle: Statistisches Bundesamt

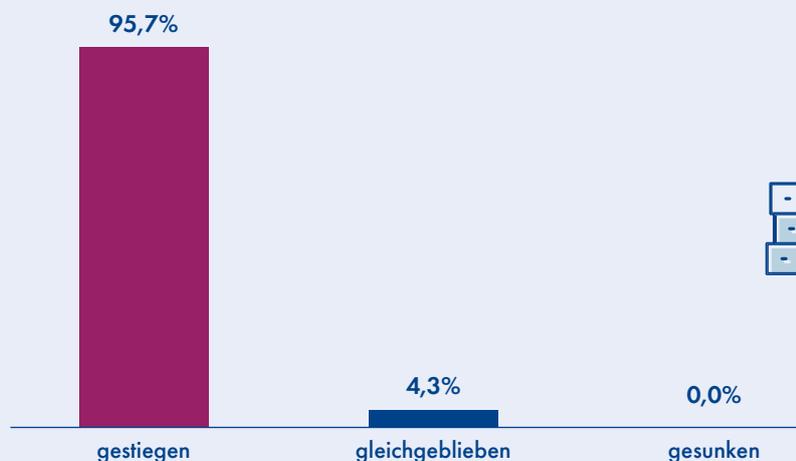


Die Rahmenbedingungen blieben auch im Jahr 2024 für die Ernährungsindustrie herausfordernd. Neben einemanhaltend hohen Preisniveau bei Agrarrohstoffen sowie Energie, besteht eine besondere Herausforderung in der Bewältigung von gestiegenen bürokratischen Herausforderungen. Eine Blitzumfrage der BVE zur Jahreswende 2024/2025 mit mehr als 160 Unternehmen aus allen Teilen der Ernährungsindustrie

zeigt dies sehr ausdrücklich: Über 95 Prozent der befragten Lebensmittelhersteller berichteten von steigenden bürokratischen Belastungen in den vergangenen drei Jahren. Lediglich gut 4 Prozent gaben an, dass die Anforderungen unverändert geblieben sind, während ein Rückgang von keinem Unternehmen festgestellt wurde.

Die derzeitigen bürokratischen Anforderungen sind für unser Unternehmen in den letzten drei Jahren ...

N=161



Quelle: BVE



Den direkten Bürokratieaufwand der CSRD-Berichtspflichten bewerten wir als Großunternehmen folgendermaßen ...

Bitte nur zutreffendes ankreuzen.
in Prozent; N = 69

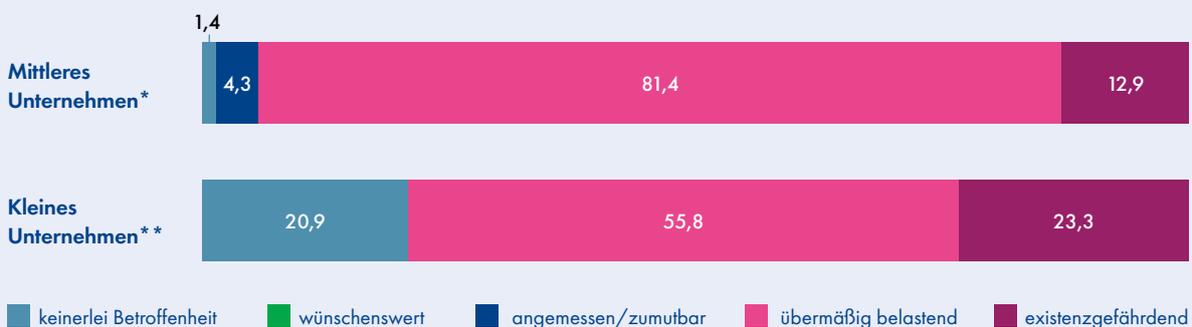


* >250 Mitarbeiter; >50 Mio. Jahresumsatz

Quelle: BVE

Die indirekten Bürokratieanforderungen („trickle down effect“) der CSRD-Berichtspflichten bewerten wir als KMU folgendermaßen ...

Bitte nur zutreffendes ankreuzen.
in Prozent; N = 107



* <250 Mitarbeiter; max. 50 Mio. Jahresumsatz ** <50 Mitarbeiter; max. 10 Mio. Jahresumsatz

Quelle: BVE

Insbesondere entstehen zusätzliche Anforderungen durch die Berichtspflichten im Rahmen der EU-Richtlinie 2022/2464 zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD). Großunternehmen empfinden den damit verbundenen bürokratischen Aufwand zu 91 Prozent als „übermäßig belastend“, knapp 6 Prozent als „zumutbar“ – und kein Unternehmen als „wünschenswert“. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die formal eigentlich nicht von den CSRD-Berichtspflichten betroffen sein

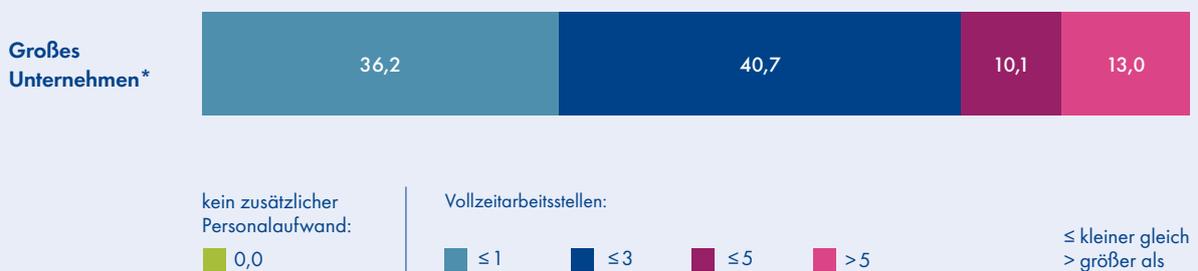
sollten, berichten ebenfalls von gestiegenen bürokratischen Anforderungen: Lediglich 1,4 Prozent der mittleren Unternehmen sehen sich als „nicht betroffen“, während 81 Prozent die indirekten Anforderungen als „übermäßig belastend“ und 12,9 Prozent sogar als „existenzgefährdend“ einstufen. Bei kleinen Unternehmen geben 21 Prozent an, „nicht betroffen“ zu sein, während 56 Prozent die Belastung als „übermäßig“ und 23 Prozent als „existenzgefährdend“ bewerten.

Die CSRD-Berichtspflichten führen bei den Unternehmen zu einem erheblichen zusätzlichen Personalaufwand: Bei großen Unternehmen benötigen über 40 Prozent ein bis drei zusätzliche Mitarbeiter, 13 Prozent sogar mehr als fünf Vollzeitkräfte. Mittlere Unternehmen bewältigen den zusätzlichen Aufwand meist mit bis zu einer Vollzeitstelle. Über 21 Prozent

benötigen bis zu zwei, gut 3 Prozent mehr als drei zusätzliche Vollzeitkräfte. Kleine Unternehmen kompensieren die Belastung überwiegend mit bis zu einer halben Vollzeitstelle. 26 Prozent benötigen bis zu eine, knapp 8 Prozent bis zu zwei zusätzliche Kräfte, während bei rund 21 Prozent kein zusätzlicher Personalaufwand anfällt.

Für die Erfüllung der bürokratischen Auflagen der CSRD-Berichtspflichten entsteht bei uns im Großunternehmen ein zusätzlicher Personalaufwand von ...

Bitte nur zutreffendes ankreuzen.
in Prozent; N=69

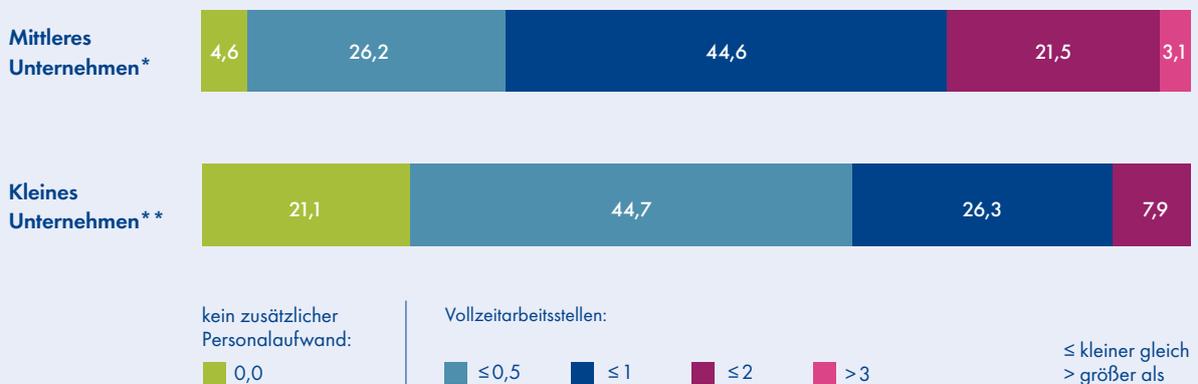


* > 250 Mitarbeiter; > 50 Mio. Jahresumsatz

Quelle: BVE

Für die indirekte Erfüllung der bürokratischen Auflagen der CSRD-Berichtspflichten entsteht bei uns im Unternehmen ein zusätzlicher Personalaufwand von ...

in Prozent; N=110

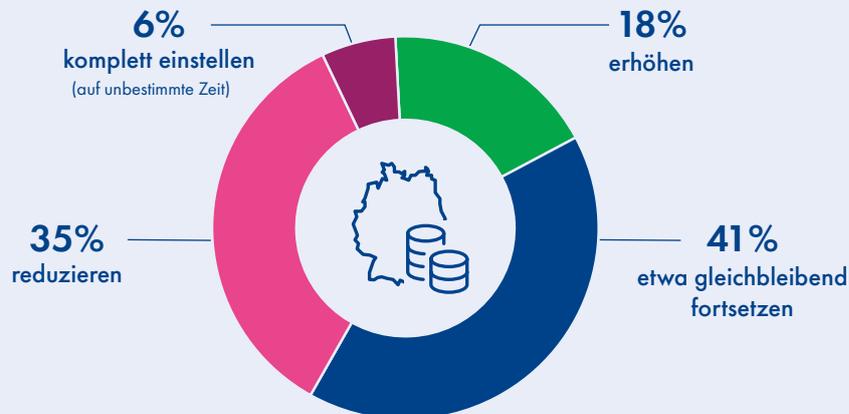


* < 250 Mitarbeiter; max. 50 Mio. Jahresumsatz ** < 50 Mitarbeiter; max. 10 Mio. Jahresumsatz

Quelle: BVE

Wir werden in den nächsten zwei bis drei Jahren unsere Investitionen am Standort Deutschland im Vergleich zu den Vorjahren (real)...

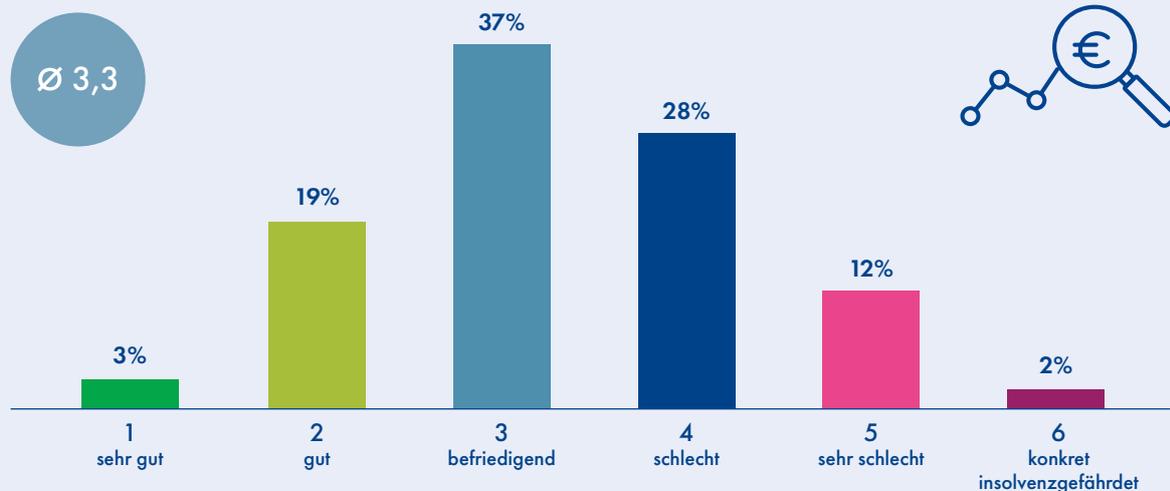
N=161



Quelle: BVE

Wie bewerten Sie die aktuelle Ertragslage in Ihrem Unternehmen?

nach „Schulnoten“, von 1=sehr gut bis 6=konkret insolvenzgefährdet; N=158



Quelle: BVE

Der Standort Deutschland verliert für die deutschen Lebensmittelhersteller laut der neuesten BVE-Blitzumfrage an Attraktivität: Nur 18 Prozent planen reale Investitionssteigerungen in Deutschland, während 35 Prozent Kürzungen vorsehen und 6 Prozent ihre Investitionen vollständig einstellen möchten. 41 Prozent wollen das aktuelle Niveau beibehalten. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Ergebnisse nur leicht verbessert: Damals wollten lediglich 10 Prozent ihre Investitionen erhöhen, während 43 Prozent Kürzungen planten und ebenfalls 6 Prozent einen vollständigen Stopp erwogen.

Die Ertragslage bewerten die befragten Unternehmen mit einer Durchschnittsnote von 3,3, dieselbe wie im letzten Jahr. Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent gibt an, dass sich die Ertragslage in den letzten zwei bis drei Jahren verschlechtert hat. Nur 18 Prozent berichten von einer Verbesserung.

Die Forderungen der Lebensmittelhersteller sind weitreichend. Sie fordern insbesondere die Abschaffung bestimmter Pflichtmeldungen an Behörden, die Vermeidung von doppeltem Berichtsaufwand sowie den Verzicht auf eine Übererfüllung von EU-Anforderungen.

Energiepreise in Deutschland

Die Ernährungsindustrie in Deutschland steht aufgrund historisch hoher Energiepreise, die durch staatliche Abgaben, Steuern und Umlagen getrieben werden, unter erheblichem Druck. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Einfluss auf die Energieversorgung haben die Preise weiter in die Höhe getrieben, allerdings zeigen sich neuerdings auch positive Entwicklungen. Anfang 2024 fiel der durchschnittliche Strompreis für kleine und mittlere Industriebetriebe auf das Niveau von 2017/2018, was dem EU-Durchschnitt entspricht. Doch trotz dieser Erleichterung sind viele Unternehmen durch Altverträge mit hohen Kosten belastet.

Besonders energieintensive Unternehmen leiden weiterhin unter überdurchschnittlichen Strompreisen, die auch die Gaspreise beeinflussen. Hier setzt sich die BVE für die dauerhafte Senkung der Stromsteuer und für Strompreiskompensationen ein, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zudem fordert die BVE eine Überarbeitung der Liste beihilfefähiger Sektoren, um Carbon Leakage zu verhindern.

Die Errichtung von Windanlagen für Eigenverbrauch sollte erleichtert werden, um den Unternehmen Zugang zu erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Für prozesswärmeintensive Unternehmen bleibt der Gaspreis ein kritischer Faktor. Die BVE schlägt vor, die Produktion

von Biogas als alternative Energiequelle zu fördern und gleichzeitig die Nutzung von Abwärme und regionale Wärmekonzepte zu unterstützen.

Der Wegfall des Spitzenausgleichs bei Gas zeigt die dringende Notwendigkeit einer Folgeregelung, um die Belastung der Unternehmen zu mindern. Die BVE begrüßt auch die Bestrebungen der Bundesnetzagentur, die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien fair zu verteilen, fordert jedoch weitere marktwirtschaftliche Anreize zur Optimierung des Stromabnahmeverhaltens.

Darüber hinaus muss die nationale Energiepolitik enger mit der EU-Energiepolitik verzahnt werden, um nationale Entlastungen effektiver umzusetzen und Verzögerungen durch EU-Beihilfekontrollen zu vermeiden. Die Energiepolitik sollte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, deren Kosten auch durch den Bundeshaushalt mitgetragen werden sollten.

Die ausführliche Stellungnahme zu den Energiepreisen finden Sie [hier](#).

Verbändeallianz Energieintensive Ernährungsindustrie

Zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin hat die Verbändeallianz Energieintensive Ernährungsindustrie die politischen Entscheidungsträger dringend dazu aufgefordert, die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Wettbewerbsfähigkeit und Transformation der Ernährungswirtschaft zu sichern. Die Allianz fordert unter anderem niedrigere Gaspreise, eine Reform der Netzentgelte, die Ausweitung der Strompreiskompensation und eine stärkere Berücksichtigung von energieeffizienter Prozesswärme in der politischen Diskussion.

Zur Untermauerung ihrer Forderungen hat die Allianz das Positionspapier "Energiepolitische Prioritäten für die Energieintensive Ernährungsindustrie" veröffentlicht. Darin betonen die Verbände, dass die Energiepreise in Deutschland international gesehen weiterhin zu hoch sind und dass Schutzmaßnahmen gegen die Abwanderung von Unternehmen aufgrund der CO₂-Bepreisung dringend benötigt werden, um eine schleichende Deindustrialisierung zu verhindern.



Die Allianz fordert zudem die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs bei Gas, dessen Wegfall prozesswärmeintensive Unternehmen weitaus stärker belastet hat, als die Absenkung der Stromsteuer im Wachstumspaket der Ampel-Regierung entlastet hat. Betroffen sind Branchen wie die Ölmühlen, die Stärkeindustrie, die Kakao verarbeitende Industrie, Hersteller von Cerealien, Backwaren, Speiseeis, Mälzereien und Hefeproduzenten.

Das Positionspapier finden Sie [hier](#).

Zu den Unterzeichnern gehören:

- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)
- Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)
- Deutscher Mälzerbund e. V. (dmb)
- Deutscher Verband der Hefeindustrie e. V.
- OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.
- Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e. V.

Innovationskraft und die Sicherung der Lebensmittelversorgung in Zeiten globaler Krisen

Die deutsche Ernährungsindustrie, als viertgrößte Industriebranche mit einem jährlichen Umsatz von rund 232,7 Milliarden Euro und knapp 6.000 Betrieben, spielt eine tragende Rolle bei der Sicherung Deutschlands als Wirtschaftsstandort. In Zeiten geopolitischer Konflikte rückt auch die systemrelevante Bedeutung der Ernährungsindustrie verstärkt in den Fokus. Trotz aller Herausforderungen bleibt die Ernährungsindustrie eine sehr resiliente Branche innerhalb des verarbeitenden Gewerbes. Ihre Zuverlässigkeit bei der Versorgung der Weltbevölkerung und der Bereitstellung hochqualitativer Lebensmittel wird Jahr für Jahr unter Beweis gestellt, wobei die Branche auch weiterhin konsequent ambitionierte Ziele in Bezug auf Nachhaltigkeit verfolgt.

Ein Schlüssel zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sowie notwendige Schritte in Richtung Nachhaltigkeit ist die Innovationskraft der Unternehmen. Die Struktur der Branche, die überwiegend aus KMUs besteht,



sowie die breite Palette an verarbeiteten Rohstoffen erschweren Forschung, die ausschließlich auf Unternehmensebene stattfindet. Die BVE setzt sich weiterhin stark für eine robuste Forschungslandschaft innerhalb der Ernährungswirtschaft ein. Eine Forschungsstrategie, die insbesondere den Erhalt und die Weiterentwicklung jahrzehntelang aufgebauter, erfolgreicher Strukturen fördert, ist gerade in Zeiten geopolitischer Krisen von größter Bedeutung. Wissenschaft und Forschung spielen eine Schlüsselrolle dabei, die deutschen Unternehmen der Ernährungsbranche im internationalen Wettbewerb zu stärken und gleichzeitig die Transformation hin zu nachhaltigen und umweltfreundlichen Produktionsverfahren zu unterstützen. Jedoch liegen die Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) von Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie bereits unter dem europäischen Durchschnitt und deutlich hinter den führenden Nationen. Daher ist es umso dringender geboten, die Forschungslandschaft der Ernährungswirtschaft zu stärken, anstatt in diesem Bereich Mittel zu kürzen.

Innovationsprozesse sind unerlässlich, nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sondern auch um Produktivitätssteigerungen und Neuerungen voranzutreiben, die für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 essenziell sind. Diese Strategie sollte über die reine Bereitstellung finanzieller Mittel hinausgehen und die Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds, die Vernetzung von öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen mit der Industrie sowie den Ausbau der Technologie- und Dateninfrastruktur umfassen, was für den Erfolg entscheidend ist.



Die forschungspolitischen Prioritäten und Kernforderungen zur Stärkung der Innovationskraft der Branche aus Sicht der BVE umfassen:

- **Digitalisierung**

Diese kann wichtige Impulse für den Erfolg der Unternehmen im Bereich Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit, Verbraucherbedürfnisse und Produktionsprozesse liefern. Um Digitalisierungshindernisse zu beseitigen, sind die Schaffung eines klaren Rechtsrahmens für die Datensicherheit, inklusive eines praxisgerechten Datenschutzes, die Förderung des Breitbandausbaus im ländlichen Raum sowie eine Erhöhung der Forschungsinvestitionen erforderlich.

- **Bioökonomie**

Eine zukunftsorientierte, abgestimmte Bioökonomiestrategie wird dringend befürwortet. Sie muss den Herausforderungen der Produktion nachhaltig erzeugter und hochwertiger Lebensmittel gerecht werden, was insbesondere die Bereitstellung entsprechender Förderprogramme für große, thematisch fokussierte Verbundprojekte oder Forschungscluster einschließt.

- **Industrielle Gemeinschaftsforschung**

Um die vorwettbewerbliche Forschung zu stärken, sollte das Finanzierungsniveau öffentlicher Fördermittel erhöht und deren Fokussierung verbessert werden.

Für die industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) sollten dauerhaft mindestens 250 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt werden, um insbesondere KMUs eine Projektbeteiligung zu ermöglichen.

- **Horizon Europe**

Um das volle Potenzial von Horizon Europe zu nutzen, ist neben einer angemessenen finanziellen Ausstattung auch die Einbindung aller relevanten Akteure, einschließlich der Industrie, notwendig. Dabei muss eine umfassende Strategie definiert und effektive Forschungskonsortien gebildet werden.

Schutz der kritischen Infrastruktur Ernährung

KRITIS-Dachgesetz

Die europäische CER-Richtlinie zur physischen Resilienz kritischer Infrastrukturen soll in deutsches Recht durch das KRITIS Dachgesetz umgesetzt werden. Die BVE begrüßt ausdrücklich, dass die Ernährungsindustrie durch das KRITIS-Dachgesetz in einem ganzheitlichen Konzept als kritische Infrastruktur gesetzlich anerkannt wird. Vor diesem Hintergrund sollten Erfahrungen aus dem Bereich der Cybersicherheit genutzt werden. Diese haben verdeutlicht, dass Unternehmen nicht in der Lage sind, bestimmte Sicherheitsbedrohungen allein zu bewältigen und daher Unterstützung durch staatliche Behörden benötigen. Es erscheint folgerichtig, den gesetzlichen Rahmen auch auf den physischen Schutz auszuweiten, um hybriden Bedrohungen effektiv begegnen zu können.

Für die Ernährungsbranche ist es von großer Bedeutung, dass die Regulierungsansätze für Cyber- und physische Sicherheit harmonisiert werden, um den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen zu minimieren. Die BVE setzt sich insbesondere für klare Definitionen von Sicherheitsvorfällen und Zeitplänen sowie für einen risikoorientierten und wirtschaftlich vernünftigen Ansatz für die Unternehmen ein. Zudem braucht es eine umfassende Folgenabschätzung und die Möglichkeit der Anerkennung von Branchenstandards.

Umsetzung der NIS-2-Richtlinie

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ist für die nationale Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz – NIS2UmsuCG) verantwortlich. Das Gesetz zielt darauf ab, den Rahmen für IT-Sicherheit sowohl in spezifischen Unternehmenssektoren als auch innerhalb der Bundesverwaltung erheblich zu erweitern, um auf die steigenden und sich wandelnden Cybersicherheitsbedrohungen angemessen reagieren zu können.

Die BVE betrachtet die Einführung des NIS2UmsuCG als einen entscheidenden Schritt zur Stärkung der nationalen Cybersicherheitsarchitektur. Das Gesetz bildet eine solide Grundlage, um die Resilienz gegenüber IT-Sicherheitsbedrohungen zu erhöhen und stellt sicher, dass die Ernährungsindustrie auch zukünftig ihre kritische Rolle in der Versorgungssicherheit und Infrastruktur Deutschlands effektiv erfüllen kann. Dazu dient auch der anerkannte Branchenstandard B3S der Ernährungsindustrie. Darüber hinaus betont die BVE die Notwendigkeit einer fortgesetzten Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem BMI und anderen

relevanten Behörden, um die Implementierung des Gesetzes zu begleiten und zu optimieren. Da mit der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie deutlich mehr Unternehmen in den Anwendungsbereich der Cybersicherheitsregulierung fallen als bisher, bleibt eine bürokratiearme und wirtschaftlich tragbare Ausgestaltung des Umsetzungsgesetzes aber essenziell.

Eignungsfeststellung des branchenspezifischen Sicherheitsstandards (B3S)

Am 25. Oktober 2024 hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Eignungsfeststellung des branchenspezifischen Sicherheitsstandards (B3S, Version 3.1) für die Ernährungsindustrie um ein weiteres Jahr verlängert. Dies markiert einen wichtigen Schritt in der fortlaufenden Bemühung um die Stärkung der IT-Sicherheit in der Ernährungsbranche und schafft Rechtssicherheit im laufenden Gesetzgebungsprozess zur NIS-2-RL Umsetzung.

Die Initiative für die Entwicklung des IT-Sicherheitsstandards ging vom UP KRITIS Branchenarbeitskreis Ernährungsindustrie (BAK EIS) aus, dessen Engagement wesentlich von der BVE unterstützt wurde.

Die Version 3.1 des Branchenstandards stellt eine Weiterentwicklung dar, die auf den Erfahrungen und Rückmeldungen der Industrie aufbaut. Unternehmen der Ernährungsindustrie, die an einer Implementierung des Standards interessiert sind, können über eine Nutzungsvereinbarung Zugang zu diesem Standard erhalten. Für Mitglieder der BVE werden vergünstigte Konditionen angeboten.

Nationale Plattform Resilienz

Angesichts aktueller und zukünftiger Krisen und Herausforderungen ist es unerlässlich, die Resilienz Deutschlands entschlossen zu stärken. Als Teil eines breiten Bündnisses aus 41 Vertretern aus kommunalen Spitzenverbänden, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur und Bildung hat die BVE das jüngste Statement der Nationalen Plattform Resilienz (NP Resilienz) unterzeichnet.



Die Unterzeichner haben sieben konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung, um die Resilienz Deutschlands im Katastrophenfall zu stärken.

Zu den Aspekten gehören: die Koordination verbessern, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung fördern, ausreichend Finanzierung sichern, neue Kooperationsformen und gesetzlicher Rahmenbedingungen schaffen sowie Resilienzstandards und ein inklusives Katastrophenrisikomanagement implementieren. Angestrebt wird eine ganzheitliche und nachhaltige Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Resilienz, um Deutschland besser auf zukünftige Krisen und Katastrophen vorzubereiten.

Die Ernährungsindustrie ist ein unverzichtbarer Teil der kritischen Infrastruktur in Deutschland. Sowohl im Alltag als auch in Zeiten von Naturkatastrophen, Pandemien oder anderen Großschadensereignissen gewährleisten die Unternehmen die kontinuierliche Produktion und Lieferung lebensnotwendiger Güter. Dass die Versorgung auch in herausfordernden Zeiten gewährleistet ist, basiert auf zahlreichen Sicherheitsmaßnahmen und robusten Notfallplänen, die eine schnelle Anpassung an veränderte Bedingungen und eine Aufrechterhaltung der Lieferketten sicherstellen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass politische Entscheidungsträger die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Ernährungsindustrie in der nationalen Katastrophenschutzplanung berücksichtigen.

Die BVE fordert die politischen Entscheidungsträger auf, die Zusammenarbeit mit der Ernährungsindustrie weiter zu vertiefen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die die Resilienz dieser essenziellen Industrie im Angesicht von Krisen stärken.

Weiterführende Informationen zu den Forderungen finden Sie [hier](#).



BVE-Krisenmanagement

Produktbezogene Krisen überfordern schnell die vorhandenen Managementkapazitäten im Unternehmen, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Mit ihrem Krisenmanagement stellt die BVE den Unternehmen seit 2006 in Kooperation mit der AFC Consulting AG ein leistungsfähiges und flexibles Instrumentarium für den überbetrieblichen wie unternehmensspezifischen Krisenfall zur Seite.

Hierzu stehen Krisenexperten aus den unterschiedlichsten Disziplinen zur Verfügung, die an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr kontaktiert werden können. Abgerundet wird das BVE-Krisenmanagement durch ein modulares Seminarangebot, das wichtige Kenntnisse vermittelt, um in Krisensituationen angemessen handeln zu können.



Das BVE-Krisenmanagement hat sich in der Branche als effektive Unterstützung der Krisenmanagementsysteme der Unternehmen etabliert.

Weitere Informationen zum BVE-Krisenmanagement finden Sie [hier](#).



Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 haben die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V. (ANG) ihre Forderungen präsentiert, die auf die Stärkung und den Erhalt einer wettbewerbsfähigen deutschen Ernährungsindustrie abzielen.

Die Branche steht unter erheblichem wirtschaftlichem Druck, verursacht durch steigende Kosten und strenge Marktanforderungen bei gleichzeitig sinkenden Erträgen. Viele Unternehmen betrachten zunehmend ausländische Standorte als attraktiver, was die Investitionslandschaft in Deutschland schwächt. Daher ist es notwendig, dass die nächste Bundesregierung die Energiekosten senkt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Investitionen im Inland zu fördern.

Die zentralen Forderungen der Branche für die Zukunft umfassen:

- Reduktion der Energiekosten: Dringend notwendige Entlastungen, um international konkurrenzfähig zu bleiben.
- Senkung der Arbeits- und Sozialversicherungskosten: Strukturelle Reformen zur Entlastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
- Abbau von Bürokratie: Schaffung von Freiräumen für Unternehmen anstatt zusätzlicher Hürden und Berichtspflichten.
- Praktikable Nachhaltigkeitsziele: Gestaltung von Nachhaltigkeitszielen, die realistisch und effizient in der betrieblichen Praxis umgesetzt werden können.

Mit rund 6.000 Betrieben und 658.000 Beschäftigten spielt die Ernährungsindustrie eine wesentliche Rolle in der deutschen Wirtschaft. Angesichts der Herausforderungen sind entschlossene politische Maßnahmen erforderlich, um die Branche als tragende Säule der Wirtschaft zu erhalten.



Stellungnahme zur Bürokratieentlastung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

Im vergangenen Jahr hat die BVE sich intensiv mit der Entlastung von Bürokratie und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren beschäftigt. Hierzu hat sie konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auf EU-Ebene erarbeitet, die sie der neuen EU-Kommission vorgelegt hat. Die Position der BVE konzentriert sich auf die nachhaltige Vereinfachung der Berichtspflichten, die Beschleunigung der Energiewende sowie die Harmonisierung und Digitalisierung der Verpackungskennzeichnungen und Lebensmittelinformationen.



Harmonisierung der Verpackungsvorschriften

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der europäisch harmonisierten Gestaltung von Sortierhinweisen für Verpackungen. Dies würde nicht nur den administrativen Aufwand verringern, sondern auch das Recycling fördern und das Verbraucherbewusstsein stärken.



Förderung der Energiewende

Im Bereich der Energiewende setzt sich die BVE für die vereinfachte Genehmigung von Agri-Photovoltaik-Anlagen ein. Die aktuellen langen Freigabezeiten hemmen die Umsetzung solcher Projekte, die eine doppelte Nutzung der Flächen für Stromerzeugung und Landwirtschaft ermöglichen könnten.



Digitalisierung der Lebensmittelkennzeichnung

Zudem schlägt die BVE vor, dass Pflichtkennzeichnungselemente wie Zutatenlisten oder Nährwerttabellen digital mittels QR-Codes dargestellt werden dürfen, um den Binnenmarkthandel für kleine und mittelständische Unternehmen zu erleichtern und Verpackungsabfälle zu reduzieren.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen möchte die BVE die Rahmenbedingungen für die deutsche Ernährungsindustrie verbessern und gleichzeitig einen Beitrag zu den Nachhaltigkeitszielen der EU leisten.



Vorschläge zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Zur Nachhaltigkeit hat die BVE insbesondere Vorschläge zur starken Vereinfachung der Berichtspflichten gemäß der CSRD-Richtlinie und des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes eingereicht. Ziel ist es, administrative, personelle und finanzielle Belastungen zu reduzieren und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen innerhalb der EU zu schaffen.

Die vollständigen Forderungen finden Sie [hier](#).



Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“

Im Rahmen der Bemühungen um eine nachhaltigere und gesündere Ernährungsweise in Deutschland hat die Bundesregierung die Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“ beschlossen. Diese Strategie, die am 17. Januar 2024 verabschiedet wurde, umfasst sieben zentrale Ziele, die von der Förderung ausgewogener Ernährung und Bewegung bis hin zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung reichen.

Die BVE unterstützt die Vielfalt des Angebots und steht offen gegenüber allen Lebensstilen. Sie hat sich während des Entstehungsprozesses der Ernährungsstrategie dafür eingesetzt, dass keine Lebensmittelgruppen oder Lebensweisen diskreditiert werden. Jede Forderung nach einer nachhaltigeren Ernährung – sei es pflanzenbetont, saisonal, regional oder generell nachhaltig – sollte auf einem gemeinsamen, wissenschaftlich fundierten Verständnis basieren. Komplexe Sachverhalte müssen umfassend betrachtet und nicht durch vermeintlich einfache Lösungen verzerrt werden. Der BVE betont die Bedeutung von Folgenabschätzungen für alle vorgeschlagenen Maßnahmen der Strategie.

Des Weiteren muss die Praktikabilität, Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit jeder politischen Maßnahme geprüft werden. Speziell die Vorschläge zur Anpassung der Mehrwertsteuer sind kritisch zu betrachten, da sie neben einem hohen bürokratischen Aufwand nicht unbedingt die gewünschte Veränderung in der Nachfrage bewirken.

Bündnis Zukunft der Industrie

Seit dem 1. Januar 2024 ist die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) Mitglied des Bündnisses Zukunft der Industrie sowie des dazugehörigen Netzwerks Zukunft der Industrie. Auf der Mitgliederversammlung wurde die BVE, dank der Unterstützung durch die Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, einstimmig als Mitglied aufgenommen. Das Bündnis dient seit über einem Jahrzehnt als bedeutende Plattform für Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, um gemeinsam zukunftsweisende Pläne für den Industriestandort Deutschland zu entwickeln und Impulse für deren Umsetzung zu geben.

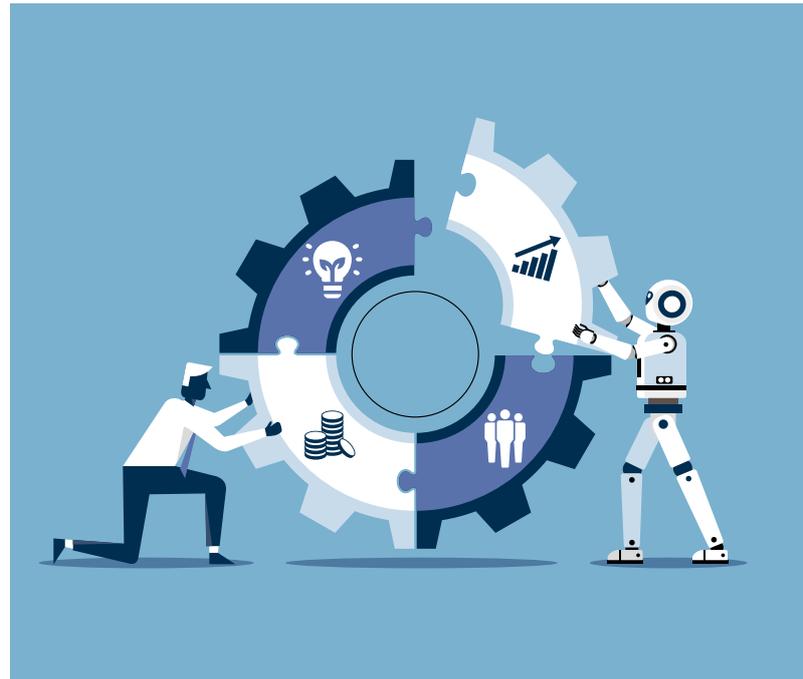
Insgesamt haben sich 18 Partner, darunter Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), zusammengeschlossen. Die BVE und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) vertreten dabei die Ernährungsbranche.

Am 3. Juli 2024 veröffentlichten 14 Unternehmensverbände, einschließlich der BVE, und Gewerkschaften des Bündnisses eine gemeinsame Erklärung zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das Vier-Punkte-Programm fordert klarere Richtlinien und eine Vereinfachung dieser Verfahren. Es schlägt vor, die Verfahrensdauer zu verkürzen, die Personalressourcen der Planungsbehörden zu stärken, digitale Technologien und Künstliche Intelligenz einzusetzen sowie Evaluierungen und Best-Practice-Beispiele von Bund und Ländern zu nutzen.

Prognose 2025: Verhaltener Optimismus trifft auf strukturelle Herausforderungen

Das Jahr 2024 war weiterhin geprägt von geopolitischen Konflikten, einer konjunkturellen Schwäche der deutschen Gesamtwirtschaft und einer sich abzeichnenden Strukturkrise im verarbeitenden Gewerbe. Vor diesem Hintergrund konnte der ifo-Geschäftsklimaindex für das Ernährungsgewerbe – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Jahr 2023 – leicht zulegen. Im Jahresdurchschnitt lag er 2024 rund drei Prozent über dem Vorjahreswert. Zu Beginn des Jahres stagnierte der Index, erste Anzeichen einer konjunkturellen Belebung zeigten sich erst im Frühjahr 2025 (Stand: Mai 2025).

Die Einschätzung der Ertragslage fiel Ende 2024 insgesamt ausgeglichen aus: Der Saldo der aktuellen Ertragslage lag im September bei minus 2, während die erwartete Entwicklung mit plus 1 leicht positiv bewertet wurde. Zur Mitte des Jahres 2025 verschlechterten sich diese Einschätzungen jedoch: die Salden sanken auf minus 8 beziehungsweise minus 12, was auf eine zunehmende Zahl an Unternehmen hinweist, die ihre Ertragslage negativ bewerten. Die Erwartungen an die Verkaufspreise blieben hingegen stabil positiv: Sowohl zum Jahresende 2024 als auch bis Mitte 2025 gingen die meisten Unternehmen weiterhin von steigenden Preisen in der Ernährungsindustrie aus.



Wachstumspotenziale durch Strukturreformen und Innovation

Trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten eröffnen sich auch neue Chancen. Der Bürokratieabbau steht derzeit sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene im politischen Fokus. Der sogenannte „Draghi-Report“ hat die Debatte um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas zusätzlich angefeuert. Investitionen, bessere Standortbedingungen und der Abbau bürokratischer Hürden rücken stärker in den Vordergrund.

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen der Ernährungsindustrie sind auf ein regulatives Umfeld angewiesen, das Verhältnismäßigkeit und Planungssicherheit gewährleistet. Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen zudem Forschung und Einsatz digitaler Technologien, künstlicher Intelligenz sowie Produktinnovationen, Unternehmensgründungen und neue Wertschöpfungs- und Absatzpotenziale gezielt gefördert werden – sowohl national als auch im internationalen Kontext.

MÄRKTE UND WETTBEWERB

3





Lebensmitteleinzelhandel

Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) bleibt der mit Abstand wichtigste Absatzkanal für die deutsche Ernährungsindustrie. Nach wie vor erreicht der Großteil der Lebensmittel die Endverbraucher über den stationären Handel. Der deutsche LEH ist dabei hoch konzentriert: Rund drei Viertel des Gesamtumsatzes entfallen auf nur vier große Unternehmensgruppen. Dies führt zu einem intensiven Wettbewerb um Listungen – mit entsprechendem Preisdruck für die Hersteller.

Die starke Marktmacht des Handels bedeutet für Lebensmittelproduzenten, dass sie oft nur eingeschränkt in der Lage sind, gestiegene Kosten weiterzugeben. Preisanpassungen müssen in vielen Fällen intern kompensiert werden, was die wirtschaftliche Belastung, insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe, erheblich erhöht. In Phasen stark steigender Produktionskosten kann dies existenzgefährdende Auswirkungen haben. Entsprechend zählte das Thema „Kostenbelastungen weitergeben“ auch 2024 zu den größten Herausforderungen der Branche.

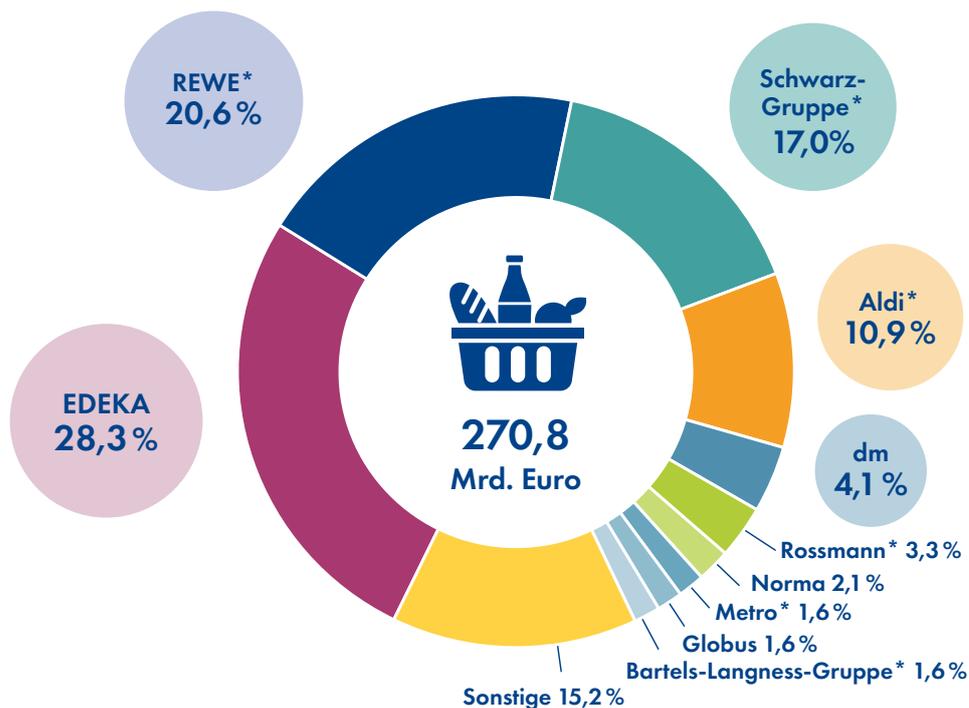
Entwicklung im LEH

Im Jahr 2024 setzte der Lebensmitteleinzelhandel sein Umsatzwachstum fort. Das Gesamtvolumen des Lebensmitteleinzelhandels belief sich auf rund 270,8 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von 8,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Innerhalb der großen Handelsunternehmen konnten erneut deutliche Zuwächse verzeichnet werden. Die Edeka-Gruppe erreichte einen Umsatzanteil von 28,3 Prozent, gefolgt von der REWE-Gruppe mit 20,6 Prozent. Die Schwarz-Gruppe (Lidl/Kaufland) kam auf 17,0 Prozent, die Aldi-Gruppe auf 10,9 Prozent. Der verbleibende Marktanteil entfiel auf sonstige Anbieter, darunter Drogeriemärkte und regionale Handelsketten.

Die weiterhin stabile Nachfrage im LEH ist Ausdruck eines grundsätzlich robusten Konsumverhaltens, das jedoch zunehmend durch preisbewusste Kaufentscheidungen und wachsende Anforderungen an Qualität, Nachhaltigkeit und Verfügbarkeit geprägt ist.

Anteile am Lebensmittelumsatz im Einzelhandel 2024

in Prozent





Hauptgutachten der Monopolkommission

Am 1. Juli 2024 legte die Monopolkommission ihr 25. Hauptgutachten „Wettbewerb 2024“ vor, das sich unter anderem mit der Marktmacht und Fairness in der Lebensmittellieferkette beschäftigt. Der Kommission zufolge sollte man aufgrund der Komplexität der Handelsbeziehungen in der Lebensmittelwertschöpfungskette zunächst eine gründliche Analyse durchführen, bevor man rechtliche Eingriffe vornimmt. Sie verweist dabei auf ihren 13. Policy Brief und rät zur Zurückhaltung bei der Weiterentwicklung des Gesetzes zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich (AgrarOLkG), trotz der von der Bundesregierung durchgeführten Evaluierung, die nur begrenzte Aussagekraft zeigte.

Die Monopolkommission kritisiert die bestehende Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel und die daraus resultierenden Fairnessdefizite, die Lieferanten benachteiligen. Sie betont die Bedeutung einer umfassenden Analyse, weist jedoch darauf hin, dass bereits wesentliche Erkenntnisse vorliegen, wie die Sektoruntersuchung „Lebensmitteleinzelhandel“ von 2014 durch das Bundeskartellamt bestätigt. Diese Untersuchung zeigte, dass eine kleine Anzahl von Handelsketten eine dominante Marktposition innehat, was ihre Verhandlungsmacht gegenüber Lebensmittelherstellern erheblich stärkt.

Das Gutachten plädiert für einen umsichtigen Umgang mit der Gesetzesnovelle des AgrarOLkG und schlägt vor, die bereits bestehenden Maßnahmen zur Stärkung der Landwirtschaft und zur Verhinderung von Marktmachtmissbrauch zu intensivieren. Obwohl weitere Analysen befürwortet werden, warnt es davor, notwendige Handlungen aufzuschieben. Die Ergebnisse der Evaluierung des AgrarOLkG zeigen, dass das Gesetz Wirkung zeigt, insbesondere bei der Bekämpfung verspäteter Kaufpreiszahlungen und unlauterer Handelspraktiken, weist jedoch auch auf weiteren Handlungsbedarf hin.

Die Monopolkommission empfiehlt, die gegenwärtigen Umsatzgrenzen zu überdenken und möglicherweise bestehende Ausnahmen zu verlängern, um die administrative Last für Unternehmen zu verringern. Zusätzlich sollte man die Behandlung von Vertragsstrafen als verbotene Handelspraktiken in Betracht ziehen. Diese Empfehlungen sollen in die laufenden Novellierungsprozesse des AgrarOLkG einfließen, um eine gerechte und effektive Regulierung der Lebensmittellieferkette sicherzustellen.

Die vollständige BVE-Stellungnahme finden Sie [hier](#).





Außer-Haus-Markt 2024: Rückläufige Besuchszahlen

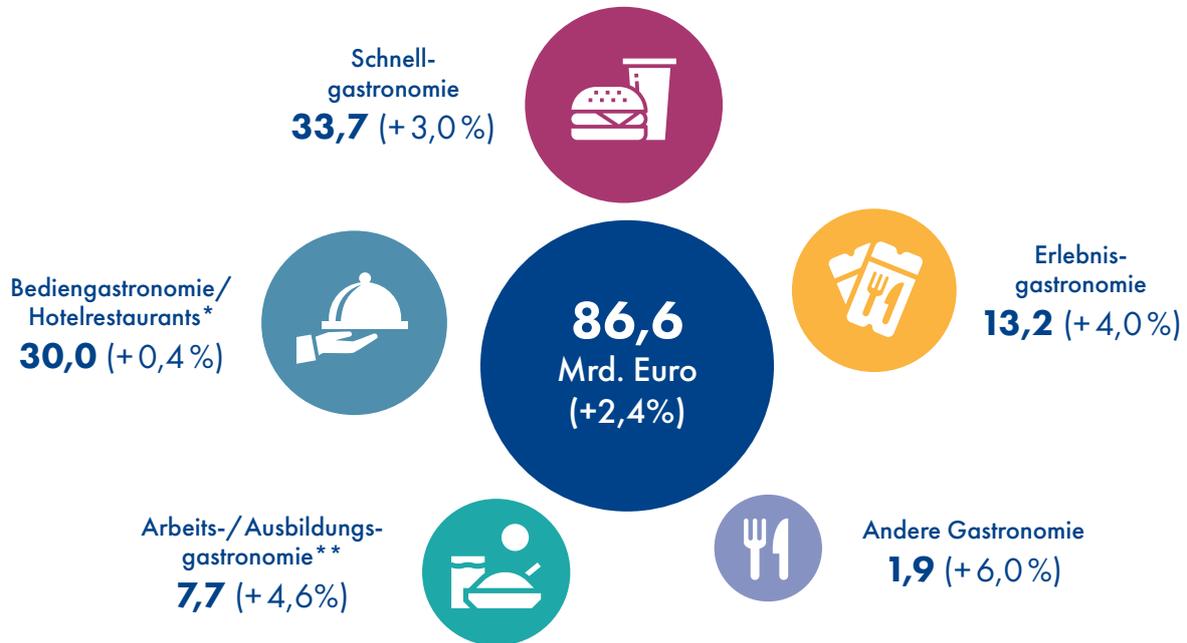
Der Außer-Haus-Markt in Deutschland konnte sich auch 2024 nicht vollständig von den strukturellen Veränderungen der vergangenen Jahre erholen. Zwar verzeichnete die Branche ein leichtes nominales Umsatzwachstum, doch dieses wurde maßgeblich von Preissteigerungen getragen und nicht von einer höheren Nachfrage. Nach aktuellen Daten von Circana stiegen die Gesamtausgaben der Verbraucher um 2,4 Prozent auf rund 86,6 Milliarden Euro. Doch dieses Plus ist maßgeblich auf gestiegene Preise zurückzuführen. Die Zahl der Besuche sank im gleichen Zeitraum um 2,2 Prozent auf etwa 10,7 Milliarden. Damit zeigt sich: Der Außer-Haus-Markt steht trotz stabiler Umsatzzahlen weiterhin unter Druck. Die anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit und das veränderte Konsumverhalten – etwa durch mehr Homeoffice und vorsichtigeres Ausgeben – wirken sich deutlich auf die Frequenz aus.

Auch im Segment Workplace/Education – also der Verpflegung in Betriebsrestaurants und Mensen – ist dieser Trend sichtbar. Zwar ging die Zahl der Besuche um 2 Prozent zurück, doch der Umsatz stieg inflationsbedingt um 4,6 Prozent auf rund 7,73 Milliarden Euro. Damit zeigt sich auch hier eine gewisse Preisakzeptanz, aber keine grundlegende Erholung der Nachfrage.

Besonders dynamisch entwickelte sich hingegen das Segment QSR/Retail/Convenience, das Schnellrestaurants, Bäckereien, Lieferdienste und Handelsgastronomie umfasst. Trotz eines leichten Besuchsrückgangs von 0,8 Prozent konnte der Umsatz hier um knapp 3 Prozent auf über 33,7 Milliarden Euro gesteigert werden. Die hohe Alltagsrelevanz, das schnelle Angebot und die flächendeckende Verfügbarkeit dieser Formate machen sie weiterhin zu einem starken Anker im Außer-Haus-Konsum.

Konsumausgaben Außer-Haus-Markt 2024

in Mrd. Euro, Veränderungen gegenüber 2023 in Klammern



Quelle: Circona

* Hotellerie inkl. Frühstück bei Übernachtungen

** Workplace/Education incl. Vending am Arbeits-/Ausbildungsplatz

Insgesamt zeigen die aktuellen Zahlen, dass der Markt noch immer in einer Phase der Anpassung steckt. Die strukturellen Folgen der Pandemie sind weiterhin spürbar, ebenso wie die Auswirkungen der Inflation. Zwar gibt es in einzelnen Segmenten stabile oder wachsende Umsätze, doch die Zahl der realen Besuche liegt weiterhin deutlich unter dem Niveau von 2019. Eine vollständige Rückkehr zur Vorkrisennormalität ist bislang nicht absehbar. Für viele Marktakteure bleibt die Herausforderung bestehen, sich auf ein dauerhaft verändertes Konsumverhalten einzustellen – durch flexible Angebote, neue Vertriebskanäle und gezielte Preiskommunikation.



Die Ernährungsindustrie am Weltmarkt

Aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation und der begrenzten Gewinnmöglichkeiten in Deutschland hat das Exportgeschäft zunehmend an Bedeutung als Ertragsstütze für Unternehmen der Ernährungsindustrie gewonnen. Verbraucher weltweit kommen in den Genuss qualitativ hochwertiger deutscher Lebensmittel, die neue Wachstums- und Absatzpotenziale erschließen. Der Erfolg dieser Produkte sichert Arbeitsplätze an den knapp 6.000 deutschen Produktionsstätten. Die hohen Ansprüche der Konsumenten an ihre Lebensmittel haben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht nur in Deutschland, sondern auch auf internationalen Märkten gefördert. Seit Jahren ist Deutschland der weltweit drittgrößte Importeur und Exporteur von Lebensmitteln und Agrarerzeugnissen und damit einer der wichtigsten globalen Akteure. Bei verarbeiteten Lebensmitteln ist Deutschland ein Nettoexporteur. Im Jahr 2024 betragen die Importe von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken laut Statistischem Bundesamt 75,7 Milliarden Euro.

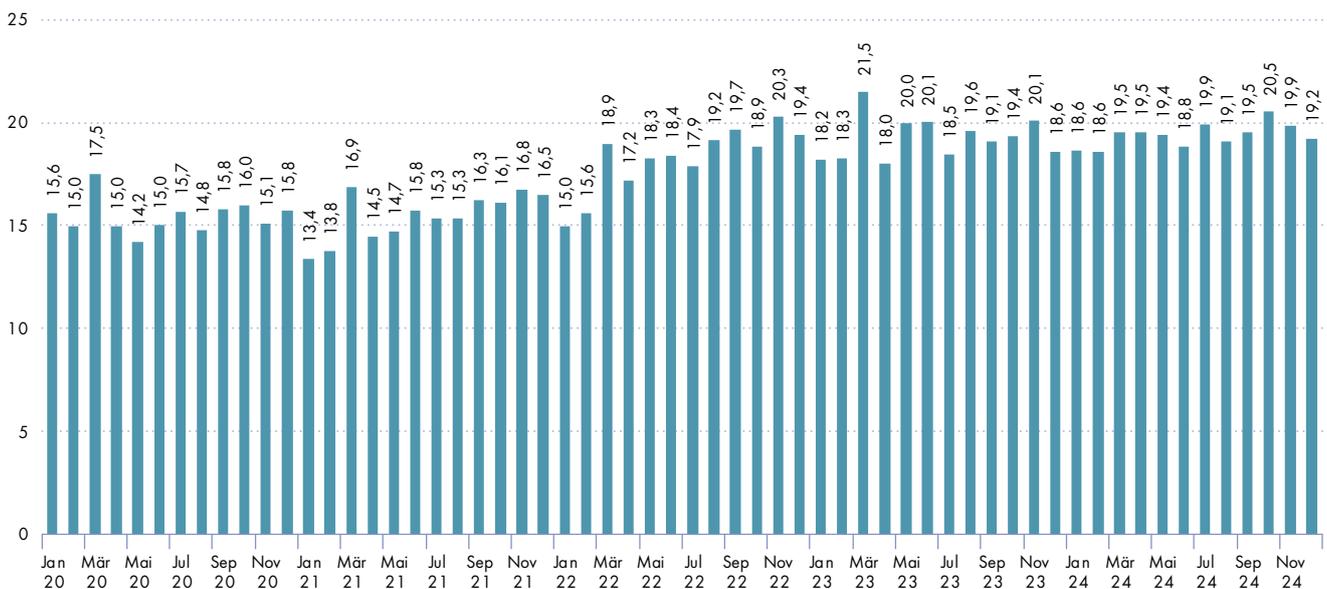
Bei Erzeugnissen der Landwirtschaft und Jagd sowie Fisch- und Fischerzeugnissen wurden Güter im Wert von rund knapp 36 Milliarden Euro importiert.

Trotz dieser starken Ausgangsposition blieb die Exportentwicklung der Branche im Jahr 2024 nicht ohne Rückschläge. In einem schwierigen geopolitischen Umfeld ging der preisbereinigte Exportumsatz der deutschen Ernährungsindustrie um 0,9 Prozent zurück – bei einem nominalen Umsatz von knapp 84 Milliarden Euro. Die Exportquote lag bei 36,0 Prozent. Die Ausfuhrpreise stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent und trugen maßgeblich zum nominalen Wachstum von 1,8 Prozent bei.

Innerhalb der Europäischen Union entwickelten sich einige Märkte besonders dynamisch: So legten die deutschen Exporte nach Griechenland um 11,3 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro zu, nach Polen um 5,0 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro und nach Tschechien um 3,5 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro.

Exporte der Ernährungsindustrie

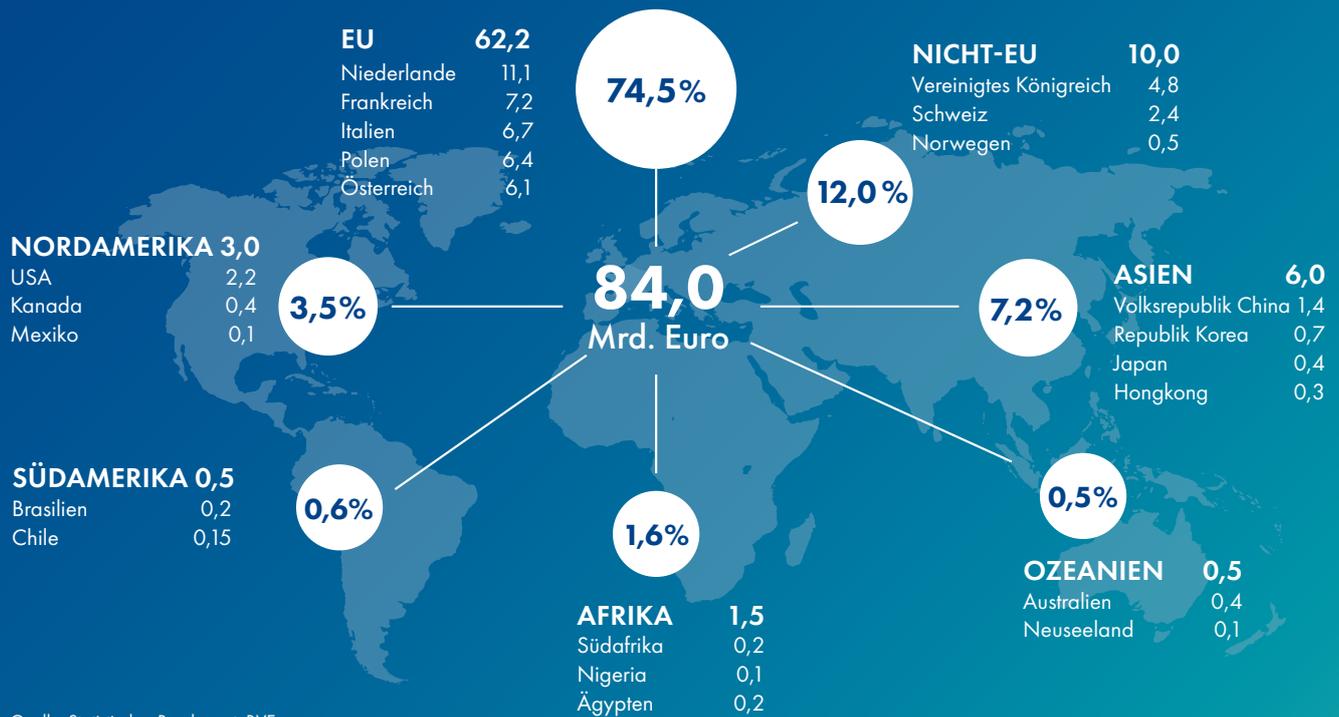
in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausfuhr der deutschen Ernährungsindustrie

2024, in Mrd. Euro, Anteil an Gesamtausfuhren im Kreis, vorläufig



EU-Binnenmarkt

Mit einem Anteil von 74,9 Prozent exportiert die Ernährungsindustrie den Großteil ihrer Erzeugnisse in den europäischen Binnenmarkt, der einzigartige Vorteile bietet: Zollfreiheit, einheitliche Regeln und Standards sowie kurze Transportwege. Nach einem durchwachsenen Jahr 2023 mussten die deutschen Unternehmen im EU-Exportgeschäft minimale Marktanteilsverluste hinnehmen, da das Auslandsgeschäft in Drittstaaten nominal schneller wuchs als das in die EU. Der Gesamtumsatz in die EU betrug 2024 nach vorläufigen Zahlen insgesamt 62 Milliarden Euro.

Freie Märkte in Zeiten zunehmenden Protektionismus wichtiger denn je

Die deutsche Ernährungsindustrie ist stark exportorientiert und auf offene Märkte angewiesen. Doch weltweit ist eine Zunahme protektionistischer Maßnahmen zu beobachten, darunter tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse, neue Ursprungsregelungen, regulatorische Hürden und restriktive Zollverfahren. Diese Entwicklungen erschweren den Zugang zu internationalen Märkten und erhöhen die Unsicherheit für exportierende Unternehmen.

Gerade in einem solchen Umfeld sind offene, regelbasierte Handelsbeziehungen und funktionierende multilaterale Strukturen von besonderer Bedeutung.

Umso wichtiger ist es, bestehende Freihandelsabkommen weiter zu nutzen, zu modernisieren und neue Partnerschaften gezielt auszubauen. Handelsabkommen können nicht nur Zölle senken, sondern auch technische Barrieren abbauen und regulatorische Kooperationen stärken. Das ist ein entscheidender Vorteil für Unternehmen mit hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards wie in der deutschen Ernährungsindustrie.

Auch im Jahr 2024 blieb der Handel mit Drittländern ein zentraler Wachstumstreiber. Die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln „Made in Germany“ ist ungebrochen, insbesondere in aufstrebenden Märkten in Vorderasien, Zentralasien, dem ostasiatischen Raum und Südamerika. Dort eröffnet sich ein wachsendes Absatzpotenzial, das nicht nur für große Konzerne, sondern zunehmend auch für kleine und mittelständische Hersteller relevant ist.

Vor dem Hintergrund globaler Krisen und geopolitischer Spannungen gewinnt zudem die Diversifikation von Handelspartnern an strategischer Bedeutung. Der Aufbau robusterer Lieferketten und der Zugang zu verschiedenen Märkten tragen zur Resilienz der Branche bei und verringern die Abhängigkeit von einzelnen Regionen. Eine breit aufgestellte Exportstrategie ist daher nicht nur eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch ein zentraler Baustein für die Zukunftssicherung der deutschen Ernährungswirtschaft.

BVE-AFC-Exportindikator

Exportindikator 2024: Deutsche Ernährungsindustrie – Bewältigung globaler Herausforderungen und neue Chancen

Im Jahr 2024 befand sich die deutsche Ernährungsindustrie weiterhin in einer international schwierigen Gesamtlage. Trotz dieser Rahmenbedingungen zeigt der BVE-AFC-Exportindikator 2024, dass die Branche nicht nur resilient ist, sondern auch Perspektiven zur Expansion sieht.

Die Branche bewertete das Exportklima 2024 als verbessert, obwohl es weiterhin deutlich unter dem Niveau vor der Krise liegt. Krisen und Bürokratie hindern Unternehmen am stärksten am Export. Für die Entwicklung des EU-Binnenmarkts seit 2019 stellen die deutschen Lebensmittelhersteller ein eher schlechtes Zeugnis aus. Nur 6 Prozent der befragten Experten erkennen Verbesserungen beim Abbau von verbleibenden Handelshemmnissen innerhalb der EU, während 30 Prozent eine Verschlechterung seit den Wahlen 2019 feststellen. Lediglich 4 Prozent sehen eine Verbesserung in der Komplexität der Handelsabkommen.

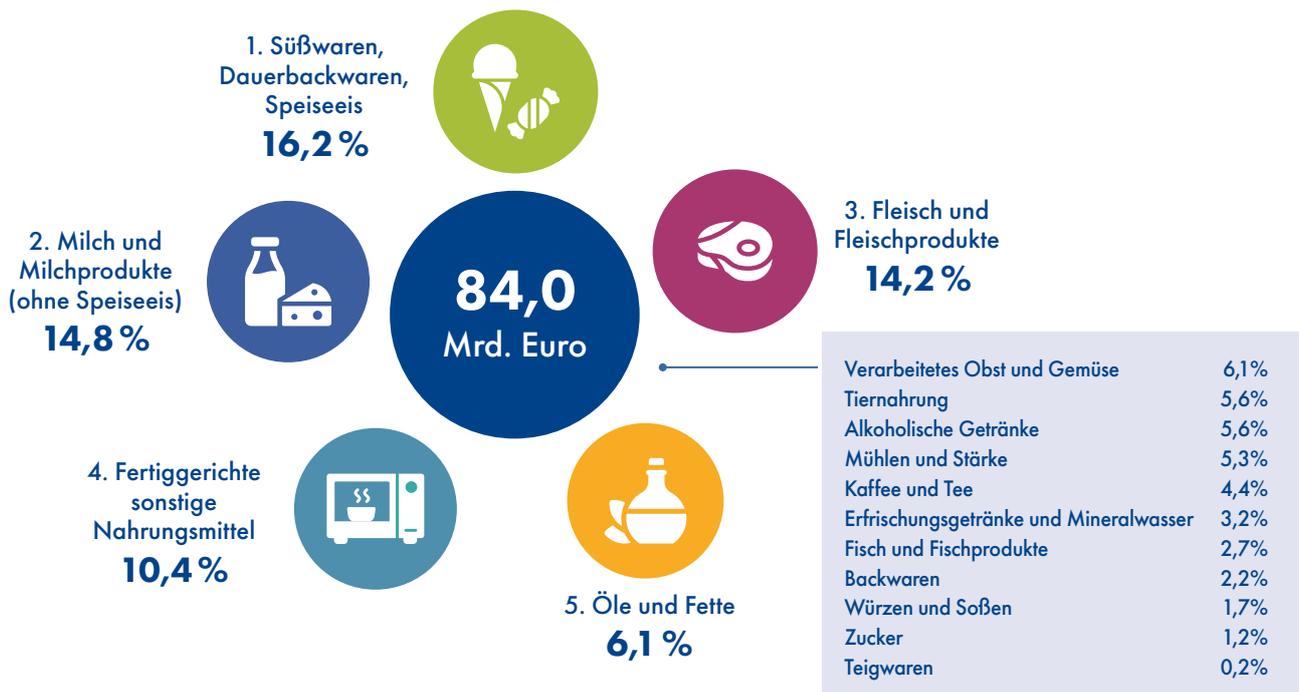
Die Entwicklung in Schlüsselbereichen wie Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Nicht-EU-Ländern, regulatorischen Hürden und bürokratischem Aufwand wird überwiegend negativ bewertet. Insbesondere der Zugang zu Fremdkapitalmärkten zeigt kaum Fortschritte. Die Mehrheit der Experten konnte keine Veränderung in den letzten fünf Jahren verzeichnen. Die größte Herausforderung bleibt der bürokratische Aufwand, wobei 60 Prozent der Befragten von einer Verschlechterung in diesem Bereich berichten.

Chancen in Europa sehen die Experten im Zuge der Europawahl vor allem im Abbau von Handelshemmnissen innerhalb der Europäischen Union (28 Prozent), in der Förderung von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik (32 Prozent) sowie in der Digitalisierung (34 Prozent). Insgesamt wird in allen Themenbereichen seit der Wahl 2019 keine spürbare Verbesserung gesehen, wobei die Bereiche Digitalisierung (19 Prozent) und Umweltpolitik/Nachhaltigkeit (21 Prozent) noch am besten abschneiden.

Die Dauer der Markterschließung bleibt sehr lang, und sowohl Zeit als auch Kosten werden voraussichtlich weiter steigen.

Anteile am Gesamtexportwert der Ernährungsindustrie

2024, in Prozent, vorläufig





Die Ergebnisse der Studie unterstreichen auch die Bedeutung einer wirtschaftlich starken europäischen Union. Der Wunsch nach einem deutlichen Bürokratieabbau sowie einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit betont die Stärken des gemeinsamen Binnenmarktes. Für die deutsche Ernährungsindustrie bleibt der europäische Raum der wichtigste Exportmarkt, mit ebenfalls großen Potenzialen für bestimmte Länder. Außerhalb der EU sticht die Bedeutung der USA sowie südostasiatischer Länder wie Vietnam heraus, während der brasilianische Markt pessimistischer eingeschätzt wird.

Der Exportindikator der deutschen Ernährungsindustrie ist ein Folgeformat des Exportbarometers und wurde im Auftrag der BVE zum sechsten Mal in Folge von der Beratungsgesellschaft AFC Management Consulting erstellt. Zur Einschätzung der Branchenkonjunktur werden 400 Geschäftsführer und Exportleiter der deutschen Lebensmittelhersteller über die aktuelle Geschäftslage und die erwartete Entwicklung im Export befragt. Daraus wird das Exportklima berechnet und es lassen sich repräsentative Schlüsse über die Position der Ernährungsindustrie auf den globalen Märkten ziehen. Der BVE-AFC Exportindikator wird zur strategischen Beobachtung der Exportkonjunktur jährlich erstellt und vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gefördert.

Den vollständigen Exportindikator finden Sie hier.



Anpassung Agrarorganisationen- und Lieferketten Gesetzes (AgrarOLkG)

Das Agrarorganisationen- und Lieferketten Gesetz (AgrarOLkG) setzt die EU-Richtlinie 2019/63 vom 17. April 2019 in nationales Recht um und zielt darauf ab, unlautere Handelspraktiken innerhalb der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette zu bekämpfen. Seit seinem Inkrafttreten am 09. Juni 2021 wurde das Gesetz vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bewertet, mit einem Evaluierungsbericht, der am 22. November 2023 veröffentlicht wurde.

Aus der Perspektive der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) hebt der Bericht den positiven Entwicklungsprozess hervor und unterstützt eine Anpassung der Umsatzgrenzen, um das Gesetz universeller anwendbar zu machen. Des Weiteren begrüßt die BVE die Überführung bestimmter Praktiken von der Grauen in die Schwarze Liste, darunter das Verbot von Retouren ohne Kaufpreiszahlung. Außerdem befürwortet sie neue Regelungen gegen unlautere Praktiken wie unangemessene Vertragsstrafen.

Mit der Gesetzesänderung vom 31. Oktober 2024 sind nun auch Anpassungen in der korrespondierenden AgrarOLkV erforderlich. Der neue Entwurf stärkt die Befugnisse der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) als Durchsetzungsbehörde, insbesondere im Rahmen der Zeugen- und Sachverständigenvernehmung, um die Informationsgewinnung bei Untersuchungen zu Verstößen gegen unlautere Handelspraktiken (UTP) zu verbessern. Es wurde eine Befugnis eingeführt, die es der BLE erlaubt, Zeugen und Sachverständige zur Aussage oder Gutachtenerstattung zu verpflichten (Ergänzung des § 32 AgrarOLkV, Einfügung von § 32a AgrarOLkV), was den Schutz der Lieferanten weiter verbessern soll.

Das Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz (LkSG)

Das Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz (LkSG) betrifft Unternehmen, die ihren Hauptsitz oder eine Niederlassung in Deutschland haben und mehr als 3.000 (ab 2024 mehr als 1.000) Mitarbeiter beschäftigen. Es fordert von Unternehmen die Implementierung von Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht bezüglich sozialer und ökologischer Aspekte entlang derer Lieferketten. Am 1. Januar 2023 ist es vollständig in Kraft getreten.



Trotz bewusst eingeschränkter Geltungsbereiches des LkSG sind tatsächlich deutlich mehr Unternehmen von den umfassenden Regelungen betroffen, da Großunternehmen an der Spitze der Lieferkette die ihnen auferlegten Pflichten an alle Zulieferer und Subunternehmer durch Weitergabeklauseln durchreichen.

Die BVE begrüßt grundsätzlich, dass das LkSG einheitliche Regeln für unternehmerische Sorgfaltspflichten in Hinblick auf die Einhaltung von international anerkannten Mindeststandards schafft und konkrete Maßnahmen vorgibt. Die Unternehmen der Ernährungsindustrie verurteilen jegliche Art der Menschenrechtsverletzung und sind sich ihrer Verantwortung für die Achtung von Menschenrechten in ihren Produktionsstandorten und direkten Lieferbeziehungen im In- und Ausland bewusst. Viele Unternehmen engagieren sich bereits seit Jahren für faire Lieferketten und zertifizierte Rohstoffe.

Problematisch ist es aber für die kleinen und mittelständischen direkten oder indirekten Zulieferer, die umfassenden Informationen nach LkSG rechtssicher vorlegen zu können. Insbesondere die vorhandenen Informationsasymmetrien in globalisierten und komplexen Agrarhandelslieferketten stellen die Hersteller vor große Herausforderungen, wenn auf unmittelbarer Lieferantenebene eine Vielzahl von eigenständigen Akteuren involviert ist. Öffentlich verfügbare und vertrauenswürdige Informationen zur Menschen-

rechtslage, um die Risikoanalyse zu erleichtern, oder hilfreiche Aussagen zu Selbstauskünften, Audits oder Zertifizierungen fehlen.

Zudem fallen erhebliche finanzielle Aufwendungen für die externe anwaltliche Beratung zur Sicherstellung der rechtskonformen Umsetzung des LkSG an. Da die Vorschriften zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette komplett neu sind und weder die zuständigen Aufsichtsbehörden noch die Unternehmen selbst Erfahrungswerte haben oder über Standards verfügen, lässt sich die Umsetzung der Vorschriften ohne externe Beratung kaum realisieren.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat in Reaktion auf die Herausforderungen bei der Umsetzung des LkSG die Anwendungshinweise aktualisiert. Insbesondere wurde die Frist für die Einreichung der Berichte gemäß § 10 Abs. 2 LkSG verlängert. Ursprünglich bis zum 31. Dezember 2024 vorgesehen, haben Unternehmen nun bis zum 31. Dezember 2025 Zeit, ihre Berichte beim BAFA einzureichen.

Die BVE hat im vergangenen Jahr in regelmäßigen Abständen die Workshopreihe „Fit für das LkSG“ als Unterstützung für die Unternehmen angeboten.

Handelspolitik

Die internationale Handelspolitik definiert den Rahmen für die Import- und Exportaktivitäten von Unternehmen. Die BVE setzt sich daher für handelspolitische Regeln ein, die den Marktzugang für die deutsche Ernährungsindustrie verbessern und den grenzüberschreitenden Warenverkehr vereinfachen. Globale Handelsregeln werden von der Welthandelsorganisation (WTO) festgelegt. Die WTO dient zudem als wichtiges Forum zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten und zur Förderung von Transparenz zwischen den Handelspartnern. Über 50 % der EU-Exporte basieren nach wie vor ausschließlich auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO). Die BVE begrüßt die Fortschritte in der multilateralen Handelsliberalisierung, die im Rahmen der WTO erzielt wurden, und unterstützt die Fortführung der Gespräche, insbesondere in der Doha-Entwicklungsrunde.

Es ist entscheidend, dass die Mitgliedstaaten die bereits bestehenden handelspolitischen Maßnahmen der WTO besser umsetzen. Um Stillstand und Handlungsunfähigkeit der WTO zu verhindern, ist es wichtig, die mit der 11. Ministerkonferenz im Dezember 2017 initiierten Reformbemühungen durchzusetzen, insbesondere muss die Unabhängigkeit und Verbindlichkeit des WTO-Streitschlichtungsmechanismus gewährleistet sein. Im Rahmen der 12. Ministerkonferenz (MC12) haben sich die Minister darauf geeinigt, die WTO-Reform mit einem Arbeitsprogramm anzustoßen.

Dabei sollen die Regeln des Welthandelsrechts an die Veränderungen der Gesellschaft und des Handelssystems angepasst werden. Auf der letzten Ministerkonferenz (MC13) im Februar 2024 konnte noch kein Reformdurchbruch erzielt werden. Auch die US-Blockade des WTO-Streitbeilegungsmechanismus konnte noch nicht überwunden werden.

Zur weiteren Liberalisierung des Handels über die WTO-Ebene hinaus streben derzeit jedoch zahlreiche Länder den Abschluss von zusätzlichen bi- und multilateralen Freihandelsabkommen an. Die EU hat mehr als 770 internationale Abkommen zum Agrarhandel geschlossen. Darunter fallen umfassende Freihandelsabkommen wie etwa mit Südkorea, Vietnam oder Singapur, aber auch spezifische Abkommen, wie zum Beispiel Veterinärabkommen. Die BVE nimmt aktiv zu den verschiedenen Fragen von Handelserleichterungen in Brüssel Stellung und ist Mitglied der Marktzugangsarbeitsgruppe für den Bereich Tier- und Pflanzengesundheit bei der EU-Kommission.

Die jüngsten Fortschritte im internationalen Handel sind die erfolgreichen Abschlüsse von Handelsabkommen zwischen der EU und Kenia, Chile sowie Neuseeland. Zudem wurde das CETA-Abkommen ratifiziert. Allerdings steht die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens noch aus, obwohl am 6. Dezember 2024 eine Einigung erzielt wurde. Weit fortgeschritten sind auch die Verhandlungen mit Malaysia. Abzuwarten bleibt, ob nach den Wahlen in Australien ein neuer Anlauf für Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen (FHA) unternommen werden kann. Auch mit anderen Handelspartnern sind die Verhandlungen über FHAs herausfordernd – so etwa mit Indonesien und Indien.

Die deutsche Ernährungsindustrie unterhält enge Handelsbeziehungen zu den USA. Diese sind außerhalb der EU der wichtigste Lieferant von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Weiterverarbeitung in unserer Industrie (jährliches Importvolumen von 3 Mrd. Euro) und der zweitgrößte Exportmarkt außerhalb der EU (jährliches Exportvolumen von rund 2,5 Mrd. Euro). Damit haben die USA im Bereich Landwirtschaft und Ernährung einen deutlichen Handelsüberschuss, sprich eine deutlich positive Handelsbilanz gegenüber Deutschland.





Die deutschen Lebensmittel- und Getränkeverarbeiter sind bei vielen Waren auf Importe aus den USA angewiesen, um die Anforderungen an Menge, Qualität und Preis ihrer Produktion zu erfüllen. Der große Importanteil der USA in vielen Warengruppen kann auf dem Weltmarkt nicht ersetzt werden. Gleichmaßen sind die USA für die exportierenden Betriebe der Ernährungsindustrie ein wichtiger Absatzmarkt und eine Ertragsstütze.

Die BVE ist daher zutiefst besorgt darüber, dass die gut etablierten Handelsbeziehungen der Lebensmittel- und Getränkeindustrie mit den USA erheblich durch das vom US-Präsidenten angekündigte Memorandum über gegenseitigen Handel und Zölle sowie mögliche Reaktionen der EU verschlechtert werden könnten. Es ist für die BVE grundsätzlich inakzeptabel, wenn Handelsstreitigkeiten anderer Industriesektoren auf dem Rücken der Lebensmittelhersteller ausgetragen werden. Es liegt in der Verantwortung der Politik, daraus entstehende Schäden zu kompensieren. Sanktionsspiralen sind zu unterbinden, da sie ganze Lieferketten bedrohen können. Die EU-Kommission muss daher verhindern, dass Zollerhöhungen im Rahmen dieser reziproken US-Handelspolitik auf eine breite Palette von landwirtschaftlichen und verarbeiteten Lebensmitteln eingeführt werden. Aufgrund der Bedeutung der USA als Agrar- und Lebensmittellieferant für unsere Unternehmen hätte jede Erhöhung der Einfuhrzölle schwerwiegende Auswirkungen auf die Lieferketten und würde insbesondere die heimische Lebensmittel- und Getränkeproduktion beeinträchtigen. Diese Entwicklungen würden durch einen wahrscheinlichen Anstieg der Preise für die mit Strafzöllen belegten Waren auf den internationalen Märkten noch verstärkt.

Die Ukraine ist ein wichtiger Exporteur am Weltagrarmarkt, insbesondere für Getreide, und stellt auch für die deutsche Ernährungsindustrie ein bedeutendes Lieferland für Rohstoffe für die Lebensmittelproduktion dar. Die jährlichen deutschen Importe von Agrarrohstoffen beliefen sich im Jahr 2023 auf 871 Millionen Euro, vor allem Ölfrüchte und -saaten sowie Hülsenfrüchte und Futtermittel. Verarbeitete Lebensmittel wurden im selben Jahr im Wert von 305 Millionen Euro aus der Ukraine importiert, hauptsächlich Öle und Fette sowie Geflügelfleisch. Das DCFTA (Deep and Comprehensive Free Trade Area) mit der Ukraine zielt darauf ab, das Land schrittweise an den Binnenmarkt der Europäischen Union heranzuführen. Die Marktöffnung erfolgt asymmetrisch und ist an Anpassungen in der Ukraine gebunden. Seit dem Beginn des Krieges ist eine autonome Zollliberalisierung in Kraft, die jedoch durch Schutzklauseln ergänzt wurde. Die aktuellen Autonomen Handelsmaßnahmen (ATMs) laufen am 5. Juni 2025 aus und werden voraussichtlich nicht verlängert. In Anbetracht dieser Situation sind Solidarmaßnahmen zur Unterstützung der Ukraine in Diskussion.

Vor dem Ukrainekrieg war Russland – trotz des russischen Einfuhrstopps für viele EU-Lebensmittelimporte – noch der fünfgrößte Absatzmarkt außerhalb der EU für die deutsche Ernährungsindustrie. Jährlich wurden verarbeitete Lebensmittel im Wert von 902 Millionen Euro nach Russland exportiert, hauptsächlich Süßwaren, Bier, Kaffee und Backwaren. Die noch möglichen Handelsbeziehungen im Agrarbereich zu Russland, die auch zur Stabilisierung der globalen Ernährungssicherheit nicht sanktioniert werden, sind sowohl import- als auch exportseitig durch die geltenden Sanktionen im Finanz- und Logistikbereich deutlich erschwert.

China bleibt für die deutsche Ernährungsindustrie ein äußerst wichtiger Markt. In den letzten Jahren wurde der deutsche Lebensmittelexport nach China jedoch mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, wie dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland. Zusätzlich haben neue chinesische Vorschriften eine Registrierungspflicht für alle Lebensmittel- und Getränkeunternehmen, die nach China exportieren wollen, eingeführt. Die geopolitischen Spannungen im Südchinesischen Meer werden ebenfalls mit Sorge betrachtet, da sie für den internationalen Seeverkehr und Handel von Bedeutung sind.

Das Vereinigte Königreich (VK) ist mit einem jährlichen Absatzvolumen von rund 4,7 Milliarden Euro (im Jahr 2023) der sechstgrößte Exportmarkt für die deutsche Ernährungsindustrie. Obwohl das am 31. Dezember 2020 verabschiedete und in Kraft getretene Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (Trade and Cooperation Agreement, TCA) den Rückfall in den präferenziellen Handel auf WTO-Regeln verhinderte, hat sich der Handel mit dem VK für die deutsche Ernährungsindustrie im Vergleich zum Binnenmarktverhältnis merklich verteuert und erschwert. Es gibt einen erheblichen bürokratischen Aufwand durch Zoll- und Einfuhrkontrollen, der mit der phasenweisen Umsetzung des TCA stetig zunimmt. Die BVE setzt sich für einen vertrauensvollen Dialog mit dem britischen Handelspartner ein, um Handelsbarrieren bestmöglich zu verhindern, und fordert auch die EU-Kommission sowie die Bundesregierung auf, die Unternehmen im Handel mit dem Drittland Vereinigtes Königreich durch Exportfördermaßnahmen und Informationsangebote noch stärker zu unterstützen.

Die Öffnung und Aufrechterhaltung wichtiger Exportmärkte ist für die Ernährungsindustrie essenziell. Daher begrüßt die BVE die Initiativen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zur weiteren Exportförderung und Marktöffnung in Drittländern sowie Maßnahmen zur Prävention neuer Handelsbarrieren. Die BVE ist als aktives Mitglied im Wirtschaftsausschuss für Außenhandelsfragen des BMEL stark engagiert.

Abschließend ist es für die Politik unerlässlich, eine strategische Handelspolitik zu verfolgen, die die Branche bei der Diversifizierung ihres Außenhandels unterstützt. Es müssen mehr Handelsabkommen mit strategisch wichtigen Partnerländern geschlossen werden, die administrativ einfach und zollrechtlich risikoarm gestaltet sind. Hierbei sind insbesondere die Handelsbeziehungen im EU-Binnenmarkt, aber auch mit geopolitisch wichtigen Partnern wie den Vereinigten Staaten, Australien, Neuseeland und den Mercosur-Ländern zu stärken.

Green Claims Directive

Das EU-Parlament hat im März 2024 den Richtlinienentwurf zu Green Claims beschlossen. Voraussichtlich wird die Green Claims Directive im Jahr 2027 in Kraft treten. Der Zweck dieser Richtlinie ist es, Regelungen für explizite Umweltangaben zu schaffen, die Händler



über ihre Produkte oder ihre Geschäftspraktiken in der EU machen. Dies soll sicherstellen, dass solche Umweltangaben zuverlässig, nachprüfbar und nicht irreführend sind. Die Richtlinie zielt darauf ab:

- Den Anwendungsbereich zu definieren, der sich auf explizite Umweltangaben bezieht, die von Händlern in Geschäftspraktiken von Unternehmen zu Verbrauchern gemacht werden.
- Kriterien und Methoden für die Begründung solcher Umweltangaben festzulegen, einschließlich der Anforderung, dass diese Angaben auf wissenschaftlich anerkannten Beweisen beruhen und relevante internationale Standards berücksichtigen.
- Bestimmungen für die Kommunikation von Umweltangaben einzuführen, die sicherstellen, dass Verbraucher leicht zugänglichen Zugang zu Informationen über die Umweltauswirkungen, -aspekte oder -leistungen des beworbenen Produkts oder der Dienstleistung haben.
- Anforderungen für Umweltkennzeichnungsschemata und die Vergabe von Umweltlabels zu etablieren, um Transparenz und Vertrauenswürdigkeit solcher Labels zu gewährleisten.

Die Aufstellung und der Nachweis umweltfreundlicher Angaben in der gesamten EU auf überprüfbare und leicht verständliche Weise wird gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen im Binnenmarkt schaffen und Anreize für eine nachhaltigere Produktion und einen nachhaltigeren Verbrauch bieten.



Die BVE unterstützt daher das grundsätzliche Ziel der Green Claims Initiative. Als Folgemaßnahme zum Vorschlag über die Befähigung der Verbraucher zum umweltgerechten Übergang zielt dieser Vorschlag darauf ab, genauer zu spezifizieren, wie der Nachweis zu erfolgen hat. Das Potenzial dieser Gesetzgebung liegt in der Möglichkeit, die verwendeten Nachweismethoden anzugleichen, indem man sich auf anerkannte EU- und internationale Methoden stützt. Die Ernährungsindustrie fordert für den Trilog nachfolgende Nachbesserungen in der Ausgestaltung der Richtlinie:

Die Ernährungsindustrie fordert für die Ausgestaltung der Richtlinie:

- Der Vorschlag zu Green Claims sollte mit der Richtlinie über die Befähigung der Verbraucher für die grüne Transformation kohärent sein
- Der Vorschlag für Green Claims sollte die Nachweismethode an die Art der Angabe anpassen und klarstellen, wann Ökobilanzen erforderlich sind
- Der Vorschlag für grüne Claims sollte einen Rahmen für Umweltauswirkungen schaffen, für die es derzeit keine anerkannten wissenschaftlichen Beweise gibt
- Die Regeln für die Kategorie des ökologischen Fußabdrucks von Produkten sollten im Green-Claims-Vorschlag stärker berücksichtigt werden
- Der Green-Claims-Vorschlag sollte den Verwaltungsaufwand für Unternehmen verringern, indem ein klarer Rahmen für die Überprüfung von Angaben geschaffen wird.
- Die offen zu legenden Produktinformationen sollten für die Verbraucher leicht verständlich sein und dürfen keine vertraulichen Geschäftsinformationen enthalten
- Regeln für private Umweltkennzeichnungssysteme sollten nicht Investitionen in nachhaltigere Praktiken hindern
- Es ist ein ausreichender Übergangszeitraum für die Einrichtung eines Ex-ante Verifizierungsprozesses und für Händler notwendig, die sicherstellen müssen, dass bestehende Angaben und Kennzeichnungssysteme den Regelungen entsprechen

Nationale und privatwirtschaftliche Exportförderung für Lebensmittel und Getränke 2025

Um insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie in ihren Exportbemühungen zu unterstützen, organisiert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) deutsche Firmengemeinschaftsstände sowie Informationsstände auf relevanten internationalen Fachmessen.

Diese finanziell geförderten Gemeinschaftsstände ermöglichen es Lebensmittel- und Getränkeherstellern aus Deutschland, sich wirkungsvoll unter dem Signet der Bundesregierung „Made in Germany“ zu präsentieren.

Teilnehmende Unternehmen profitieren von einer erstklassigen Ausstellungsinfrastruktur, einschließlich Architektur und Standbau, sowie einem umfangreichen Servicepaket, das Messelogistik, Messtechnik, Standdesign, Gästebetreuung, Catering und mehr umfasst. Zusätzlich haben sie die Möglichkeit, an Messebegleitmaßnahmen wie Store-Checks, Fachveranstaltungen und Matchmaking-Events teilzunehmen.

Die Teilnahme an den Messen des BMEL-Auslandsmesseprogramms wird jährlich in Abstimmung zwischen Vertretern der deutschen Ernährungswirtschaft, einschließlich der BVE, und dem BMEL festgelegt. Im Jahr 2025 plant das BMEL, sich an insgesamt 38 Fachmessen in den Bereichen Landtechnik, Gartenbau, Landwirtschaft sowie Lebensmittel & Getränke zu beteiligen, entweder mit einem offiziellen deutschen Firmengemeinschaftsstand oder einem Informationsstand mit Lounge.

Die nationalen Exportförderangebote werden durch privatwirtschaftlich organisierte Exportförderprojekte ergänzt.

Hier finden Unternehmen in den Exportförderverbänden der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft praktische Unterstützung, die auf ihre spezifischen produktspezifischen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Diese Verbände sind unter dem Dach der German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA) zusammengefasst.

Neben der Beteiligung an Geschäftsreisen aus dem BMEL-Exportförderprogramm organisiert die GEFA

eigene Messebeteiligungen und Matchmaking-Veranstaltungen mit Einzelhandelsketten aus wichtigen Exportmärkten. Weitere Informationen sind auf www.germanexport.org zu finden.

Auch die Kölnmesse GmbH unterstützt exportorientierte Lebensmittel- und Getränkehersteller durch ein internationales Netzwerk an Fachmessen im Bereich Ernährung und Ernährungstechnologie.

Die Messeangebote, vornehmlich in Asien und Südamerika sowie die Anuga – die Weltleitmesse für Ernährung, bieten hervorragende Möglichkeiten, in relevante Zielmärkte einzusteigen. Weitere Details sind auf www.koelnmesse.de verfügbar.

Als branchenübergreifender Dachverband der deutschen Ernährungsindustrie engagiert sich die BVE für eine nationale Exportförderung, die speziell auf die mittelständische Struktur der Ernährungsindustrie abgestimmt ist. Sie schlägt für die Branche wichtige Auslandsmärkte vor, unterstützt das BMEL bei der Auswahl der Auslandsmessebeteiligungen und Unternehmerreisen und vertritt die deutsche Ernährungswirtschaft auf Auslandsmessen an deutschen Nationalpavillons.

Als Gründungsmitglied von Food-Made in Germany und Fördermitglied bei der GEFA pflegt die BVE einen kontinuierlichen Austausch mit relevanten Exportfördergesellschaften der Branche und fungiert als wichtiger Multiplikator, um Informationen über nationale und privatwirtschaftliche Exportförderangebote zu sammeln und an interessierte Unternehmen weiterzuleiten.



Deutscher Firmengemeinschaftsstand auf der Gulfood 2024
Foto: © BMEL/
gtp2 architekten

AUSSEN WIRTSCHAFTS SEMINAR

Fünftes Außenwirtschaftsseminar

Am 4. Juni 2024 veranstaltete die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) das fünfte Außenwirtschaftsseminar der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Diese renommierte Veranstaltung bot international agierenden Unternehmen aus der Ernährungswirtschaft eine wertvolle und praxisorientierte Plattform zum Austausch über relevante Themen der Außenwirtschaft. Neben einer wissenschaftlichen Einordnung zu den Veränderungen am Standort Deutschland und den wirtschaftspolitischen Herausforderungen im internationalen Wettbewerb, vorgetragen von Dr. Thomas Obst, Senior Economics am Institut der Deutschen Wirtschaft, boten drei interaktive Foren zu den Ländern China, Polen und den USA tiefgehende Einblicke und förderten anregende Diskussionen zwischen den Teilnehmern.

Weitere Informationen gibt es unter www.auwisem-ernaehrung.de



AUSSEN WIRTSCHAFTS TAG

der Agrar- und
Ernährungswirtschaft

Außenwirtschaftstag

Am 3. Juni 2025 luden das BMEL, das Auswärtige Amt und die BVE interessierte Unternehmen aus der Branche sowie die Partner der deutschen Lebensmittelwirtschaft zum elften Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft nach Berlin ein.

Eine starke Außenwirtschaft braucht starke und aktive Netzwerke. Ein offener Austausch innerhalb der Branche sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen

Politik und Wirtschaft sind heute unerlässlich, um auf internationalen Märkten bestehen zu können. Für die Agrar- und Ernährungswirtschaft bieten die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Auswärtige Amt eine einzigartige, hochrangig besetzte Netzwerkplattform in Deutschland: den Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Dieser findet alle zwei Jahre, alternierend zum Außenwirtschaftsseminar der Agrar- und Ernährungswirtschaft statt. Auf dem Außenwirtschaftstag treffen die Köpfe der Unternehmen mit in- und ausländischen Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Außenwirtschaftsförderung zusammen, tauschen sich aus und informieren sich über attraktive Absatz- und Beschaffungsmärkte.



17. Global Forum for Food and Agriculture 2025

Im Januar 2024 versammelten sich im Berliner City Cube Experten und Entscheidungsträger aus aller Welt zum 17. Global Forum for Food and Agriculture (GFFA), das parallel zur Grünen Woche in Berlin stattfand. Unter dem Leitmotiv "Bioökonomie nachhaltig gestalten" zog die Veranstaltung 2000 Fachbesucher, 63 Agrarministerinnen und -minister aus aller Welt sowie 14 hochrangige Vertreterinnen und Vertreter internationaler Organisationen an.

Die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, sich in 3 High Level Panels, einem Science Slam sowie dem Innovationsforum über die Gestaltung einer nachhaltigen Bioökonomie und einer engeren Zusammenarbeit auf globaler Ebene auszutauschen, um die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 noch zu erreichen und das Menschenrecht auf Nahrung umzusetzen.

Als Gründungsmitglied des GFFA Wirtschaft e. V. war der BVE das Fachpodium zum Thema „Förderung nachhaltiger Entwicklung durch agrarökologische und regenerative Ansätze – Beispiele aus Südostasien“ besonders wichtig. Das Panel präsentierte innovative Ansätze in der Bioökonomie aus Asien, wobei der Fokus auf nachhaltigen landwirtschaftlichen Methoden und technologischen Innovationen lag, die praktische Lösungen im Bereich der Bioökonomie bieten. Vertreter aus Thailand und Indien stellten ihre erfolgreichen Projekte vor, insbesondere solche, die die Klimaanpassung und Emissionsminderung im Reisbau verbessern sowie technisch-organisatorische Innovationen einbeziehen. Diese Projekte, teilweise gefördert vom BMEL, zielen darauf ab, Innovationsnetzwerke zu stärken. In Thailand werden Wissensnetzwerke und Investitionsvehikel für nachhaltige Innovationen etabliert, während in Indien in Demonstrationsbetrieben regenerative Landwirtschaftstechniken vermittelt werden.

Die Teilnahme und das Engagement der verschiedenen Stakeholder beim GFFA 2025 verdeutlichen die globale Entschlossenheit, gemeinsam an der Entwicklung nachhaltiger und resilienter Ernährungssysteme zu arbeiten, um eine Zukunft ohne Hunger zu realisieren. Das GFFA hat sich einmal mehr als ein zentrales Forum für den Dialog und die Zusammenarbeit im Bereich der globalen Ernährungssicherung bewiesen.





Fotos: © www.gffa-berlin.de



Anuga 2025

Die Vorbereitungen für die Anuga 2025, die bedeutende internationale Messe für die Lebensmittel- und Getränkeindustrie, sind bereits in vollem Gange. Diese findet vom 4. bis 8. Oktober 2025 in Köln statt. Als ideale Trägerin der Messe wird die BVE mit einem eigenen Stand vertreten sein, um sich als zentraler Ansprechpartner für nationale und internationale Fachbesucher zu präsentieren. Die Besucher können sich dort umfassend über die Leistungen der deutschen Ernährungsindustrie sowie die Themen Kreislaufwirtschaft und Künstliche Intelligenz in der Lebensmittel- und Getränkeproduktion informieren und austauschen. Weiterhin fördert die BVE die Einrichtung eines starken, privatwirtschaftlich organisierten deutschen Gemeinschaftsstands. Zusätzlich werden am Montag den 6. Oktober 2025 erstmalig der Anuga Roundtable sowie das etablierte Anuga Executive Summit stattfinden, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels organisiert werden.

UMWELT, KLIMA UND NACHHALTIGKEIT

4





Omnibus-I-Paket

Am 26. Februar 2025 hat die Europäische Kommission das sogenannte "Omnibus-I-Paket" zur Nachhaltigkeit veröffentlicht. Ziel dieser Initiative ist es, die bestehenden Berichtspflichten aus der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD) und der Taxonomie-Verordnung sowie die Sorgfaltspflichten aus der Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) zu vereinfachen und praktikabler zu gestalten. Mit den neuen Regelungen sollen Unternehmen entlastet werden, indem Meldepflichten gestrafft, Fristen verlängert und bürokratische Hürden reduziert werden.

Kernbestandteile des Omnibus-I-Pakets sind die Fristverlängerungen bei CSRD und CSDDD bis 2028 bzw. 2029. Durch das Anhalten des Umsetzungsprozesses wird es möglich, wichtige Nachbesserungen zu machen.

- Auch soll es Anpassungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) geben. So wird der Anwendungsbereich deutlich eingeschränkt und es werden Vereinfachungen in der Berichterstattung vollzogen, etwa die Überarbeitung der ESRS. Die ursprünglich vorgesehenen verpflichtenden sektorspezifischen Berichtsstandards werden nicht weiterverfolgt.
- Die geplante schrittweise Einführung einer verpflichtenden Prüfung mit hinreichender Prüfungssicherheit entfällt.
- Auch in der Wertschöpfungskettenrichtlinie (CSDDD) gibt es Anpassungen. So werden Vorschriften harmonisiert und Sorgfaltspflichten begrenzt. Unternehmen müssen künftig nur noch ihre direkten Vertragspartner nach einem risikobasierten Ansatz überwachen. Kleine Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitenden müssen nur noch eingeschränkt Informationen bereitstellen.
- Unternehmen sind nicht mehr verpflichtet, problematische Vertragsbeziehungen sofort zu beenden. Die Anforderungen an die Einbindung von Stakeholdern wurden reduziert.
- Der Rat der EU und das Europäische Parlament müssen die Gesetzgebungsvorschläge nun annehmen. Im Rat ist dies im April 2025 erfolgt. Die Richtlinie zu Fristverlängerungen soll in einem beschleunigten Verfahren verabschiedet werden, während die materiellen Änderungen zur CSRD und CSDDD das reguläre Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Die Änderungen zu den Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS) sollen möglichst schnell, spätestens sechs Monate nach Annahme der Richtlinie über Fristverlängerungen, per delegiertem Rechtsakt umgesetzt werden. Dies bedarf keiner weiteren Zustimmung durch den Rat oder das Parlament.

Mit dem Omnibus-I-Paket soll die Nachhaltigkeitsberichterstattung praxisgerechter gestaltet und regulatorische Belastungen für Unternehmen reduziert werden.



Gleichzeitig bleiben die Kernziele zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsweisen und transparenter Berichterstattung erhalten. Die Anpassungen stellen einen wichtigen Schritt dar, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken und gleichzeitig internationale Standards weiterzuentwickeln.

++ PLUSPLUS PRINZIP

Klimaschutzkampagne der Ernährungsindustrie – „PlusPlus-Prinzip“

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen von Politik und Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund müssen über Ländergrenzen und Forschungsdisziplinen hinweg gemeinsam Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt und alle relevanten Akteure einbezogen werden. Die BVE hat dies zum Anlass genommen, eine Klimaschutzkampagne der Branche zu starten, die zahlreiche Informationen vermittelt und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, um die Emissionen von schädlichen

Treibhausgasen im Rahmen der Nahrungsmittelherstellung durch die Unternehmen zu reduzieren und so die Weichen für eine klimaneutrale Produktion zu stellen. Die Förderung der Kampagne fand 2023 ihren Abschluss. Über die Kampagnenhomepage www.plusplusprinzip.de können weiterhin Informationen und Materialien abgerufen werden.

2024 hat die BVE die Kampagne mit dem ZNU – Zentrum für Nachhaltige Unternehmensführung und Ökotec selbstständig fortgeführt.

Auch in 2025 gibt es ein breites Angebot an Online-Seminaren.



++
PLUSPLUS
PRINZIP

ONLINE-SEMINARREIHE
**Klimaschutz konkret:
Maßnahmenfahrplan zur
Klimaneutralität**
25. März 2025, 11:00–12:15 Uhr

Bundesvereinigung der Deutschen
ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE

ÖKOTEC
ENERGIEMANAGEMENT GMBH

++
PLUSPLUS
PRINZIP

ONLINE-SEMINARREIHE
**Zusammenarbeit mit dem
Energieversorger: Energieprognosen
und erneuerbare Energieversorgung
am Standort**
13. Mai 2025, 11:00–12:15 Uhr

Bundesvereinigung der Deutschen
ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE

ÖKOTEC
ENERGIEMANAGEMENT GMBH

++
PLUSPLUS
PRINZIP

ONLINE-SEMINARREIHE
**Lastspitzen- und Flexibilitäts-
management mit PV-Anlagen
und Speicherlösungen**
1. April 2025, 11:00–12:15 Uhr

Bundesvereinigung der Deutschen
ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE

ÖKOTEC
ENERGIEMANAGEMENT GMBH

++
PLUSPLUS
PRINZIP

ONLINE-SEMINARREIHE
**Einsatz von Flexibilitäten und weiteren
Technologien zur Optimierung der
Energieversorgung – Mit BHKW und Co.
zur Effizienzsteigerung**
17. Juni 2025, 11:00–12:15 Uhr

Bundesvereinigung der Deutschen
ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE

ÖKOTEC
ENERGIEMANAGEMENT GMBH

Initiative „Energieeffizienz-Netzwerke“ trägt Früchte

Die BVE hat sich seit 2014 an dieser Netzwerk-Initiative der Bundesregierung beteiligt. Insgesamt wurden in der ersten Phase dieser Initiative bis 2020 rund 280 Energieeffizienz-Netzwerke gegründet und rund fünf Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Zahlreiche Unternehmen der Ernährungsindustrie haben dieses Vorhaben durch ihre Mitwirkung in regionalen und branchenübergreifenden Netzwerken unterstützt. Die BVE fördert diese Initiative auch in deren zweiter Phase, die eine Laufzeit bis Ende 2025 hat und zur Gründung von weiteren 350 Energieeffizienz-Netzwerken führen soll.

Einwegkunststofffondsgesetz (EWKFondsG): Fehlende Klarheit und steigende Bürokratiebelastung

Die schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland und die hohe Belastung der Industrie und des Gewerbes stehen derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. In diesem Zusammenhang sorgt die Umsetzung des Einwegkunststofffondsgesetzes (EWKFondsG) durch das Umweltbundesamt (UBA) weiterhin für erhebliche Rechts- und Planungsunsicherheiten. Unternehmen sind mit unnötigen Bürokratielasten konfrontiert, da wesentliche Fragen zur Anwendung des Gesetzes ungeklärt bleiben.

Trotz des Ablaufs der Registrierungsfrist Ende 2024 ist weiterhin unklar, welche Unternehmen als „Hersteller“

unter das Gesetz fallen und welche Verpackungsformate konkret erfasst sind. Die bislang veröffentlichten Allgemeinverfügungen sind unzureichend, um als Orientierungshilfe für betroffene Unternehmen zu dienen. Zudem hat das UBA noch keine Entscheidungen zu eingelegten Widersprüchen getroffen.

Ein zentrales Problem ist die unklare Definition des Begriffs „unmittelbarer Verzehr“ in den offiziellen FAQs des UBA. Während der Gesetzestext eine klare Bestimmung voraussetzt, legt das UBA den Anwendungsbereich aus, als würde bereits die Möglichkeit eines sofortigen Verzehrs genügen. Dies könnte dazu führen, dass zahlreiche verzehrfertige Produkte, die üblicherweise nicht zum Sofortverzehr bestimmt sind, fälschlicherweise unter das EWKFondsG fallen. Die BVE fordert daher eine Klarstellung in den FAQ, die das Kriterium „Unmittelbarkeit“ zeitlich interpretiert und damit auf Verpackungen beschränkt, die tatsächlich für den sofortigen Verzehr vorgesehen sind.

Darüber hinaus fordert die BVE eine Verlängerung der derzeit bis zum 28. Februar 2025 eingeräumten Übergangsfrist für die Registrierungsspflichten im DIVID-Register. Da bislang keine weiteren Allgemeinverfügungen oder Klarstellungen veröffentlicht wurden, bleibt die Rechtsunsicherheit für Unternehmen bestehen. Eine Fristverlängerung bis zum 15. Mai 2025 wäre erforderlich, um den betroffenen Herstellern eine vollständige und korrekte Registrierung unter Berücksichtigung der rechtlichen und organisatorischen Herausforderungen zu ermöglichen.





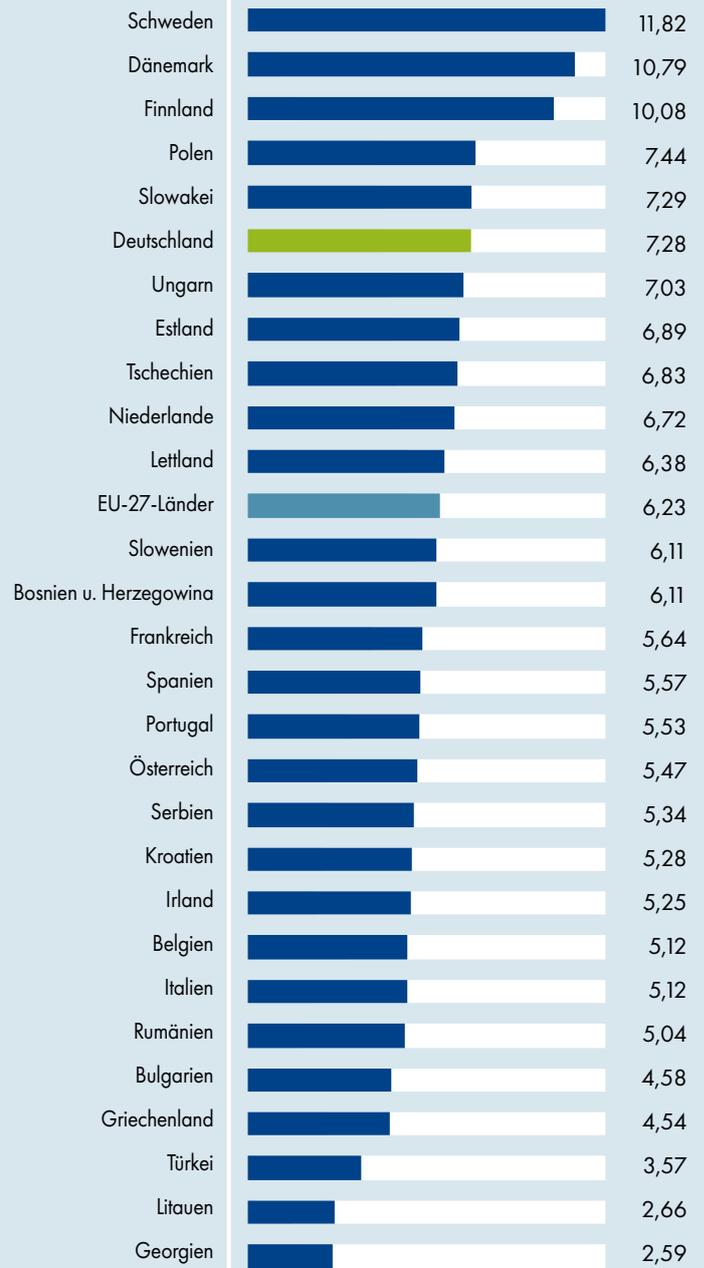
Internationaler Strompreisvergleich für die Industrie 2024 (2. Halbjahr)

Euro-Cent/kWh – ohne Steuern und Abgaben



Internationaler Erdgaspreisvergleich für die Industrie 2024 (2. Halbjahr)

Euro-Cent/kWh – ohne Steuern und Abgaben



Verbrauch: 500 MWh < 2.000 MWh

Verbrauch: 100.000 GJ < 1.000.000 GJ

* geschätzt

** vorläufig

Quelle: Eurostat

EU-Plastikabgabe

Nachdem im April 2024 bekannt wurde, dass die geplante Umlage der Plastikabgabe weder 2024 noch 2025 umgesetzt wird, da sich das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) nicht auf ein praktikables Modell einigen konnten, wurde im Juli 2024 ein neuer Vorstoß unternommen.

Im Haushaltsentwurf, den das Bundeskabinett am 17. Juli 2024 beschlossen hat, wurde das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) beauftragt, einen Entwurf für eine Plastikabgabe vorzulegen, um die im Haushalt eingeplanten Einnahmen bis 2028 zu sichern.

Die BVE hat sich bereits in einem Verbändeaufruf am 25. Januar 2024 gegen eine entsprechende Umlage ausgesprochen.

EU-Verpackungsverordnung (PPWR): Risiken durch Mehrwegquoten für Industrie- und Gewerbeverpackungen

Die geplante EU-Verpackungsverordnung (PPWR) sieht eine 100%-Mehrwegquote für zahlreiche industrielle und gewerbliche Verpackungsformate vor. Diese Regelung gefährdet zentrale Lieferketten im EU-Binnenmarkt, da für viele Verpackungsarten keine geeigneten Mehrweglösungen existieren oder diese weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sind. Zudem sind die Vorgaben zur Transportsicherheit nicht mit den Mehrwegquoten vereinbar. Daher hat sich die BVE zusammen mit zahlreichen anderen Verbänden in einem offenen Brief an die EU-Abgeordneten gewandt.

Die kurzfristigen Änderungen am Ende der Trilog-Verhandlungen im Februar 2024 haben unbeabsichtigt den Anwendungsbereich der Mehrwegquoten drastisch ausgeweitet. Insbesondere Verpackungen für viskose Füllgüter wie Farben, Putze oder Pflanzenschutzmittel können nicht mehrfach verwendet werden, sodass eine Korrektur im Gesetzestext erforderlich ist. Der Vorschlag der Kommission, durch eine Ergänzung in Erwägungsgrund 95 eine Ausnahme für „kontakt-empfindliche Produkte“ einzuführen, ist unzureichend.

Die Mehrwegpflicht für Palettenumhüllungen, Umreifungsbänder und andere Verpackungsformate im innerstaatlichen Handel widerspricht zudem den Grundprinzipien des EU-Binnenmarks und benachteiligt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Auch die geplante Veröffentlichung von Verpackungsmengen durch Unternehmen birgt Wettbewerbsrisiken.

Ein Rechtsgutachten stellt zudem infrage, ob die Verbote industrieller Einwegverpackungen auf Basis der Binnenmarktharmonisierung rechtlich zulässig sind. Die Unterzeichner fordern daher eine Korrektur des Regelungstextes und eine wissenschaftliche Folgenabschätzung, bevor verbindliche Mehrwegquoten für Industrie- und Gewerbeverpackungen verabschiedet werden.

Den vollständigen Brief finden Sie [hier](#).



Aktionsplan „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“

Die BVE und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V. haben sich aktiv am Dialog- und Arbeitsprozess für den vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) initiierten Aktionsplan „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“ beteiligt. Dieser Plan legt wichtige Schwerpunkte für die zukünftige Wirtschafts- und Mittelstandspolitik fest, obwohl einige Themen weiterer Ergänzungen und Konkretisierungen bedürfen.

Die deutsche Ernährungs- und Genussmittelindustrie, die mit rund 658.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 232 Milliarden Euro eine der größten Industriebranchen Deutschlands darstellt, sollte im Aktionsplan als ein zu fördernder Wirtschaftszweig anerkannt werden. Die Branche ist nicht nur ein wesentlicher Arbeitgeber, sondern auch ein bedeutender Spieler im internationalen Handel und verarbeitet einen hohen Anteil regionaler Rohstoffe.

Die Branche setzt sich trotz zahlreicher Herausforderungen weiterhin für Nachhaltigkeitsziele ein. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Transformationsziele des EU Green Deal müssen die mittelständischen Unternehmen der Branche jedoch besondere Unterstützung



erhalten, um den gestiegenen Produktions- und Energiekosten begegnen zu können. Hierbei ist es wichtig, dass alle Maßnahmen marktwirtschaftlich orientiert bleiben und die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Produktionsmitteln zu wettbewerbsfähigen Preisen gesichert ist.

Die Politik muss daher eine enge Koordination sicherstellen und den spezifischen Bedürfnissen der mittelständischen Unternehmen in der Ernährungsindustrie gerecht werden, um den Standort Deutschland im Rahmen dieses wichtigen Transformationsprozesses zu stärken.

BVE-Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Die BVE hat Anfang 2022 ihren aktualisierten Branchenleitfaden für den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) vorgestellt. Die dritte Auflage des Leitfadens hilft Unternehmen der Ernährungswirtschaft, sich auf die wesentlichen Ziele und Anforderungen zu konzentrieren sowie Nachhaltigkeitsinformationen effizient aufzuarbeiten.

Durch den Branchenleitfaden wird die Anleitung zum DNK auf die Bedürfnisse der Ernährungswirtschaft zugeschnitten. Erstberichterstattem bietet er somit

einen leichten Einstieg; erfahrene Unternehmen können ihn als Rahmenwerk für die Fortentwicklung und eine bessere Vergleichbarkeit ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten einsetzen.

Der aktualisierte Leitfaden hilft auch dabei, den Überblick über die verschiedenen gesetzlichen Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit zu bewahren. Es wird verdeutlicht, wie der DNK von Unternehmen genutzt werden kann, um diesen Pflichten so einfach und gut wie möglich nachzukommen.

Besonders relevant ist das, seitdem bekannt ist, dass die EU-CSR-Berichtspflicht auf alle Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern ausgedehnt werden wird. Aber auch die EU-Taxonomie, die EU-Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten, die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder auf freiwilliger Basis der EU-Code of Conduct für die Lebensmittellieferkette verlangen von Unternehmen eine Berichterstattung. Daher braucht es Hilfestellungen, wie man den zahlreichen Anforderungen am besten gerecht werden kann.

Der DNK wurde vom Rat für Nachhaltige Entwicklung erstellt, um den Nachhaltigkeitsgedanken in der Wirtschaft voranzubringen. Er unterstützt Unternehmen, die freiwillig für sich und andere mehr Transparenz



über ihre Leistungen und Ziele schaffen wollen und hilft Berichtspflichtigen, ihren Pflichten nachzukommen. Zudem ermöglicht er, Aktivitäten für Geschäftspartner und Kunden transparent und vergleichbar zu machen.

Der Leitfaden kann [hier heruntergeladen werden](#).



Muster-Wesentlichkeitsmatrix und Heatmap für die Ernährungsindustrie

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) hat cyclos future, das Zentrum für nachhaltige Unternehmensführung (ZNU) und fjol mit der Erstellung einer Muster-Wesentlichkeitsanalyse beauftragt. Diese soll insbesondere Mitgliedsunternehmen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Hinblick auf die Berichtspflicht nach der CSRD unterstützen. Die initiale Erarbeitung der Inhalte erfolgte durch cyclos future, das ZNU und fjol auf Basis langjähriger Erfahrung in der Unternehmensberatung sowie im Austausch mit Unternehmen der Branche.

Die Inhalte wurden in mehreren Runden durch Expertinnen und Experten von BVE-Mitgliedsunternehmen hinsichtlich Inhalt und Methodik erweitert, geprüft und validiert. In Einklang mit den Anforderungen der

Europäischen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS) wurden die Auswirkungen, Risiken und Chancen (IROs) entlang vereinfachter Wertschöpfungsschritte – Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Handel – identifiziert und bewertet. Auf Basis der Bewertung der IROs wurde ein Wert je Wertschöpfungsstufe und ESG-Aspekt ermittelt.

Diese Werte wurden in einer Heatmap konsolidiert und anschließend in einer Wesentlichkeitsmatrix mit zwei Varianten eingeordnet. Branchenvertreter können die Heatmap und die Matrix als Orientierung für ihre eigene Wesentlichkeitsanalyse nutzen. So tragen die Ergebnisse zur Erhöhung der Qualität durch Plausibilitätsprüfung bei und reduzieren gleichzeitig den Aufwand durch methodische Orientierung.

Nachhaltigkeitskennzeichnung

Die BVE vertritt die Position, dass eine nachhaltigere Ernährung Kaufentscheidungen erfordert, die die verschiedenen Aspekte von Nachhaltigkeit berücksichtigen. Denn: Das Lebensmittelangebot richtet sich nach der Wahl und Zahlungsbereitschaft des Verbrauchers. Damit Verbraucher in der Lage sind, bewusste nachhaltigere Kaufentscheidungen zu treffen, benötigen sie ausreichende und glaubhafte Informationen sowie das Verständnis, die vorhandenen Informationen einordnen zu können.



Die deutsche Ernährungsindustrie bekennt sich dazu, insbesondere die Transparenz über den ökologischen Fußabdruck von Lebensmitteln und Getränken zu erhöhen und den Verbrauchern klare und zuverlässige Informationen zur Verfügung zu stellen, soweit die Daten- und Methodenverfügbarkeit es zulässt.

Die BVE unterstützt daher die Absicht der Europäischen Kommission im Rahmen des Kreislaufwirtschaftspaketes des Green Deals, aber auch der Farm to Fork Strategie, die Verbraucherinformationen mit entsprechenden Initiativen zu Umweltleistungen von Produkten zu verbessern und damit EU-weit harmonisierte Regeln für die freiwillige Bereitstellung von Umweltinformationen zu schaffen.

Dabei muss aus Sicht der BVE auch eine wesentliche Unterscheidung zwischen einer freiwilligen Nachhaltigkeitskennzeichnung und einer freiwilligen Umweltkennzeichnung gemacht werden. Dem Gesetzgeber muss klar sein, dass für eine ganzheitliche Nachhaltigkeitskennzeichnung von Lebensmitteln nicht nur alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – berechenbar, sondern auch vergleichbar gemacht werden müssten. So müsste die Methodik bspw. den Beitrag zur Biodiversität mit dem CO₂-Footprint, der Landbeanspruchung, den Sozialstandards oder gar ökonomischen Aspekten vergleichbar machen. Weiter müssten im Sinne des Wesentlichkeitsprinzips, das der Nachhaltigkeit zugrunde liegt,

auch methodische Lösungen für klassische Zielkonflikte gefunden werden (wenn bspw. bei saisonalen Produkten zwischen CO₂-Fußabdruck und Regionalität abgewogen werden soll). Beides ist derzeit nicht wissenschaftsbasiert möglich.

Biodiversity Commitment

Die BVE hat sich dazu entschlossen, dem Aufruf zur Abgabe einer freiwilligen Selbstverpflichtung (Biodiversity Commitment) im Zuge der UN-Biodiversitätskonferenz (CBD COP 15) nachzukommen. Im Rahmen der Verbandsarbeit möchte die BVE so einen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung der Biodiversität stärker hervorzuheben und über Ursachen und Auswirkungen, aber auch Handlungsoptionen von Akteuren in der Ernährungsindustrie zum Schutz der biologischen Vielfalt zu informieren.

Die BVE verpflichtet sich zu folgenden Maßnahmen:

- Regelmäßige Kommunikation des Themas Biodiversität im Rahmen der Verbandsarbeit (Rundschreiben, Website, Jahresbericht),
- Ausbau der Gremienarbeit zum Thema Biodiversität im BVE-Gremium „Nachhaltigkeit“,
- Durchführung einer Onlineseminar-Reihe zum Thema „Biodiversität in der Ernährungsindustrie“,

- Entwicklung eines Leitfadens für Unternehmen der Ernährungsindustrie auf der Grundlage des Seminarinhalts,
- Transparente Berichterstattung über die Fortschritte und erreichten Ziele des BVE-Commitments im Rahmen des BVE-Jahresberichts.

Das eingereichte Commitment finden Sie [hier](#).



Im Mai 2025 hat die BVE zudem einen praxisorientierten Leitfaden zum Thema Biodiversität veröffentlicht, der Unternehmen der Ernährungsindustrie dabei unterstützt, biodiversitätsbezogene Aspekte systematisch in ihre Nachhaltigkeitsstrategie und Berichterstattung zu integrieren. Der Leitfaden bietet konkrete Handlungsansätze entlang der Wertschöpfungskette.



Der Leitfaden steht [hier](#) zum Download bereit.



Aktivitäten zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Deutschland

Jedes Jahr gehen Lebensmittel auf dem Weg vom Acker zum Teller verloren. Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes gab es in Deutschland im Jahr 2020 Lebensmittelabfälle und -verluste im Umfang von 10,9 Mio. Tonnen. Die Erhebung fand im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft statt. Bei der Verarbeitung fallen demnach mit 1,6 Mio. Tonnen, rund 15 Prozent der Gesamtmenge an. Bei der letzten Erhebung durch das Thünen-Institut für das Jahr 2015 waren es noch 2,17 Mio. Tonnen.

Die verfügbaren Zahlen bewertet BVE als wichtiges Signal, dass sich die Unternehmen mit ihrem freiwilligen Engagement auf einem guten Weg befinden, um ein Maximum an verzehrfähigen und vermeidbaren Lebensmittelabfällen zu reduzieren. Eine Aussage über zusätzliche Einsparpotenziale lässt sich aus den aktuellen Zahlen nicht ableiten, da keine Informationen darüber veröffentlicht wurden, wie sich die Abfälle zusammensetzen. Der Anfall von ungenießbaren Knochen, Häuten oder Kernen ist in der industriellen Lebensmittelproduktion unvermeidbar. Und beim Thema Lebensmittelsicherheit wird die Industrie keine

Kompromisse eingehen: Das alle Produkte hygienisch einwandfrei sind, hat immer die höchste Priorität in der Produktion.

Die Branche und ihr Dachverband, die BVE, sind dazu bereit, weiterhin aktiv an der Reduzierung von Lebensmittelabfällen mit zu arbeiten, um zusätzliche Potenziale zu heben und wertvolle Ressourcen zu schonen. Um diese Potenziale erschließen zu können, muss die Politik allerdings den Rahmen setzen und sich noch stärker mit den wirtschaftlichen Prozessen und Möglichkeiten beschäftigen

Aus Sicht der BVE gehört dazu unter anderem eine konsequente steuerliche Erleichterung von Lebensmittelspenden durch Unternehmen, eine nachhaltige Stärkung des Tafel-Netzwerks für die Annahme von mehr Großspenden aus der Industrie, die Anerkennung der umsetzbaren Einsparpotenziale in den Unternehmen sowie eine Fortführung des offenen Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik, etwa zu den Themen ReWork, Kennzeichnung alternativer Zutaten und dem Zielkonflikt im Bereich Verpackungsreduzierung.

Im 2021 gegründeten BVE Begleitkreis zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten in der Ernährungsindustrie, in dem sich aktuell mehr als 30 Unternehmens- und Fachverbandsvertreter aktiv einbringen, findet eine BVE-interne Abstimmung zu relevanten Herausforderungen, aber auch machbaren Lösungsansätzen innerhalb der Branche statt.

Auf europäischer Ebene bringt sich die BVE zu diesem Thema über den europäischen Dachverband Food Drink Europe in die europäischen Diskussionen ein und seit 2021 die Leitung der „Food Waste Task Force“ übernommen.

Des Weiteren unterstützt die BVE auch weiterhin als aktives Mitglied die Arbeit des Vereins United Against Waste e.V..

Kooperation mit den Tafeln

Die Ernährungsindustrie engagiert sich seit Jahren aktiv in der Entwicklung von Lösungen zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten. Ein Ansatz dabei ist die Kooperation mit den Tafeln in Deutschland. Allerdings bringen Großspenden von Herstellern logistische Herausforderungen für die Tafeln mit sich.

TAFEL

DEUTSCHLAND

Die BVE unterstützt die Arbeit der Tafeln und hebt die zunehmende Bedeutung von Direktspenden der Hersteller hervor. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen auf Lebensmittelspenden angewiesen sind, während gleichzeitig die Spendenbereitschaft des Einzelhandels rückläufig ist.

Die Gründe hierfür sind an sich positiv: Einzelhändler streben nach mehr Nachhaltigkeit und versuchen, ihre Lebensmittelverluste durch Maßnahmen wie angepasste Bestellmengen, Preisreduktionen bei Produkten nahe dem Ablaufdatum oder Kooperationen mit Apps wie „Too Good To Go“ zu minimieren. Diese Bemühungen führen jedoch dazu, dass weniger Lebensmittel für Spenden an die Tafeln verfügbar sind.

Die Zusammenarbeit zwischen den Tafeln und der Lebensmittelindustrie konnte jedoch in den letzten Jahren stetig intensiviert werden. Die Spenden stammen sowohl von kleinen und mittelständischen Betrieben als auch von großen Herstellern, die in Deutschland produzieren. Einige Betriebe fahren sogar Extraschichten, um Nahrungsmittel zu produzieren, die dann vollständig den Tafeln zur Verfügung gestellt werden. Allerdings stellt die Handhabung von Großspenden aus der Industrie, im Vergleich zu den gemischten Einzelspenden aus dem Einzelhandel, eine logistische Herausforderung dar.



Foto: © Philip Wilson | Tafel Deutschland e. V.

ROHSTOFFE

5





Entwicklung der Rohstoffpreise

Der FAO Food Price Index ist ein Nahrungsmittel-Preisindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der die Entwicklung der Weltmarktpreise von 55 Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln erfasst. Nach einem starken Anstieg zwischen 2021 und 2022 sowie einem zwischenzeitlichen Rückgang stiegen die Preise zum Ende des Jahres 2024 wieder an und verbleiben somit auf hohem Niveau.

Im Vergleich zu 2023 fiel der Index um 2,1 Prozent. Innerhalb der verschiedenen Rohstoffkategorien gab es jedoch deutliche Unterschiede: Der Subindex für Öl (+9,3 %), Milchprodukte (+4,8 %) und Fleisch (+2,7 %) stiegen teilweise erheblich, während der Subindex für Getreide und Zucker jeweils um deutliche 13,3 Prozent sank.

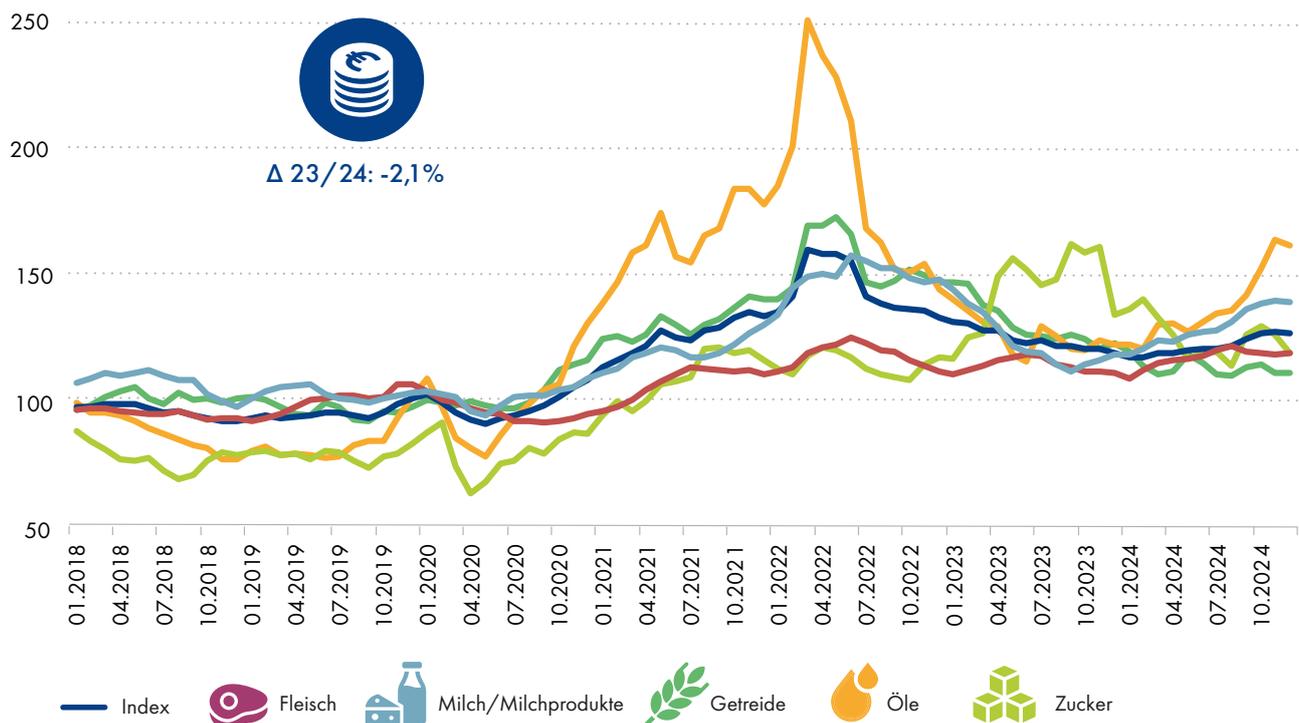
Die für die Ernährungsindustrie wichtige Preisentwicklung essenzieller Vorprodukte im Inland wird unter anderem durch die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte abgebildet. Von Januar bis Dezember 2024 blieben diese Preise nahezu konstant und stiegen lediglich um 0,03 Prozent. Produkte pflanzlicher



Herkunft verbilligten sich um 0,5 Prozent, während sich Produkte tierischer Herkunft um 0,4 Prozent verteuerten.

Im Vergleich zum Jahr 2020 bedeutet dies einen Anstieg der gesamten Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte um 41,1 Prozent. Dabei stiegen die Preise für pflanzliche Produkte um 40,6 Prozent und für tierische Produkte um 41,5 Prozent.

Entwicklung des Food Price Index sowie deren Subkategorien



EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten

Die Einführung der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR), verlangt von Erzeugern und Händlern bestimmter Produkte wie Kaffee, Kakao, Soja, Palmöl, Rindfleisch, Häute, Leder, Holz und Kautschuk den Nachweis, dass ihre Waren aus Gebieten ohne Entwaldung stammen. Sollte dieser Nachweis nicht erbracht werden können, ist der Verkauf dieser Produkte auf dem EU-Markt untersagt. Die Regelung betrifft sowohl europäische als auch außereuropäische Erzeuger.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich das EU-Parlament und der EU-Rat auf die von der EU-Kommission vorgeschlagene zwölfmonatige Verschiebung des Anwendungsstarts der Europäischen Entwaldungsverordnung (EUDR) geeinigt. Um diesen für Wirtschaft und Politik notwendigen Zeitaufschub nicht zu gefährden, verzichtete das Europaparlament auf seine inhaltlichen Änderungsvorschläge vom 14. November 2024, die bereits von EU-Rat und EU-Kommission abgelehnt wurden.

Die neuen Fristen für die Anwendung der EUDR sind:

- 30. Dezember 2025 für Großunternehmen
- 30. Juni 2026 für kleine und mittelständische Unternehmen

Für Wirtschaft und Politik bleibt die Klärung offener Anwendungsfragen essenziell. Insbesondere fehlen noch das Länderbenchmarking aus Brüssel sowie das nationale Umsetzungsgesetz in Deutschland.

Beendigung des Business Scouts for Development-Einsatzes und neue Kooperationswege

Der seit Dezember 2016 bei der BVE eingesetzte Business Scout for Development beendet seinen Einsatz planmäßig Ende Dezember 2024, nachdem dieser bereits zweimal verlängert wurde. Eine weitere Verlängerung war aufgrund der thematischen Neuausrichtung des BMZ auf Klimaschutz und feministische Entwicklungspolitik nicht möglich.

Zum Abschluss des Einsatzes fand am 18. November 2024 eine Veranstaltung im Haus der Land- und Ernährungswirtschaft statt. Unter Beteiligung von BMZ, GIZ, BVE sowie Gästen aus Politik und Wirtschaft wurde über neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Ernährungswirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert.

Um den langjährigen Kontakt zum BMZ aufrechtzuerhalten, initiiert die BVE ein informelles Gremium mit Vertretern aus Politik und Ernährungswirtschaft, das sich künftig zweimal jährlich zu entwicklungspolitischen Themen austauscht.



Zudem bleibt die BVE weiterhin Mitglied im strategischen Begleitkreis des BMZ sowie im Fachbeirat des Import Promotion Desk und fungiert als zentrale Anlaufstelle für Ernährungsfragen im BMZ.

Import Promotion Desk (IPD)

Mehr als zehn erfolgreiche Jahre an der Schnittstelle von Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit: Seit 2012 vermittelt das Import Promotion Desk (IPD) Importeuren neue Geschäftspartner aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Die BVE unterstützt die Arbeit des IPD als Mitglied im Fachbeirat.

Das IPD vernetzt kleine und mittelständische Unternehmen aus ausgewählten Entwicklungs- und Schwellenländern mit europäischen Importeuren. Den Produzenten, unter anderem von natürlichen Zutaten sowie frischem Obst und Gemüse, eröffnet es den Zugang zum europäischen Markt. Gleichzeitig unterstützt das IPD die Einkäufer bei ihrem Sourcing. Auf diese Weise können europäische Importeure ihr Produktportfolio erweitern, beispielsweise durch verarbeitetes Obst und Gemüse, Kräuter, Gewürze, Kakao, Fette und Öle, und ihr Beschaffungsmanagement diversifizieren.

In den vergangenen Jahren konnte das IPD bereits eine Vielzahl an Geschäftsabschlüssen zwischen Exporteuren und Importeuren anbahnen. Eine Win-win-Situation für beide Geschäftspartner: Die Exporteure können ihren Umsatz steigern, in den Ausbau ihrer Produktion investieren und Arbeitsplätze schaffen. Die Importeure profitieren von hochwertigen Produkten, attraktiven Beschaffungsmärkten und zuverlässigen Lieferanten.



Die BVE bringt ihre Expertise bei den Produktgruppen „natürliche Zutaten“ und „frisches Obst & Gemüse“ ein und gibt auch Hinweise zu Produktrends. Bereits seit Jahren begleitet die BVE die Arbeit und strategische Ausrichtung des IPD. Auf diese Weise ist die Lebensmittelbranche gut im IPD repräsentiert, und die Bedürfnisse der Importunternehmen spiegeln sich im Angebot des IPD wider.

Forum Nachhaltiges Palmöl

Palmöl ist eines der weltweit wichtigsten Pflanzenöle. Es vereinigt zahlreiche positive Eigenschaften: Palmöl ist geruchs- und geschmacksneutral, hat eine feste Konsistenz bei Zimmertemperatur, ist hitze- und oxidationsbeständig und lange haltbar. Daher findet es häufig in der Lebensmittelproduktion Verwendung, insbesondere in Süßwaren, Eiscreme, Knabberartikeln, Margarine, Fertiggerichten sowie Brot und Backwaren.

Die Produktion und der Einsatz von Palmöl stehen in Deutschland immer wieder in der öffentlichen Kritik, insbesondere wegen der damit verbundenen Rodung von Regenwäldern, der Schaffung von Monokulturen und der Dezimierung bedrohter Tierarten. Die BVE vertritt jedoch die Ansicht, dass ein Verzicht auf Palmöl ökologisch nicht sinnvoll wäre. Eine Ölpalme erzielt im Vergleich zu anderen Ölfrüchten einen höheren Ertrag pro Hektar Anbaufläche. Der Ersatz von Palmöl durch andere Öle könnte zu Verlagerungseffekten führen und ähnliche Probleme in anderen Ländern verursachen. Daher plädiert die BVE dafür, die Palmölproduktion so nachhaltig und rückverfolgbar wie möglich zu gestalten und internationale Regeln sowie Prozesse und Kriterien für die Einhaltung von ökologisch und sozial verträglichen Produktionsstandards einzufordern.

Im Rahmen der Selbstverpflichtung „100 Prozent Nachhaltig“ haben sich Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen im Forum Nachhaltiges Palmöl (FONAP) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des FONAP demonstrieren, dass sie sich ihrer Verantwortung in den globalen Lieferketten bewusst sind. Eine regelmäßig vom FONAP in Auftrag gegebene Studie zum Palmölmarkt in Deutschland zeigt, dass die deutsche Ernährungsindustrie eine Vorreiterrolle beim Einsatz von nachhaltig angebautem Palm- und Palmkernöl einnimmt. Derzeit liegt der Anteil bei rund 90 Prozent, branchen- und produktübergreifend.

Seit 2014 ist die BVE Mitglied des FONAP und unterstützt aktiv die Nachhaltigkeitsbestrebungen der deutschen Ernährungsindustrie. Im Jahr 2023 hat die BVE das FONAP, besonders im Arbeitskreis Kommunikation, eng begleitet.

Die Botschaften und Aktivitäten des FONAP wurden auch über die digitalen Kommunikationskanäle der BVE auf Instagram, LinkedIn und X (ehemals Twitter) verbreitet.

Seit März 2022 engagiert sich die BVE gemeinsam mit weiteren FONAP-Mitgliedern im größten Palmöl-Produktionsland Indonesien.

Dort kooperieren sie mit dem indonesischen Palmöl-Kleinbauernforum FORTASBI. Gemeinsam unterstützen sie Kleinbäuerinnen und -bauern dabei, geschädigte Waldstücke wieder instand zu setzen und den örtlichen Fluss zu schützen. Auch Flussschutz, Rückverfolgbarkeit und Frauengruppen sind Teil des Pilotprojekts.

Weitere Informationen zum Mitgliederprojekt finden Sie [hier](#).



Neue genomische Techniken

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen bei der Ernährungssicherung. Diese lassen sich nicht ohne geeignete innovative Instrumente des Pflanzenbaus und der Pflanzenzüchtung bewältigen. Die neuen genomischen Techniken (NGT), zu denen als bekannteste die „Genschere CRISPR/Cas“ gehört, können dabei helfen, diese Aufgaben anzugehen.

Die europäische Gesetzgebung zu Genom-Editierung mit CRISPR/Cas fällt derzeit unter das allgemeine Gentechnikrecht, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen der 1990er-Jahre basiert. Dies bedeutet, dass genomeditierte Pflanzen denselben strengen und langwierigen Zulassungsverfahren unterliegen wie klassische gentechnisch veränderte Organismen (GVO). In den meisten EU-Staaten gibt es zudem nationale Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen.

Die Europäische Kommission legte im Juli 2023 einen Gesetzentwurf vor, um genomeditierte Pflanzen der Kategorie NGT1 – also solche ohne Fremd-DNA – von den strengen Auflagen des Gentechnikrechts zu befreien. Der Gesetzgebungsprozess ist jedoch ins Stocken geraten, da das EU-Parlament zahlreiche Änderungen fordert und die Mitgliedstaaten keine einheitliche Position gefunden haben. Strittige Punkte sind vor allem die Kennzeichnungspflicht, der Schutz einer gentechnikfreien Landwirtschaft sowie Patentierungsfragen.



Während die EU in der Regulierung genomeditierter Pflanzen stagniert, haben zahlreiche Länder – darunter die USA, Kanada, Brasilien, Japan, Australien und Großbritannien – bereits angepasste Regelungen erlassen, die NGT-Pflanzen mit konventionellen Sorten gleichstellen. Dies könnte die EU international ins Abseits stellen und zu Handelsproblemen führen, insbesondere bei Importen von Eiweißpflanzen wie Soja.

Obwohl die öffentliche Akzeptanz für Genom-Editierung wächst, bleibt die EU-Gesetzgebung restriktiv, was Innovationshemmnisse für die europäische Landwirtschaft und Ernährungsindustrie bedeutet.

Die BVE engagiert sich in diesem Bereich in der Verbändeallianz des Grain Clubs. Im Januar 2023 veröffentlichte die Allianz ein aktualisiertes gemeinsames Positionspapier, in dem ein zeitgemäßer Rechtsrahmen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse gefordert wird.

Das vollständige Positionspapier finden Sie [hier](#).

DIE BVE

6



Die deutsche Ernährungsindustrie bietet 170.000 unterschiedliche Produkte für jeden Lebensstil, jede Haushaltsgröße und jede Religion zu günstigen Preisen an. Dem gegenüber stehen eine sinkende Mengennachfrage im Inland, hohe Rohstoff- und Personalkosten, intensiver Wettbewerb auf Hersteller- und Handelsseite sowie anspruchsvolle Verbraucher. Dies sind die Rahmenbedingungen, unter denen Lebensmittelhersteller arbeiten. Diese Leistung, aber auch die Herausforderungen der Branche müssen mit starker Stimme von einer kompetenten und leistungsfähigen Interessenvertretung kommuniziert werden.

Aufgabe der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) ist es, sich für wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen einzusetzen, die den deutschen Lebensmittelherstellern verantwortliches und unternehmerisches Handeln ermöglichen und die Zukunftschancen der Unternehmen der Ernährungsindustrie am Standort Deutschland sichern. Zudem setzt sich die BVE für weniger Bürokratie, weniger Regulierung, mehr Freiraum für Lebensmittelhersteller und die Eigenverantwortung der Bürger ein.

Als Dachverband der deutschen Ernährungsindustrie bietet die BVE ihren Mitgliedern einen exklusiven Zugang zu einer fachlich einzigartigen Wissensplattform für den aktiven Informations- und Erfahrungsaustausch. Als Basis für die Meinungsbildung im Verband hat die BVE zudem Arbeitskreise und Ausschüsse zu allen wichtigen Themen eingesetzt. Dort werden branchenübergreifende Verbandspositionen gemeinschaftlich erarbeitet.

Überblick der Arbeitskreise

Der **BVE-Arbeitskreis Außenwirtschaft** schafft die Grundlage für die außenwirtschaftliche Positionierung der BVE und fördert dadurch die Erschließung nachhaltiger Wachstumschancen im Ausland.

Der **BVE-Arbeitskreis Zoll** bietet BVE Mitgliedern die Möglichkeit, in einem engen Dialog mit den Expertinnen und Experten aus den Bundesministerien zu bleiben, um zeitnah und praxistauglich Zollprobleme zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.

Der **BVE-Arbeitskreis Food Service** bietet den im Außer-Haus-Markt spezialisierten Unternehmen eine Plattform, um sich zu aktuellen Themen auszutauschen und gemeinsame Herausforderungen und Lösungsansätze zu diskutieren.

Im **BVE-Ausschuss Nachhaltigkeit** haben BVE-Mitglieder eine Plattform für die Meinungsbildung zur deutschen und europäischen Nachhaltigkeitspolitik, um gemeinsam relevante Branchenpositionen zu erarbeiten.

Die **BVE-Dialogfabrik** richtet sich an Kommunikationsexperten aus der Branche und bietet diesen einen praxisnahen Austausch zu konkreten Problemen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich Social Media.

In dem von der BVE geleiteten **UP KRITIS Branchenarbeitskreis Ernährungsindustrie** arbeiten die Mitglieder an einem Branchenstandard für IT-Sicherheit gemäß den Anforderungen der BSI-Kritisverordnung, um die Lebensmittelversorgung vor IT-Sicherheitsvorfällen zu schützen.

Der **BVE-Arbeitskreis Rohstoffe** bietet BVE-Mitgliedern die Möglichkeit, sich zu aktuellen Marktentwicklungen auszutauschen und sich in Branchendiskussionen zu rohstoffpolitischen Entscheidungen einzubringen.

Der **BVE-Arbeitskreis Umwelt-, Energie- und Klimapolitik** stellt eine Plattform dar, die darauf ausgerichtet ist, einen Meinungsaustausch sowie eine Positionierung der Ernährungsindustrie zu aktuellen umwelt-, energie- und klimapolitischen Entwicklungen auf EU- und nationaler Ebene herbeizuführen.

Der **BVE-Runde-Tisch Logistik** bringt die Logistiker der Branche zusammen, um gemeinsame Positionen zu erarbeiten und mit Partnern aus der Wertschöpfungskette über aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze zu sprechen.

Der **BVE-Arbeitskreis Warentest** stärkt den direkten und regelmäßigen Dialog der Unternehmen aus der Ernährungsindustrie mit den Redaktionen von Stiftung Warentest und Ökotest und unterstützt im Umgang mit Testvorhaben.

Die Mitglieder

Verbände



Arbeitsgemeinschaft Fleisch und Fleischwaren



Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e.V.



Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e.V. (BSI)



Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V.



Bundesverband der Geflügelschlachtereien e.V.



Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie e.V.



Deutscher Brauer-Bund e.V.



Deutscher Kaffeeverband



Deutscher Verband der Aromenindustrie e.V.



Fachverband der Gewürzindustrie e.V.



Kulinaria Deutschland e.V.



OVID
Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e.V.



Private Mills Germany e.V.



Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e.V. (VdF)



Verband Deutscher Großbäckereien e.V.



Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e.V.



Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V. (VDM)



Verein der Zuckerindustrie e.V.



Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke

Unternehmen



Aerzener Brot und Kuchen GmbH



Andros Deutschland GmbH

Bonback Übach-Palenberg
GmbH & Co. KG

Audrey Cake GmbH

Bad Heilbrunner Naturheilmittel
GmbH & Co. KG

BATANIA DIRECT GmbH



Bell Deutschland GmbH & Co. KG



Capri Sun GmbH



Capri Sun Vertriebs GmbH

Coca-Cola Europacific Partners
Deutschland GmbH

Conditorei Coppenrath & Wiese KG

COSTA Meeresspezialitäten
GmbH & Co. KGDANONE
ONE PLANET. ONE HEALTH
Danone Deutschland GmbH

Brezelbäckerei Ditsch GmbH

DMK
Deutsches Milchkontor GmbHGebr. Engelke Große Mühle
Hasede-Hildesheim GmbH & Co. KG

Ferrero Deutschland GmbH



Fürst Bismarck Quelle



Fructa Getränkeindustrie GmbH



GELITA AG



GELITA Health GmbH



GELITA MEDICAL GmbH



General Mills GmbH

GoodMills
Deutschland GmbHGriesson - de Beukelaer
GmbH & Co. KG

Gustoland GmbH



HARIBO GmbH & Co. KG



Harry-Brot GmbH

Unternehmen



Hengstenberg GmbH & Co. KG



HOMANN Feinkost GmbH



KuchenMeister GmbH



Carl Kühne KG (GmbH & Co.)



Loryma GmbH



Magdeburger Mühlenwerke GmbH



Maggi GmbH



Mars GmbH



Mestemacher GmbH



Modersohn's Mühlen- und Backbetrieb GmbH



Mondelēz International



Nespresso Deutschland GmbH



Good food, Good life

Nestlé Deutschland AG



Nestlé Health Science (Deutschland) GmbH



Nestlé Professional GmbH



Original Wagner Pizza GmbH



The Healthy Hydration Company™

Nestlé Waters Deutschland GmbH



Nordzucker AG



Norddeutsche Flüssigzucker GmbH & Co. KG



Oderland Mühlenwerke Müllrose GmbH & Co. KG



Dr. August Oetker Nahrungsmittel KG



Overnight Tiefkühl-Service GmbH



Pfeifer & Langen

Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG



Premium Food Group ApS & Co. KG



Privatmolkerei Bauer GmbH & Co. KG



RAPS GmbH & Co. KG



RAPS Fresh GmbH



riha WeserGold Getränke GmbH & Co. KG

Unternehmen



Rügenwalder Mühle
Carl Müller GmbH & Co. KG
Bad Zwischenahn



Rügenwalder Mühle
Carl Müller GmbH & Co. KG
Wilhelmshaven



RÜMA Feinkost GmbH & Co. KG



Schwartauer Werke
GmbH & Co. KG



Semper idem Underberg AG



SINNACK Backspezialitäten
GmbH & Co. KG



Südzucker AG



Tivall Deutschland GmbH



Unilever Deutschland GmbH



Valensina GmbH



WestfalenLand Fleischwaren GmbH



Westfleisch SCE mbH



Franz Wiltmann GmbH & Co. KG



Yakult Deutschland GmbH



Zentis GmbH & Co. KG



Zentis Logistik Service GmbH



Zentis Süßwaren GmbH & Co. KG



zur Mühlen ApS & Co. KG

Fördermitglieder



AFC Consulting Group AG



Agriplace



Aon Versicherungsmakler
Deutschland GmbH



Ardagh Group



Ardagh Metal Packaging



YONTEX GmbH & Co. KG



BWS Consulting Group GmbH



COMDOK GmbH



CONET Technologies
Holding GmbH



CSB-SYSTEM

CSB-System SE



cyclos future GmbH



Der Grüne Punkt – Duales System
Deutschland GmbH



Deutsche Bank AG



DLG e.V.



DIL Deutsches Institut für
Lebensmitteltechnik e.V.



dfv Mediengruppe



Drees & Sommer SE



Engel & Zimmermann GmbH
Unternehmensberatung
für Kommunikation



EnviroChemie GmbH



E.ON Business Solutions GmbH



NSF Erdmann Analytics GmbH



Eurofins NDSC
Food Testing Germany GmbH



EPEA GmbH – Part of
Drees & Sommer



Food made in Germany



GGW GmbH



Industrieverband Heimtierbedarf e.V.



Innova Market Insights



Koelnmesse GmbH

Fördermitglieder

Meisterernst
Rechtsanwälte

Meisterernst Rechtsanwälte
PartG mbB

 **Grüne Woche**

Messe Berlin GmbH

NAGEL-GROUP


Nagel-Group Logistics SE


pwc

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rabobank
Rabobank Frankfurt

RDA Scientific Consultants GmbH
Foods - Cosmetics - Consumer Goods

RDA
Scientific Consultants GmbH

 **EBNER STOLZ**
RSM

RSM Ebner Stolz Management
Consultants GmbH

SIEMENS

Digital Industries
Food&Beverage



StockFood –
Die Food-Bildagentur



Hopscotch Network SAS Germany

 **VEOLIA**

Veolia Deutschland GmbH

VKS 

Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

Verband der Kali- und
Salzindustrie e.V. (VKS)



ZENK Rechtsanwälte
Partnerschaft mbB

 **Zentrum für Nachhaltige Unternehmensführung**
Universität Witten/Herdecke

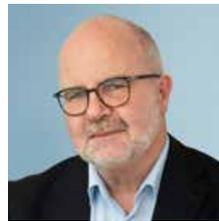
ZNU – Zentrum für Nachhaltige
Unternehmensführung

Geschäftsführung und Arbeitsbereiche

Die nachfolgende Auflistung zeigt alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Funktionen im Jahr 2024. Bitte beachten Sie: Zwischenzeitlich haben sich personelle Veränderungen ergeben, die in dieser Übersicht noch nicht berücksichtigt sind.



Hauptgeschäftsführer
Christoph Minhoff
 Telefon +49 30 200786-135
 Telefax +49 30 200786-235
 minhoff@ernaehrungsindustrie.de



Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
RA Peter Feller
 Telefon +49 30 200786-160
 Telefax +49 30 200786-260
 feller@ernaehrungsindustrie.de

Umwelt, Energie, Recht & Wettbewerb,
 Nachhaltigkeit, Krisenmanagement



Geschäftsführer
Olivier Kölsch
 Telefon +49 30 200786-157
 Telefax +49 30 200786-257
 okoelsch@ernaehrungsindustrie.de

Außer-Haus-Markt, Messen,
 Exportförderung, Rohstoffe,
 Entwicklungszusammenarbeit/GFFA



Geschäftsführerin, Leiterin Büro Brüssel
Stefanie Sabet
 Telefon +49 30 200786-143
 Telefax +49 30 200786-243
 sabet@ernaehrungsindustrie.de

Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaft, Zoll,
 Nachhaltigkeit, Verbraucherpolitik



Assistentin des Hauptgeschäftsführers
Gundula Ehlig
 Telefon +49 30 200786-121
 Telefax +49 30 200786-122
 ehlig@ernaehrungsindustrie.de



Assistentin der Geschäftsführerin
Marion Schaefer
 Telefon +49 30 200786-151
 Telefax +49 30 200786-251
 schaefer@ernaehrungsindustrie.de



Assistentin des Hauptgeschäftsführers
Romy Epphardt
 Telefon +49 30 200786-121
 Telefax +49 30 200786-122
 epphardt@ernaehrungsindustrie.de



Assistentin des stellv. Hauptgeschäftsführers
Catharina Slama
 Telefon +49 30 200786-161
 Telefax +49 30 200786-261
 slama@ernaehrungsindustrie.de



Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Oliver Numrich
 Telefon +49 30 200786-167
 numrich@ernaehrungsindustrie.de

Presse, Öffentlichkeitsarbeit,
 Veranstaltungen



Stellv. Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Meike Schwamborn
 Telefon +49 30 200786-144
 schwamborn@ernaehrungsindustrie.de

Presse, Öffentlichkeitsarbeit,
 Veranstaltungen, Publikationen



Referent
Marcel Winter
 Telefon +49 30 200786-154
 Telefax +49 30 200786-254
 winter@ernaehrungsindustrie.de

Wirtschaftspolitik, Statistik,
 Stiftung Warentest, Innovation



Referent
Björn Kirschniok
 Telefon +49 30 200786-145
 Telefax +49 30 200786-245
 kirschniok@ernaehrungsindustrie.de

Digitale Kommunikation



Referentin
Ann-Kristin Uthemann
 Telefon +49 30 200786-145
 Telefax +49 30 200786-245
 uthemann@ernaehrungsindustrie.de

Social Media, Öffentlichkeitsarbeit



Referentin
Cyndia Rieper
 Telefon +49 30 200786-150
 Telefax +49 30 200786-250
 rieper@ernaehrungsindustrie.de

Datenpflege/-erfassung, Social Media



Referentin
Undine Renner
 Telefon: +49 30 200786-153
 Telefax: +49 30 200786-253
 renner@ernaehrungsindustrie.de

Social Media, Online-Redaktion



Referentin
Nancy Langnickel
 Telefon +49 30 200786-181
 Telefax +49 30 200786-281
 langnickel@ernaehrungsindustrie.de

Öffentlichkeitsarbeit, Social Media



Angela Henning
 Telefon +49 30 200786-168
 Telefon +49 30 200786-268
 henning@ernaehrungsindustrie.de

EDV und Technik



Susanne Maul
 Telefon +49 30 200786-134
 Telefon +49 30 200786-234
 maul@ernaehrungsindustrie.de

Controlling, Finanzen, Personal,
 Verwaltung



Andreas Bettendorf
 Telefon +49 30 200786-131
 Telefon +49 30 200786-231
 bettendorf@ernaehrungsindustrie.de

Buchhaltung

Bundesvereinigung der Deutschen



Impressum

Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon +49 30 200786-0
Telefax +49 30 200786-299
info@ernaehrungsindustrie.de
www.ernaehrungsindustrie.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Christoph Minhoff

Redaktionelle Betreuung:
Meike Schwamborn

Layout:
Ariane Skibbe

BILDIMPRESSUM

© Fotos: Wenn nicht anders gekennzeichnet BVE.

Adobe Stock:

S. 42: Gorodenkoff; S. 52: WavebreakmediaMicro; S. 58: Andrey Muravin; S. 59: Marcel Schauer;

Shutterstock:

S. 4/5: PeopleImages.com/Yuri A; S. 8 o.: Microgen; S. 30/31: Aleksandar Malivuk; S. 36: PaeGAG; S. 40: Einstock; S. 41: Industryviews;
S. 43: Quality Stock Arts Blue; S. 49/50: NewJadsada; S. 53: grafvision; S. 57: Avigator Fortuner; S. 60: Chris Troch; S. 62: Rawpixel.com;
S. 72: Monticello; S. 75: Hryshchyshen Serhii; S. 76: Snapshot freddy; S. 78: Sereko Natalia; S. 83: Pratan Ounpitipong; S. 84: PixieMe

iStock by Gettyimages:

S. 6: PixelsEffect; S. 8 u. Mediaphotos; S. 16: courtneyk; S. 44: Meinzahn; S. 51: Porta/Gunnar Svanberg; S. 61: Thomas Eye Design;
S. 68/69: Liu Mingzhu; S. 70: Happy Kikky; S. 77: zoranm; S. 80/81: instamatics; S. 82: Fotostic;

Sonstige:

S. 7: dreamstime/JunteeTrakuldisd; S. 33: Addictive Stock Creatives/Alamy; S. 34: Connect Images/Alamy; S. 85: Corbis



**Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.**

Claire-Waldoff-Straße 7

10117 Berlin

Telefon +49 30 200786-0

Telefax +49 30 200786-299

info@ernaehrungsindustrie.de

www.ernaehrungsindustrie.de

Büro Brüssel:

Federation of German Food and Drink Industries

Avenue des Nerviens 9-31

1040 Brussels

Telefon +32 2 5008759



www.ernaehrungsindustrie.de

